



# LTW 2010 NRW - Programmentwurf

Piratenpartei NRW

Version vom 13.01.2010

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Bildungspolitik</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Wirtschaft- und Finanzen</b>	<b>20</b>
<b>3</b>	<b>Medienpolitik</b>	<b>29</b>
<b>4</b>	<b>Innenpolitik</b>	<b>32</b>
<b>5</b>	<b>Umweltpolitik</b>	<b>38</b>
<b>6</b>	<b>Verbraucherpolitik</b>	<b>53</b>
<b>7</b>	<b>Drogenpolitik</b>	<b>59</b>
<b>8</b>	<b>Bürgerbeteiligung</b>	<b>63</b>
<b>9</b>	<b>Arbeit und Soziales</b>	<b>73</b>
<b>10</b>	<b>Gesundheitspolitik</b>	<b>75</b>
<b>11</b>	<b>Open Access</b>	<b>79</b>
<b>12</b>	<b>Kultur</b>	<b>81</b>
<b>13</b>	<b>Bauen und Verkehr</b>	<b>90</b>

# 1 Bildungspolitik

## 1.1 Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

**Konflikte:** -

## 1.2

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigsten Ressource der deutschen Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau, zu bewältigen.

**Konflikte:** -

## 1.3 Wir wollen die Zahl der Hochschulabschlüsse vervielfachen

Die NRW-Piraten stellen die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Wir wollen die absolute Zahl der Hochschulabsolventen sichtbar erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse steigern. Aufgrund des demografischen Wandels sinkt die Zahl der schulpflichtigen Personen. Daher muss die Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

**Konflikte:** 1.4, 1.5

## 1.4 Wir wollen die Zahl der Hochschulabschlüsse vervielfachen

Die NRW-Piraten stellen die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Wir wollen die absolute Zahl der Hochschulabsolventen sichtbar erhöhen und

1 gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse steigern. Laut OECD betrug im Jahre 2007  
2 die Quote der Hochschulabsolventen in einem Jahrgang 23 % (OECD-Durchschnitt  
3 2007: 39 %). Für 2030 streben wir eine Quote von mindestens 60 % an. Aufgrund des  
4 demografischen Wandels sinkt die Zahl der schulpflichtigen Personen. Daher muss die  
5 Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei  
6 Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und  
7 der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

8 **Konflikte: 1.3, 1.5**

## 9 **1.5**

10 Dies soll dadurch erreicht werden, dass mehr Schüler zur Hochschulreife gebracht wer-  
11 den, und so mehr Abiturienten ein Hochschulstudium beginnen. Auch soll die Abbre-  
12 cherquote massiv gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es, die Qualität und Flexibilität  
13 beruflicher Ausbildungswege zu erhöhen und diese, wo immer es sinnvoll ist, zu einem  
14 Universitätsstudium auszubauen. Letzteres ist vor allem für die Berufe notwendig, in  
15 denen eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation immer wichtiger wird.

16 **Konflikte: 1.3, 1.4**

## 17 **1.6 Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsbegriff**

18 Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, wie sie von  
19 der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklär-  
20 ten Bürgern möglich, die sich kritisch, lernfähig und solidarisch in die Willensbildung  
21 einbringen wollen. Die Piratenpartei bekennt sich deshalb zu einem umfassenden Bil-  
22 dungsbegriff in der Tradition Humboldts. Wir sehen in einer besser gebildeten Bevöl-  
23 kerung einen Gewinn für eine demokratische und soziale Gesellschaft, der weit über  
24 quantifizierbare Effekte hinausgeht.

25 **Konflikte: -**

## 26 **1.7**

27 Die soziale und kulturelle Herkunft darf keinen Einfluss auf den individuellen Zugang zu  
28 Bildung haben

29 **Konflikte: -**

## 30 **1.8**

31 Die NRW-Piraten setzen dabei auf das Prinzip der Förderung des Einzelnen. Nur wenn  
32 jede Schülerin und jeder Schüler die richtige individuelle Förderung erhält, können sich

1 die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.

2 **Konflikte: -**

### 3 **1.9**

4 Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Beibehaltung der bestehenden allgemeinen  
5 Schulpflicht aus. Die Teilnahme am Schulunterricht sichert, dass Kinder und Jugend-  
6 liche die Grundlagen einer gleichberechtigten, demokratischen, pluralistischen Gesell-  
7 schaft kennenlernen, und in Form von Mitschülern, Lehrern und sonstigen Betreuern  
8 Ansprechpartner für Fragestellungen und Probleme finden, die von den Lebensentwür-  
9 fe der Eltern oder dem sozialen Umfeld abgelehnt oder tabuisiert würden. Im Rahmen  
10 des Schulbesuchs ist den Kindern und Jugendlichen transparent zu machen, wie sie  
11 ihren eigenen Bildungsweg gegebenenfalls auch unabhängig von den Elternwünschen  
12 gestalten können.

13 **Konflikte: -**

### 14 **1.10**

15 Zur besseren Integration von Zuwanderern soll ein interkulturelles Bildungsangebot ge-  
16 schaffen werden.

17 **Konflikte: -**

### 18 **1.11**

19 In allen Bildungsinstitutionen ist Barrierefreiheit zu gewährleisten.

20 **Konflikte: -**

### 21 **1.12**

22 Die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems in NRW ist zu verbessern.

23 **Konflikte: -**

### 24 **1.13 Bildung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag**

25 Um diese Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten, die nicht dem  
26 Einzelnen aufgebürdet werden dürfen, sondern einen gesamtgesellschaftliche Auftrag  
27 darstellen.

28 **Konflikte: -**

1 **1.14**

2 Der Staat hat den Auftrag, durch die Bereitstellung entsprechender räumlicher, perso-  
3 neller und finanzieller Ressourcen eine individuell auf jeden Einzelnen ausgerichtete  
4 Förderung zu gewährleisten.

5 **Konflikte: -**

6 **1.15**

7 Der Zugang zu Bildung ist auf allen Ebenen für den Einzelnen kostenfrei zu gewährlei-  
8 sten und damit vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren.

9 **Konflikte: -**

10 **1.16**

11 Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu set-  
12 zen. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.

13 **Konflikte: -**

14 **1.17 Selbstverwaltung der Schulen**

15 Die NRW-Piraten lehnen von oben diktierte Reformen des Bildungswesens vehement  
16 ab. Selbst die besten Reformvorschläge scheitern, wenn sie nicht von allen Beteiligten  
17 mitgetragen werden.

18 **Konflikte: -**

19 **1.18**

20 Die NRW-Piraten setzen daher auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwal-  
21 tung, Subsidiarität und Transparenz. Die Schulen sollen selbstverwaltete Einheiten wer-  
22 den, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und perso-  
23 nellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die  
24 zu vermittelnden Grundkompetenzen sowie bestimmte Standards sind für alle Schulen  
25 verbindlich.

26 Eine Schule kann die Entlassung in die Selbstverwaltung bei der zuständigen Schul-  
27 behörde beantragen. Dem Antrag muss eine Gründungssatzung beigelegt werden, die  
28 von der Schulversammlung beschlossen sein muss.

29 Die Schulleitung wird auf der Schulversammlung von allen anwesenden Lehrern, El-  
30 tern und volljährigen Schülern für fünf Jahre gewählt bzw. nach Ablauf ihrer Amtszeit  
31 aufgrund ihres Rechenschaftsberichts entlastet.

1 Um die Selbstverwaltung im Schulsystem zu verwirklichen, setzen sich die NRW-Piraten  
2 dafür ein, Lehrkräfte ab sofort nicht mehr zu verbeamten.

3 Die Finanzierung der Schulen erfolgt auf Basis einer Kopfpauschale pro angemelde-  
4 tem Schüler, wobei die Pauschale selbst sich nach dem Leistungsstand des Schülers  
5 beim Schuleintritt richtet. Für lernschwache Schüler erhält die Schule eine höhere Kopf-  
6 pauschale, da der Aufwand zur Erzielung der gewünschten Ergebnisse entsprechend  
7 höher ist.

8 Die Erfolge der Schulen werden transparent kommuniziert, sodass Eltern und Schüler  
9 vor der Anmeldung ihre Schule beurteilen können. Ziel der Selbstverwaltung ist es, dass  
10 individuelle Schulkonzepte vor Ort von den Betroffenen selbst entwickelt und umgesetzt  
11 werden. In der Summe entstehen so mehrere parallel auswertbare Lösungswege. Au-  
12 ßerdem wird Bürokratie abgebaut.

13 **Konflikte: -**

## 14 **1.19 Frühkindliche Bildung**

15 Der frühkindlichen Bildung kommt bei der Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale  
16 Bedeutung zu. Es ist ihre Aufgabe, die bestehenden Unterschiede in den persönlichen  
17 Kompetenzen der Kinder so weit auszugleichen, dass möglichst alle Kinder unabhängig  
18 von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft mit möglichst guten Grundvoraussetzungen  
19 ihre Schullaufbahn beginnen.

20 **Konflikte: -**

## 21 **1.20**

22 Die NRW-Piraten fordern deshalb das Angebot einer kostenlosen Ganztagsbetreuung  
23 in ortsnahen Kindertagesstätten mit flexiblen Öffnungszeiten für Kinder ab dem ersten  
24 Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetz-  
25 lich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder im  
26 vierten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über  
27 die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären.

28 **Konflikte: 1.21**

## 29 **1.21**

30 Die NRW-Piraten fordern deshalb das Angebot einer kostenlosen Ganztagsbetreuung  
31 für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das  
32 Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle El-  
33 tern, deren Kinder bis zum vierten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte ange-  
34 meldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Infor-  
35 mationen aufzuklären. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr

1 wenigstens halbtags eine Kindertagesstätte besucht. In den Kommunen sind Strategi-  
2 en zu erarbeiten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

3 **Konflikte: 1.20**

#### 4 **1.22**

5 Die Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, so-  
6 ziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die (auch  
7 zu Teilen) öffentlich finanziert werden, nicht zulässig.

8 Der Besuch von Kindertagesstätten sowie die Verpflegung in Kindertagesstätten sind  
9 kostenlos. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich  
10 zu stellen.

11 **Konflikte: -**

#### 12 **1.23**

13 Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstät-  
14 ten nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt. Die Landesmittel  
15 sind entsprechend aufzustocken.

16 **Konflikte: -**

#### 17 **1.24**

18 Alle Kinder werden im Alter von vier Jahren durch entsprechend geschultes Personal  
19 in ihrer sprachlichen und motorischen Entwicklung bewertet, um Defizite aufzudecken.  
20 Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprachlich-  
21 motorische Förderung, deren Ziel es ist, die Defizite bis zum sechsten Lebensjahr aus-  
22 zugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden.

23 **Konflikte: -**

#### 24 **1.25**

25 Die fachliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher soll verbessert werden, in-  
26 dem die Ausbildung zukünftig in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert  
27 wird.

28 **Konflikte: -**

## 1 1.26 Schule

2 Für jeden Schüler ist eine Ganztagsbetreuung mit Mittagessen und individuellen Lern-  
3 gruppen oder einer Hausaufgabenhilfe am Nachmittag vorzusehen. Die NRW-Piraten  
4 setzen sich dafür ein, dass die schulische Ganztagsbetreuung von Kindern nicht die Fa-  
5 milien in der Gestaltung ihrer Lebensentwürfe und Freizeit unangemessen einschränkt.  
6 Ein Ganztagsschulangebot soll als echtes Angebot sein, sodass Familien Raum für  
7 Familienleben, Vereine, Hobbies, Hausaufgaben im Familienkreis oder einfach unver-  
8 plante Kinderfreizeit bleibt.

9 **Konflikte:** -

## 10 1.27

11 Die Lehrer sind in ihrer Arbeit durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psycholo-  
12 gen und Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung  
13 des Unterrichtsstoffes konzentrieren können.

14 **Konflikte:** -

## 15 1.28

16 Im Sinne der Menschenrechte und einer Kultur des sozialen Miteinanders muss das Ziel  
17 einer jeden Schulpädagogik sein, Ausgrenzungen und Separationen weitestgehend zu  
18 vermeiden. Daher streben die NRW-Piraten einen kontinuierlichen Rückbau der Förder-  
19 schulen in NRW und die weitestgehende Einbindung der Schülerinnen und Schüler mit  
20 speziellen Förderbedürfnissen in die allgemeinbildenden Schulen nach den Prinzipien  
21 der Inklusion und der Inklusionspädagogik an. Bestehende bauliche Barrieren in Grund-  
22 schulen und weiterführenden Schulen werden zügig beseitigt.

23 **Konflikte:** -

## 24 1.29 Primarstufe

25 Die vierjährige Primarstufe soll in Zukunft wesentlich mehr Kinder auf einen schulischen  
26 Bildungsweg vorbereiten, der mit dem Abitur abgeschlossen wird. Sie hat daher die Auf-  
27 gabe, wesentlich mehr Kinder mit den dafür notwendigen Grundkompetenzen auszu-  
28 stellen. Dies kann nur durch eine individuelle Förderung der Schüler geschehen, deren  
29 Ziel es ist, insbesondere die herkunftsbedingten Leistungsunterschiede auszugleichen.

30 **Konflikte:** -



### 1 1.30

2 Um diese individuelle Förderung zu gewährleisten, darf die Klassengröße 15 Schüler  
3 nicht überschreiten.

4 **Konflikte: -**

### 5 1.31 Eingliedriges Schulsystem

6 Die TIMSS-Studie, DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe  
7 I in Deutschland fest, dass sich die mathematischen und die literarischen Kompeten-  
8 zen zwischen Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Pro-  
9 zentsatz überschneiden. Das bedeutet, dass es in allen Schulformen sehr gute, mitt-  
10 lere und schwache Schüler gibt - nur eben in den Prozentanteilen unterschiedlich.  
11 Hieraus schließt die UNICEF-Studie "Disadvantages In Rich Nations", dass die Kin-  
12 der in Deutschland zu früh und falsch sortiert werden. Die Studie fasste die Situation in  
13 Deutschland unter dem Titel: "Germany: Children Sorted For A Life"(Deutschland: Kin-  
14 der für ihr ganzes Leben einsortiert) zusammen, um zu verdeutlichen, dass diese frühe  
15 Einsortierung kaum rückgängig zu machen ist. Die PISA-Sonderstudie zu Erfolgschan-  
16 cen von Migrantenkindern kritisiert ebenfalls das deutsche Bildungssystem. Migranten-  
17 kinder der zweiten Generation, also Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland ge-  
18 boren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere Leistungen als  
19 Migrantenkinder der ersten Generation; 40% von ihnen erreichen nicht die Kompetenz-  
20 stufe 2.

21 **Konflikte: -**

### 22 1.32

23 Da sich die eingliedrigen Schulsysteme der PISA-Spitzenreiter Finnland und Kanada  
24 in der Vergangenheit als leistungsfähiger erwiesen haben und wir das Ziel verfolgen,  
25 die Zahl der Abiturienten pro Jahrgang zu vervielfachen, schlagen die NRW-Piraten  
26 ein eingliedriges Schulsystem vor, dessen vorrangiges Ziel es ist, möglichst viele Schü-  
27 ler zur Hochschulreife zu führen. Das bisherige viergliedrige System, bestehend aus  
28 Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule selektiert zu früh und fördert  
29 zu wenig. Alle Schüler sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, ohne Schulwechsel  
30 das Abitur anzusteuern. Ein derartig tiefer Eingriff in die Schulrealität kann nicht von  
31 heute auf morgen umgesetzt werden. Die NRW-Piraten wollen daher die schrittweise  
32 Umsetzung unter Einbeziehung aller Beteiligten.

33 **Konflikte: 1.33, 1.46**

### 1 1.33

2 Die NRW-Piraten fordern eine Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen. In städti-  
3 schen Ballungsgebieten sind viele Hauptschulen, trotz hoch motiviertem Einsatzes von  
4 Schulleitungen und Lehrkräften, zu reinen "Restschulen" verkommen. Darüber hinaus  
5 bieten Haupt- und Realschulen mit der Fachoberschulreife vielfach einen identischen  
6 Abschluss an.

7 **Konflikte: 1.32**

### 8 1.34 Fließende Schullaufbahn

9 Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen  
10 und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunfts-  
11 bedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der  
12 Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die NRW-Piraten  
13 schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu wer-  
14 den die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines  
15 flexiblen Kurssystems aufgelöst.

16 Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem.  
17 Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die  
18 Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft  
19 abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht  
20 mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern  
21 können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die  
22 Sekundarstufe II erfolgt fließend, sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Se-  
23 kundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit wird auch die Problematik von  
24 G9 und G8 vermieden. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten wer-  
25 den und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden  
26 überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler kei-  
27 nen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.

28 Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur  
29 werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen ohne ei-  
30 ne besondere weitere Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule  
31 und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn  
32 bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden. Ein Curriculum  
33 mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an  
34 Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleich-  
35 zeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals  
36 an alle Schülern vermittelt werden.

37 **Konflikte: 1.35, 1.36**

### 1 1.35

2 Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen  
3 und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunfts-  
4 bedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der  
5 Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die NRW-Piraten  
6 schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu wer-  
7 den die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines  
8 flexiblen Kurssystems aufgelöst.

9 Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem.  
10 Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die  
11 Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft  
12 abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht  
13 mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern  
14 können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die  
15 Sekundarstufe II erfolgt fließend, sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Se-  
16 kundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit wird auch die Problematik von  
17 G9 und G8 vermieden. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten wer-  
18 den und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden  
19 überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler kei-  
20 nen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.

21 Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur  
22 werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen mit einer  
23 besonderen weiteren Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule  
24 und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn  
25 bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden. Ein Curriculum  
26 mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an  
27 Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleich-  
28 zeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals  
29 an alle Schülern vermittelt werden.

30 **Konflikte: 1.34, 1.36**

### 31 1.36

32 Die NRW-Piraten sehen die Auflösung von Klassenverbänden und damit die Auflösung  
33 eines Zwangsverbandes als förderlich für die persönliche Entwicklung an. Trotzdem  
34 sind sie sich bewusst, dass die sozialen Kompetenzen der Schüler auch durch den  
35 Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur gefördert und einer sozialen Vereinsamung des  
36 Einzelnen durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte.

37 **Konflikte: 1.34, 1.35, 1.37**

1 **1.37**

2 Der Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur soll gefördert werden. So, dass die sozialen  
3 Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden.

4 **Konflikte: 1.36**

5 **1.38 Individuelle Förderung**

6 Durch den Aufbau eines schulinternen Fördersystem sollen Schüler, deren Leistung  
7 nicht befriedigend ist, individuell unterstützt werden. Die dafür zusätzlich benötigten  
8 Lehrkräfte sind sofort einzustellen.

9 **Konflikte: -**

10 **1.39**

11 Die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch nicht-lehrendes Personal ist eine  
12 wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der individuellen Förderung.

13 **Konflikte: -**

14 **1.40**

15 Um einen Unterricht zu gewährleisten, der allen Schülern gerecht wird, darf die Klassen-  
16 bzw. Kursgröße in den Sekundarstufen I und II maximal 15 Schüler betragen. Dort  
17 wo es pädagogisch notwendig ist, wie in speziellen Fördergruppen, muss diese Zahl  
18 entsprechend niedriger sein.

19 **Konflikte: -**

20 **1.41 Benotung und Bewertungskriterien**

21 Die Aussagekraft einer Note außerhalb der Rahmenbedingungen, in der sie erhoben  
22 wurde, ist sehr gering. Eine Bewertung der Leistung kann nur als Orientierungshilfe  
23 für Schüler, Eltern und Lehrer innerhalb der Schullaufbahn dienen. Um diesen Zweck  
24 zu erfüllen, sollte die Bewertung von Schüler differenzierter als durch Noten erfolgen.  
25 Dazu gibt es zahlreiche Ansätze, die in der täglichen Praxis stärker umgesetzt werden  
26 müssen. Insbesondere in einem künftigen Kurssystem sind detailliert aufgeschlüsselte  
27 fachliche Bewertungen wünschenswert, um darauf aufbauend gezielt die weitere Kurs-  
28 wahl vorzunehmen.

29 **Konflikte: -**

1 **1.42**

2 Die aktuelle Praxis, Abschlusszeugnisse, die Arbeitgebern oder weiterführenden Bil-  
3 dungsinstituten vorgelegt werden müssen, mit Noten zu versehen, widerspricht dem  
4 Prinzip der informationellen Selbstbestimmung. Abschlusszeugnisse sollten daher le-  
5 diglich die Erlangung des entsprechenden Abschlusses zertifizieren.

6 **Konflikte: -**

7 **1.43**

8 Die Piraten lehnen Kopfnote grundsätzlich ab.

9 **Konflikte: -**

10 **1.44 Digitale Medien**

11 Die Nutzung digitaler Medien und des Internets innerhalb der Schule soll verstärkt wer-  
12 den. Jeder Schülerin und jedem Schüler sowie jeder Lehrkraft ist dazu ein Notebook  
13 mit Netzanschluss zur Verfügung zu stellen. Die Notebooks sind durchgehend mit Open-  
14 Source-Software zu bestücken.

15 **Konflikte: -**

16 **1.45**

17 Unterrichtsmaterial für Lehrer und Schüler sollte unter einer freien Lizenz zugänglich  
18 gemacht werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Erarbeitung von eigenen Unter-  
19 richtsmaterialien. Die Erstellung und Freigabe qualitativ hochwertiger Materialien durch  
20 Lehrer und Fachbuchautoren wird durch das Land entsprechend vergütet.

21 **Konflikte: -**

22 **1.46 Bildungsreform**

23 Die NRW-Piraten sind sich bewusst, dass die Einführung eines eingliedigen, kursba-  
24 sierten Schulsystems nicht von oben herab, sondern nur auf Basis eines breiten gesell-  
25 schaftlichen Konsens erfolgreich eingeführt werden kann.

26 **Konflikte: -**

## 1 1.47 Hochschule

2 Wie in der Präambel dargelegt, lässt sich der Wandel unserer Gesellschaft in eine  
3 Informations- & Wissensgesellschaft nicht aufhalten. Von daher sehen die NRW-Piraten  
4 die Gesellschaft in der Pflicht, dass jedem Menschen und Bürger die Chancen auf eine  
5 Hochschulbildung offen stehen.

6 **Konflikte: -**

## 7 1.48

8 Studiengebühren führen, neben vielen anderen Faktoren, dazu, dass viele junge Men-  
9 schen von einer Laufbahn an den Hochschulen absehen. Dies stellt nicht nur eine Ein-  
10 schränkung des Menschenrechts auf Bildung dar, sondern ist auch im Hinblick auf die  
11 soziale und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands unverantwortlich und führt zu einer  
12 finanziellen und sozialen Selektion der Studienwilligen. Daher fordern wir den freien Zu-  
13 gang zum Hochschulstudium und die Abschaffung der zurzeit in Nordrhein-Westfalen  
14 erhobenen Studiengebühren. Die Bildung und Ausbildung von Studenten ist Aufgabe  
15 der Gemeinschaft, da diese von gut ausgebildeten Akademikern profitiert. Daher ist  
16 auch die Finanzierung dieser Ausbildung von der Allgemeinheit zu tragen.

17 **Konflikte: -**

## 18 1.49

19 Durch den Bologna-Prozess wurde die Studienzeit der meisten Studiengänge drastisch  
20 verkürzt, ohne dass dabei auch der zu vermittelnde Stoff verringert wurde. Diese Stoff-  
21 verdichtung führt zu einer deutlich höheren Arbeitsbelastung der Studierenden, wes-  
22 halb es mit den Bachelor- und Master-Studiengängen kaum noch möglich ist, neben  
23 dem Studium zu arbeiten und dieses so zu finanzieren.

24 Daher rückt das Bafög deutlich stärker in den Mittelpunkt der Studienfinanzierung. Der  
25 BAföG-Höchstsatz von 584 EUR ist jedoch keineswegs ausreichend, um den Bedarf  
26 eines Studenten wirklich decken zu können. Auch die Anforderungen, um Bafög zu  
27 beziehen, sind zu hoch.

28 Die NRW-Piraten fordern folglich das Bafög auf einen Satz anzuheben, welcher jedem  
29 Studenten ein vernünftiges Leben, ohne den Zwang zu einem Nebenverdienst, ermög-  
30 licht. Weiterhin fordern wir, das Bafög elternunabhängig zu gestalten. Die aktuelle Si-  
31 tuation führt oftmals dazu, dass Kinder im Zweifel ihre Eltern auf Zahlung von Unterhalt  
32 verklagen müssten. Das ist offensichtlich nicht praktikabel. Jeder Student sollte unab-  
33 hängig vom Einkommen der Eltern sein Bafög beziehen können.

34 **Konflikte: -**

## 1 1.50

2 Der Bologna-Prozess, der in der Erklärung von Bologna seinen Anfang nahm, hatte  
3 eigentlich nur ein Ziel: Die Internationalisierung und Vergleichbarkeit der Studienab-  
4 schlüsse herzustellen. In jedem unterzeichnenden Land sollte so klar sein, was ein  
5 Studierender studiert hat und was er innerhalb dieses Studiums geleistet hat.

6 Heute wird der Bologna-Prozess jedoch mit Anwesenheitspflicht in Vorlesungen, Über-  
7 lastung der Studenten und hohen Abbrecherquoten gleich gesetzt. Die Universitäten  
8 scheinen mit der Reform vollkommen überfordert zu sein. Aus diesem Grund fordern die  
9 NRW-Piraten, dass die Universitäten sich auf die Kernaufgabe des Bologna-Prozesses  
10 konzentrieren.

11 Bildung soll mehr als eine reine Ausbildung sein. Die absolute Verschulung der Studien-  
12 gänge ist grundsätzlich abzulehnen. Es soll jedem Studenten wieder ermöglicht wer-  
13 den, ein Studium Generale durchzuführen. Wir werden die Universitäten wieder selbst  
14 festlegen lassen, wie lange ein Bachelor-Studium dauern soll. Außerdem setzen die  
15 NRW-Piraten sich dafür ein, dass jeder Student nach qualifiziertem Abschluss seines  
16 Bachelors ein Anrecht auf einen Masterplatz hat.

17 **Konflikte: -**

## 18 1.51

19 Hochschulen sollen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein, die sich selbst demo-  
20 kratisch verwalten. Die Hochschulen haben jedoch seit einiger Zeit kaum noch Einfluss  
21 auf ihre eigene Entwicklung.

22 Stattdessen entscheidet der Hochschulrat über die Belange der Universität. Nach ak-  
23 tueller Gesetzeslage soll sich der Hochschulrat zu mindestens 50% aus Externen und  
24 maximal zu 50% aus Hochschulmitgliedern zusammensetzen. Es ist aber auch möglich,  
25 den Hochschulrat komplett aus Externen zu bilden. In diesem Fall entscheiden häufig al-  
26 lein Führungskräfte der Wirtschaft über die Belange einer Universität. Für Studierende,  
27 immerhin die mit Abstand größte Gruppe an der Universität, ist dagegen keine Mitwir-  
28 kungsmöglichkeit vorgesehen.

29 Der Hochschulrat wählt unter anderem das Präsidium der Universität und kann so an  
30 den Entwicklungs- und Wirtschaftsplänen der Universität im eigenen Interesse mitbe-  
31 stimmen. Die NRW-Piraten streben die sofortige Abschaffung dieses undemokratischen  
32 Gremiums an, um die demokratischen Strukturen innerhalb der Universität wieder her-  
33 zustellen. Weiterhin setzen wir uns für eine Änderung der Zusammensetzung der Sena-  
34 te der Universitäten ein. Aktuell stellen die Professoren an den meisten Universitäten  
35 mindestens 50% der stimmberechtigten Mitglieder des Senats. Die Studenten und die  
36 Mitarbeiter der Universität sind zumeist deutlich in der Minderheit. Ziel ist die Gleich-  
37 berechtigung von Mitarbeitern, Studenten und Professoren. Jede der Gruppen sollte  
38 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder stellen dürfen, wobei die wissenschaftlichen und

1 nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter jeweils zur Hälfte vertreten sein sollten.

2 **Konflikte: -**

### 3 **1.52**

4 In einigen Bundesländern mit CDU-Regierungen wurden die verfassten Studierenden-  
5 schaften stark eingeschränkt oder sogar komplett abgeschafft. Diesem Trend stellen  
6 sich die NRW-Piraten entschieden entgegen. Die verfasste Studierendenschaft ist als  
7 Interessenvertretung der Studenten unverzichtbar. Sie versetzt zudem die heranwach-  
8 senden Bürger unseres Landes in die Lage Demokratie zu erlernen, zu gestalten und  
9 aktiv zu erleben. Wir setzen uns deshalb für eine Erhaltung dieser demokratischen  
10 Strukturen ein.

11 **Konflikte: -**

### 12 **1.53 Erwachsenenbildung**

13 Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Es reicht von Alphabetisierungskursen  
14 und Sprachkursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche  
15 Fortbildung und privatwirtschaftlichen Qualifizierungen bis hin zu einem Zweit- oder  
16 Drittstudium an Universitäten.

17 Die Landesregierung sollte den Aufbau von frei zugänglichem Lehr- und Unterrichtsma-  
18 terialien in diesen Bereichen finanziell fördern, um den Zugang zu Bildung zu vereinfachen.  
19

20 Dem lebenslangen und berufsbegleitenden Lernen fällt eine zunehmend wichtige Rolle  
21 in Gesellschaft und Wirtschaft zu, um die Wettbewerbsfähigkeit, Kreativität und Innova-  
22 tionskraft unserer Volkswirtschaft zu erhalten und auszubauen. Hierzu ist es vonnöten,  
23 geeignete Maßnahmen zum schnelleren Wissenstransfer aus den Hochschulen in die  
24 berufliche Praxis festzulegen und umzusetzen. Die Piratenpartei regt daher an, paral-  
25 lel zu den existierenden privatwirtschaftlich geführten Bildungsunternehmen und Initiati-  
26 ven das System der Volkshochschulen durch den Ausbau zertifizierter Fortbildungsmög-  
27 lichkeiten zu stärken. Dazu sollen die Volkshochschulen noch effizienter als bisher in  
28 unsere Bildungslandschaft integriert werden durch die Einführung von Summerschools,  
29 Kursen und Curricula in Kooperation mit den Berufsakademien, Fachhochschulen und  
30 Universitäten. Hierzu unerlässlich ist die Bereitstellung von Online-Werkzeugen, die ein  
31 orts- und zeitunabhängiges Lernen fördern und ermöglichen. Angeregt wird daher die  
32 staatlich finanzierte, bzw. staatlich geförderte Bereitstellung von Lernplattformen zum  
33 Blended Learning als flankierende Maßnahme.

34 **Konflikte: -**



## 1 1.54 Finanzierung

2 Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch eine Umschichtung  
3 der Landesmittel allein nicht finanziert werden. Schon die Reduzierung der Klassen-  
4 und Kursgrößen auf 15 Schüler innerhalb der nächsten zehn Jahren ist – auch bei zu-  
5 künftig sinkenden Schülerzahlen – nur möglich, wenn die Zahl der Lehrkräfte und damit  
6 die Personalausgaben verdoppelt werden. Die NRW-Piraten gehen davon aus, dass  
7 zur Realisierung der Aufgaben der Bildungshaushalt innerhalb von zehn Jahren verviel-  
8 facht werden muss. Dies entspricht einer jährlichen Erhöhung der Bildungsausgaben  
9 um rund 8 Prozent. Um dies zu realisieren, muss gemeinsam mit dem Bund ein neuer  
10 Finanzierungsmodus vereinbart werden.

11 **Konflikte: -**

## 12 1.55

13 Durch die Verbesserung der Bildung wird die Grundlage für ein wirtschaftliches Wachs-  
14 tum in der Zukunft und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt. Nachhaltig Fol-  
15 gekosten in den sozialen Sicherungssystemen können eingespart werden. Die NRW-  
16 Piraten gehen davon aus, dass die Erhöhung der Bildungsausgaben kurzfristig durch  
17 Einsparung von Subventionen und mittelfristig durch Einsparungen bei den Sozialaus-  
18 gaben und Steuermehreinnahmen gegenfinanziert werden können.

19 **Konflikte: -**

## 20 1.56

21 Da die Bildungshoheit der Bundesländer spätestens bei Einführung der schulischen  
22 Selbstverwaltung, wie sie von den NRW-Piraten gefordert wird, im Grunde obsolet wird,  
23 sollte die Bildung im Rahmen einer Grundgesetzänderung langfristig zur Aufgabe des  
24 Bundes erklärt werden.

25 **Konflikte: -**

## 26 1.57 Lernfelder

27 Die NRW-Piraten stehen ein für den individuellen & mündigen Schüler, den handlungs-  
28 orientieren Unterricht und der Autonomie der Schulen. Wir sind gegen eine reine Wis-  
29 sensvermittlung und für Kompetenzschulung. Wir wollen nicht den Fächerkanon vorge-  
30 ben, sehen aber in einigen Lernfeldern einen akuten Handlungsbedarf.

31 **Konflikte: -**

## 1 1.58 Verbraucherbildung

2 Der zunehmenden Komplexität des Produkt- und Dienstleistungsangebots sollte eine  
3 gestärkte Verbraucherkompetenz gegenüber stehen; bezüglich Aufklärung, Sensibili-  
4 sierung und Wissensvermittlung besteht ein dringender Handlungsbedarf. Diese Förde-  
5 rung der Alltagskompetenz, speziell von Kindern und Jugendlichen, werden wir auch  
6 in einer koordinierten Bund-Länder-Initiative forcieren. Die NRW-Piraten sprechen sich  
7 aus für eine praxisnahe Unterrichtung von Verbraucherthemen in allen Schulstufen und  
8 Schularten sowie in der vorschulischen Bildung. Es soll zum mündigen Bürger erzogen  
9 werden, welcher eine maximale Urteilsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit hat. Grund-  
10 voraussetzung dafür ist eine verbindliche fachliche und didaktische Weiterbildung für  
11 Lehrkräfte.

12 **Konflikte: -**

## 13 1.59 Gesundheitserziehung

14 Wir setzen uns dafür ein, dass die Themen "Gesundheit", Ernährung und "Bewegung un-  
15 ter aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und in ausreichenden Maß an Schu-  
16 len gelernt werden. Der Sportunterricht soll sich stärker am Gedanken einer Fitness-  
17 Orientierung ausrichten, Weg vom Leistungssport, hin zu "Spaß an Bewegung". Der  
18 momentane Sportunterricht baut darauf auf, möglichst viel Leistung von Schülern zu  
19 fordern. Wer unsportlich ist, darf hierbei weder überfordert, noch benachteiligt wer-  
20 den. Aus diesem Grund soll die Benotung des Sportunterrichts wegfallen. Das Prinzip  
21 Lernen durch praktisches Handeln ist zur durchgängigen Methode zu erklären. Unter-  
22 richtseinheiten wie Suchtprävention, Ernährungslehre, Lebensmittellehre, Ernährung  
23 beim Sport, Zahnschutz & Zahnernährung, Körper- & Gerätehygiene, Haltung, Anspannung-  
24 & Entspannungsübungen werden dem gerecht.

25 **Konflikte: -**

## 26 1.60 Medienkompetenz

27 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Schüler ein Mindestmaß der Fähigkei-  
28 ten der Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung erwerben.  
29 Bei Bedarf kann ein neues Schulfach "Medien und Kommunikation", welches ein Medi-  
30 um als Kommunikationsmittel beliebiger Art zwischen Sender und Empfänger versteht,  
31 dem entgegenkommen. Zudem treten wir für eine verpflichtende interdisziplinäre Zu-  
32 satzqualifikation Medienpädagogik in der universitären Lehramtsausbildung ein. Medien  
33 sind dabei als Hilfsmittel im Lehr- und Lernprozess, als Werkzeug in der Medienproduk-  
34 tion und Thema in der unterrichtlichen Reflexion zu betrachten.

35 **Konflikte: -**

## 1 1.61 Bildungsstandards Informatik

2 Das Schulfach Informatik soll im Kanon allgemeinbildener Fächer stehen und eine zeit-  
3 gemäße und fachlich substantielle informatische Bildung muss gefördert werden. Aktu-  
4 ell wird an vielen Schulen Informatik erst gar nicht angeboten oder der Unterrichtsinhalt  
5 beschränkt sich auf die Benutzung von produktspezifischer Anwendungssoftware. Das  
6 Bildungswesen muss dem Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft Rech-  
7 nung tragen. Wir unterstützen die "Bildungsstandards Informatik in der Sekundarstufe  
8 I" der "Gesellschaft für Informatik e.V.". Die Lehreraus-, Lehrerfort- und -weiterbildung  
9 muss entsprechend ausgebaut werden. Wir werden des Weiteren umsetzen:

10 **Konflikte:** -

## 11 1.62

12 In der Sekundarstufe I wird Informatik als Pflichtfach mit durchschnittlich einer Wochen-  
13 stunde pro Schuljahr in allen Schulformen eingerichtet.

14 **Konflikte:** -

## 15 1.63

16 An allgemeinbildenden Schulen ist mindestens ein Drittel der Unterrichtsstunden für  
17 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik vorzusehen.

18 **Konflikte:** -

## 19 1.64

20 In der gymnasialen Oberstufe sind die Fächer Biologie, Chemie, Informatik und Physik  
21 gleichwertig anzubieten und mindestens zwei dieser vier Fächer bis zum Abitur zu be-  
22 legen.

23 **Konflikte:** -

## 24 1.65

25 Informatik ist in der Abiturprüfung gleichwertig zu den Naturwissenschaften.

26 **Konflikte:** -

## 1 **2 Wirtschaft- und Finanzen**

### 2 **8.1 NRW-Piraten wollen den Ausstieg des Landes aus der WestLB**

3 Seit vielen Jahren sorgt die WestLB für eine Kette von immer neuen Skandalen. Für  
4 die finanziellen Folgen hatten die Steuerzahler und Bürger zu haften. Die NRW-Piraten  
5 befürchten, dass die bisher zutage getretenen Bilanzlöcher in Milliardenhöhe nur die  
6 Spitze des Eisbergs darstellen und das Land NRW und damit seine Bürger für weitere  
7 Verluste der WestLB haften müssen.

8 Die NRW-Piraten setzen sich daher dafür ein, dass die Bürger über die tatsächliche  
9 wirtschaftliche Lage der WestLB transparent informiert werden. Dazu muss eine unab-  
10 hängige Sonderprüfung durch ein Team von Wirtschaftsprüfern und Finanzexperten er-  
11 folgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass in die Affäre verwickelte Politiker keinen  
12 Einfluss auf diese Sonderprüfung nehmen können. Außerdem wollen die NRW-Piraten  
13 aufklären, wie es möglich war, dass Verantwortliche bei der WestLB jahrelang unter  
14 dem Schutz der Politik zum Schaden des Steuerzahlers agieren konnten. Die Bürger  
15 des Landes NRW haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wer für das Versagen der  
16 Aufsichtsgremien verantwortlich ist. Nach Ansicht der NRW-Piraten ist entscheidend,  
17 wie der EU-Beschluss umgesetzt wird, an den die Eigentümer der WestLB gebunden  
18 sind. Dieser sieht zwei Alternativen zum Ausstieg der jetzigen Eigentümer bis Ende  
19 2011 vor: einen Verkauf oder eine Fusion der WestLB mit einem anderen Institut. Letz-  
20 teres würde die Gefahr von teuren Skandalen wie bei der WestLB lediglich auf eine  
21 andere Ebene verlagern. Die NRW-Piraten fordern daher den Verkauf, um die Beteili-  
22 gung des Landes NRW an der WestLB zu beenden. So kann sichergestellt werden,  
23 dass die Bürger nicht länger in Haftung genommen werden.

24 **Konflikte: -**

### 25 **8.2 Bürokratie-Abbau für Unternehmen**

26 Seit Jahren nimmt die Kontrolle und Regulierung durch deutschen Behörden immer wei-  
27 ter zu. Die Liste der Missstände ist lang: Sie beginnt mit der Zwangsmitgliedschaft in der  
28 IHK für jeden Firmengründer, reicht über zeitraubende Ämter-Gänge für banale Anträge  
29 und die aufwändigen Formalien, um einen zusätzlichen Mitarbeiter einstellen zu dürfen,  
30 bis hin zur Künstlersozialkassel, die für viele Selbständige eine teilweise existenziell  
31 bedrohlichen Belastung darstellt. Die NRW-Piraten wollen daher den Bürokratieabbau  
32 in die Tat umsetzen, der von den regierenden Parteien bisher stets wortreich angekün-  
33 digt, aber nie ernsthaft angegangen wurde. Hierzu schlagen sie eine Reihe konkreter  
34 Maßnahmen vor.

35 **Konflikte: -**

### 1 **8.3 Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK**

2 Die Zwangsmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer (IHK) für jeden Firmen-  
3 gründer ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Die meisten Unternehmer haben kein  
4 Interesse an deren Leistungen und kennen diese oftmals nicht einmal. Trotzdem ist  
5 jeder Gewerbetreibende und jeder Gründer einer Firma ab dem ersten Tag zur Bei-  
6 tragszahlung verpflichtet. Zwar kostet die Zwangsmitgliedschaft in der IHK nicht viel,  
7 dieser Beitrag ist jedoch nach Ansicht vieler Unternehmer der sinnloseste Beitrag für  
8 die Verwaltung. Die NRW-Piraten fordern daher, die Zwangsmitgliedschaft in der IHK  
9 abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen.

10 **Konflikte: -**

### 11 **8.9 Ämter-Vernetzung**

12 Eine pragmatische vorläufige Lösung stellt dabei die konsequente Vernetzung von Äm-  
13 tern dar. Ein Unternehmer braucht nicht mit Ämtergängen behelligt werden, wenn die  
14 Daten ohnehin in öffentlichen Registern verfügbar sind. Für alle Anträge soll Unterneh-  
15 mern ein Sammel-Formular online bereitgestellt oder zugeschickt werden. Auf diesem  
16 können sie mit einer einzigen Unterschrift einem Amt die Erlaubnis einräumen, bei an-  
17 deren Ämtern notwendige Daten abzufragen. Auf diese Weise wird der bürokratische  
18 Aufwand von den Ämtern erledigt. Letztlich muss der Unternehmer entscheiden, ob die  
19 Behörde diesen Service anwenden darf oder nicht. Er muss Herr über sein Daten blei-  
20 ben und auch die Möglichkeit haben, Behördengänge selber zu erledigen.

21 **Konflikte: -**

### 22 **8.10 Ein Ansprechpartner bei Behörden**

23 Jede natürliche oder juristische Person bekommt einen einzigen Behördenkontakt, d.h.  
24 einen festen Ansprechpartner oder ein kleines Team von Ansprechpartnern, die für jeg-  
25 liche Kontakte und Aufgaben in Verbindung mit dem Staat zuständig sind. Wenn der  
26 Staat komplexe Regelwerke schafft, muss dieser Ansprechpartner diese Regelwerke  
27 zugänglich machen. Er nimmt Anträge entgegen und kümmert sich um die Abarbei-  
28 tung. In der Konsequenz ist hierdurch sichergestellt, dass der Einzelne nicht mit vie-  
29 len Behörden in Kontakt stehen muss. So könnten die Ansprechpartner außerdem die  
30 Komplexität staatlicher Prozesse erkennen und aktiv durch sinnvolle Vorschläge am Bü-  
31 rokratieabbau teilnehmen.

32 **Konflikte: -**

### 33 **8.4 Weitere Maßnahmen**

34 Vereinfachung von Bauordnungsverfahren für Bauvorhaben: Dies senkt die Kosten der  
35 öffentlichen Hand und beschleunigt Investitionen, die die Wirtschaft dringend braucht.

1 **Konflikte: -**

## 2 **8.7**

3 Abschaffung von bürokratischen Beschränkungen für Gewerbetreibende: So ist bei-  
4 spielsweise Betriebe in Gewerbegebieten der Verkauf als „Lagerverkauf“ erlaubt, als  
5 „Einzelhandel“ jedoch verboten.

6 **Konflikte: -**

## 7 **8.8**

8 Vereinfachung der Anmeldung eines Mitarbeiters: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze  
9 muss von den Behörden gefördert und nicht behindert werden.

10 **Konflikte: -**

## 11 **8.11 Strategische Ausrichtung statt Adhoc-Politi**

12 Es ist speziell in der Wirtschaftspolitik eine der verheerendsten Grundtendenzen über-  
13 haupt, dass die Regierung ihre Entscheidungen immer häufiger auf kurzfristige Aspekte  
14 richtet. Da langfristig“ für Politiker jedoch bedeutet, auf den Termin der nächsten Wahl  
15 zu schießen, droht das Land NRW entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft zu  
16 versäumen. Die NRW-Piraten setzen sich daher für ein Umdenken von einer re-aktiven  
17 Wirtschaftspolitik zu einer strategischen pro-aktiven Steuerung des Landes in die Zu-  
18 kunft ein.

19 **Konflikte: -**

## 20 **8.12 Ausstieg aus Cross Border Leasing und Verbot von ähnlichen** 21 **Konzepten**

22 Cross Border Leasing, kurz: CBL, bedeutet vereinfacht, dass Unterschiede in den Steu-  
23 ersystemen unterschiedlicher Staaten ausgenutzt werden. Deutsche Kommunen kön-  
24 nen so kurzfristige finanzielle Vorteile auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers  
25 erlangen. Hierbei bestehen neben der moralischen Fragwürdigkeit eines solchen staat-  
26 lich ausgenutzten Steuersparmodells diverse Probleme aus Sicht der Bürger.

27 CBL-Geschäfte sind hochkomplex und überfordern daher oftmals die beteiligten Käm-  
28 merer bzw. Finanzpolitiker. Die Risiken aus diesen Geschäften liegen außerdem beim  
29 deutschen Steuerzahler. Aufgrund ihrer Komplexität und der teilweise nicht-öffentlichen  
30 Verträge sind CBL-Geschäfte jedoch kaum von den Bürgern zu überblicken.

1 Der US-Kongress hat CBL-Geschäfte im Jahr 2008 verboten. Dennoch stehen diverse  
2 offene Fragen im Raum. So sind die mit den Fragen des Cross Border Leasing zu-  
3 sammenhängenden strafrechtlichen Fragen derzeit Gegenstand einer intensiven juristi-  
4 schen Diskussion. Insbesondere wird untersucht, ob sich die verschiedenen staatlichen  
5 und kommunalen Entscheidungsträger, die die Verantwortung für die geschlossenen  
6 Verträge tragen, wegen Untreue strafbar gemacht haben können.

7 Die NRW-Piraten fordern daher, intensive Ermittlungen aufzunehmen, ob die handeln-  
8 den Personen allein die Interessen des Allgemeinwohls verfolgt haben, oder ob der  
9 Straftatbestand der Untreue erfüllt ist. Sollte dies der Fall sein, sind die zugrunde lie-  
10 genden Verträge anzufechten.

11 Ferner wollen sich die NRW-Piraten intensiv dafür einsetzen, Ausstiegsoptionen aus  
12 den bestehenden Verträgen mit Nachdruck zu prüfen. Hierbei sollte ein Fachbeirat den  
13 Kommunen und Städten zur Verfügung stehen. Unter dem Eindruck der Finanzkrise  
14 wurde das Konzept des CBL beendet. Die NRW-Piraten sehen aber die Gefahr, dass  
15 ähnliche, modifizierte Modelle in wirtschaftlich besseren Zeiten erneut auf der Agenda  
16 der internationalen Finanzwirtschaft landen. Wir wollen daher erreichen, dass Finanzie-  
17 rungsmodelle in Zukunft kritischer geprüft werden und Modelle, die ähnliche Risiken  
18 aufweisen, gar nicht erst zugelassen werden.

19 **Konflikte: -**

## 20 **8.13 Die Bürger-AG**

21 Die Kommunen von NRW sind hoch verschuldet. Es ist absehbar, dass in der näch-  
22 sten Legislaturperiode erhebliche Finanzierungsprobleme auf kommunaler und teilwei-  
23 se auch auf Landesebene auftreten werden. Die wahrscheinliche Reaktion der Politik  
24 wird darin bestehen, die bestehenden öffentlichen Unternehmen zu privatisieren.

25 In den letzten Jahren ist in einigen Kommunen das Konzept des Cross Border Leasings  
26 aufgegriffen worden. Hierbei wird wertvoller öffentlicher Besitz, z.B. zentrale Infrastruk-  
27 turen wie das Kanal-, das Wasser- oder das Gasnetz an eine ausländische Gesellschaft  
28 verkauft und anschließend zurück gemietet.

29 Auch wenn das Cross Border Leasing in seiner zuletzt praktizierten Form aufgrund  
30 einer Änderung der US-amerikanischen Gesetzgebung mittlerweile nicht mehr durch-  
31 geführt wird, ist es offensichtlich, dass vergleichbare Modelle einen großen Reiz auf  
32 klamme Kämmerer ausüben werden. Ausländische Großkonzerne haben bereits ange-  
33 kündigt, zukünftig in Deutschland in Infrastrukturen investieren zu wollen. Ein Beispiel  
34 ist der russische Energiekonzern Gasprom, der Interesse an deutschen Gasversorgern  
35 und Städtetzen angemeldet hat.

36 Die NRW-Piraten fordern daher, eine verpflichtende Regelung zu schaffen, nach der  
37 die Privatisierung von immobilien Infrastrukturen primär in Form so genannter Bürger-

1 AGs gestattet ist. Eine Bürger-AG ist hierbei eine Gesellschaft, die sich in der Hand der  
2 Bürger des Landes befindet.

3 Analog zum VW-Gesetz kann ein Gesetz geschaffen werden, welches die Beteiligung  
4 eines Einzelaktionärs an einer solchen Bürger-AG auf maximal 1% begrenzt. Im Unter-  
5 schied zum VW-Gesetz würde eine solche Regelung nicht gegen EU-Richtlinien ver-  
6 stoßen und würde den Wettbewerb nicht beschränken. Durch die bevorzugte Ausgabe  
7 von Aktien an Privatpersonen, ähnlich wie dies die Telekom bei der ersten Emission  
8 der T-Aktie getan hat, kann weiterhin eine faktische hohe Streuung der Aktien erreicht  
9 werden.

10 Für die Bürger ergeben sich durch eine solche Bürgeraktie viele Vorteile. Die öffentli-  
11 che Infrastruktur ist vor dem Zugriff in- und ausländischer Finanzinvestoren geschützt.  
12 Hiermit wird eine Spekulation und eine Abschöpfung überhöhter Gebühren verhindert.  
13 Durch die direkte Bürgerbeteiligung ist zudem ein Höchstmaß an Transparenz und Ein-  
14 flussnahme durch die betroffenen Bürger gewährleistet.

15 Da kritische Infrastrukturen überlebenswichtig für eine Region sind, bieten sie langfri-  
16 stig sichere und stabile Einnahmen. Die Sicherheit eines Investments in eine solche  
17 Bürgeraktie ist daher signifikant höher als bei anderen Geschäftsmodellen. Die Bürger  
18 profitieren daher direkt von einer sicheren und stabilen Geldanlage mit geringem Risiko.  
19 Dem gegenüber steht eine nur geringe oder mittlere Rendite. Der so genannte SShare-  
20 holder Value" kann bei einer Bürger-AG nicht der zentrale Antrieb sein. Stattdessen  
21 muss eine solche Bürger-AG per Satzung dem Gemeinwohl verpflichtet und durch Aus-  
22 schluss spekulativer Erweiterungen des Geschäftsmodells gebunden sein. Das Modell  
23 einer Bürger-AG erreicht eine Verhinderung von weiteren Infrastrukturmonopolen mit  
24 den daraus folgenden negativen Auswirkungen auf die Versorgungslage oder -kosten  
25 der Bürger. Es ermöglicht eine Refinanzierung der Kommunen und trägt zur Entschul-  
26 dung bei, gibt den Bürgern mehr Einblicke und Mitspracherechte in die Vorgänge der  
27 öffentlichen Unternehmen, reduziert die direkte Einflussnahme der Politik und bietet ei-  
28 ne sichere Geldanlage für die Bürger einer Region in ihre Infrastruktur.

29 **Konflikte: -**

## 30 **8.14 Keine Steuermittel für Standorterhaltung**

31 Die NRW-Piraten sind strikt gegen die Subventionierung von bedrohten Konzernen, um  
32 die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten. Meistens betreffen solche Rettungs-Pakete Unternehmen  
33 aus wachstumsschwachen oder schrumpfenden Branchen. Zahlreiche Beispiele bele-  
34 gen, dass mit diesen Maßnahmen das unvermeidliche Ende meist nur hinausgezögert  
35 wird. Die gesparten Mittel sollten in die Förderung von Firmen aus Zukunftsbranchen  
36 investiert werden, bei denen tatsächlich nachhaltig neue Arbeitsplätze geschaffen wer-  
37 den. Hier sind insbesondere Investitionen in die IT-Infrastruktur zu nennen, von der  
38 Unternehmen aus traditionellen Branchen ebenfalls profitieren.

39 **Konflikte: -**



## 1 **8.15 Antizyklisch investieren statt radikal sparen**

2 Schon jetzt steht fest, dass die Finanzierung des Staates in NRW und ganz Deutsch-  
3 land im Jahr 2010 schwierig werden wird. Sinkenden Steuereinnahmen stehen steigen-  
4 de Ausgaben für die Sozialsysteme gegenüber. Zahlreichen Städte und Kommunen  
5 droht die Überschuldung.

6 Regierung und Opposition fordern wie so häufig einen radikalen Sparkurs. Dies wird mit  
7 dem Versuch verbunden, kurzfristig neue Mittel zu erlangen, was die Probleme mittel-  
8 fristig verschärft. Investitionen werden gestrichen, Fördermittel gekürzt, Steuern erhöht  
9 und öffentliches Eigentum verkauft. Damit verfallen die Politiker geradezu reflexartig in  
10 genau die Verhaltensmuster, die sie selbst anlässlich der Diskussion um Manager-Boni  
11 so gerne kritisieren.

12 Die NRW-Piraten plädieren dagegen für gezielte antizyklische Investitionen in die Zu-  
13 kunft, auch wenn dies kurzfristig eine noch stärkere Neuverschuldung erfordert. In die-  
14 sem Zusammenhang sind Konzepte wie ein Landesrohstofffonds zu evaluieren. Dieser  
15 könnte für Deutschland als rohstoffarme Region langfristige Zugangssicherheit schaf-  
16 fen. Auf soziale und ökologische Aspekte der Arbeitsweise der Minenkonzerne, deren  
17 Anteilseigner das Land wäre, kann ein positiver Einfluss genommen werden. Da NRW  
18 einen hohen Anteil produzierenden Gewerbes aufweist und die hiesige Industrie daher  
19 besonders stark auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen angewiesen ist, ist insbesondere  
20 hier ein solches Pilotprojekt zu bedenken.

21 **Konflikte: -**

## 22 **8.16 Transparenter Wirtschaftsstandort NRW**

23 In einer globalen und damit schnelllebigen Wirtschaftswelt ist Lobbyismus und Korrup-  
24 tion immer stärker zu einem Problem für den freien Markt und die Bürger selbst ge-  
25 worden. Auch auf Landesebene sorgt die Bevorteilung einzelner Akteure und die Ein-  
26 flussnahme von Interessengruppen für undurchsichtige und oftmals einseitig geprägte  
27 Gesetzgebungen, Vergabeverfahren und Entscheidungsprozesse bei den politisch Ver-  
28 antwortlichen. Die NRW-Piraten setzen sich daher für eine Eindämmung des Einflusses  
29 von Lobbyistengruppen ein.

30 **Konflikte: -**

## 31 **8.17 Sperrfristen für Politiker nach Auslaufen des Mandats**

32 Jeder Mandatsträger muss eine gewisse Wartezeit verstreichen lassen für die Annah-  
33 me einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft, die direkt mit dem ehemaligen Ressort des  
34 Mandatsträgers in Verbindung steht. Hierdurch können eventuelle Vorteilsnahmen bei-  
35 der Seiten eingedämmt werden. Nach Auslaufen der Amtszeit des Mandatsträgers darf  
36 dieser während der folgenden Legislaturperiode weder als Angestellter noch beratend

1 für Unternehmen tätig werden, die in irgendeiner Weise mit dem ehemaligen Ressort  
2 in Verbindung stehen. Damit wird sichergestellt, dass Ämter als ehrenvolle Pflicht und  
3 nicht als Sprungbrett zu besseren Verdienstchancen verstanden werden.

4 **Konflikte: -**

## 5 **8.18 Öffentliche Listen von Landesgeldern und den dazugehörigen** 6 **Verträgen**

7 Die Bürger sollen Vergabeverfahren und Vertragsgrundlagen sowie die Verwendung  
8 der Landesgelder nachvollziehen können. Der Staat, respektive das Land NRW, die  
9 Politik und die ausführenden Organe sind Verwalter der Steuermittel des Bürgers und  
10 nicht deren Eigentümer. Daher ist eine Einsichtnahme in diese Verträge aus Sicht der  
11 NRW-Piraten ein grundsätzliches Recht des Bürgers.

12 Für alle Landesministerien soll verpflichtend sein, dass Auftragsvergaben sowie durch  
13 Steuermittel geförderte Projekte, Organisationen oder NGOs in einer zentralen Daten-  
14 bank gespeichert werden. Die entsprechenden Unterlagen können dann auf einem  
15 Online-Portal für alle Bürger einsehbar gemacht werden. So hat die Öffentlichkeit zu je-  
16 dem Zeitpunkt Zugriff auf diese Informationen, wodurch Transparenz in allen Arbeitspro-  
17 zessen herrscht.

18 **Konflikte: -**

## 19 **8.19 Offenlegung von großen Landesausgaben und -verträgen**

20 In diversen Fällen liegt der Verdacht nahe, dass nicht das beste und günstigste An-  
21 gebot für ausgeschriebene Bauvorhaben, Investitionen und andere Landesausgaben  
22 angenommen wird. Vielmehr scheinen oft undurchsichtige Entscheidungskriterien maß-  
23 geblich für den Zuschlag zu sein. Dies muss in Zukunft im Sinne der Landesfinanzen  
24 und der Bürgerinteressen verhindert werden.

25 Auch dies kann durch ein Online-Portal erreicht werden, auf welchem alle entschei-  
26 dungsrelevanten Unterlagen veröffentlicht werden müssen. So können unabhängige  
27 Fachleute jederzeit nachprüfen, ob die Entscheidungen im Sinne der Bürger getroffen  
28 wurden oder Nebenabsprachen zu vermuten sind. Jeder Vertrag mit einer Gesamtver-  
29 tragssumme über 10 Mio. Euro, wobei die Vertragssumme über die Gesamtlaufzeit gilt,  
30 soll im vollständigen Wortlaut inklusive aller Anlagen im Internet für alle Bürger öffent-  
31 lich einsehbar sein.

32 **Konflikte: -**

## 1 **8.20 Gesetzestexte dürfen nicht von Lobbyisten und** 2 **Wirtschaftsunternehmen geschrieben werden**

3 Die Landesregierung unterhält einen großen Apparat mit Beamten und leistungsfähigen  
4 Ministerien. Es ist nicht einzusehen, dass diese Unterstützung bei der Erstellung von  
5 Textvorlagen für Gesetzgebungsverfahren benötigen. In den letzten Jahren zeichnet  
6 sich eine zunehmende Einflussnahme auf Gesetzestexte durch Wirtschaftsunterneh-  
7 men und Lobbyisten ab, die nicht zuletzt auf Bundesebene in der Affäre um die Kanz-  
8 lei Linklaters ihren öffentlichen Höhepunkt feierte. Die NRW-Piraten fordern daher, die  
9 Übernahme von Gesetzesvorlagen und die unmittelbare Einflussnahme von professio-  
10 nellen Lobbyisten auf Gesetzgebungsverfahren unter eine strenge öffentliche Kontrolle  
11 beziehungsweise ein teilweises Verbot zu stellen. Die Vergabe von Beratungsaufträgen  
12 an Dritte, zum Zwecke einer Formulierung eines Gesetzestextes muss generell verbo-  
13 ten werden.

14 **Konflikte:** -

## 15 **8.21 Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes**

16 Jeder Bürger ist gleich viel wert, ob in der Stadt oder auf dem Land. Legt man die Lo-  
17 gik des so genannten kommunalen Finanzausgleichs zugrunde, so ist ein Einwohner  
18 der Landeshauptstadt Düsseldorf um das 2,5-fache wertvoller als einer, dessen Heimat  
19 ein Dorf im Münsterland ist. Städte haben zwar auch Funktionen für die umliegende  
20 ländliche Region zu erfüllen, etwa hinsichtlich des Betriebs von Kulturstätten wie Thea-  
21 ter, Oper oder Museen. Allerdings erfüllen ländliche Regionen ebenfalls unverzichtbare  
22 Funktionen, etwa als Naherholungsgebiete. Städte verfügen außerdem aufgrund ihrer  
23 größeren wirtschaftlichen Bedeutung über höhere Einnahmen aus Gewerbesteuer und  
24 anderen Quellen. Zudem sind sie wesentlich flexibler bei der Gestaltung ihrer ÖPNV-  
25 Angebote, während ländliche Regionen selbst ein Minimum an Busverbindungen oft  
26 nur mit Mühe aufrechterhalten können.

27 Unter dem Strich werden die Gemeinden damit durch den kommunalen Finanzaus-  
28 gleich in seiner heutigen Form stark benachteiligt. Dies führte in den letzten Jahren  
29 und Jahrzehnten zu einem immer stärkeren finanziellen Gefälle zwischen städtischen  
30 und ländlichen Regionen, wodurch speziell kleinere Gemeinden ihre Angebote immer  
31 weiter einschränken müssen und an Attraktivität einbüßen. Die Konsequenz ist eine  
32 zunehmende Landflucht vor allem jüngerer Menschen, was weiter rückläufige Gemein-  
33 deeinnahmen bewirkt und den Teufelskreis so vollendet.

34 Nach Ansicht der NRW-Piraten ist das Gemeindefinanzierungsgesetz in höchstem Ma-  
35 ße undemokratisch. Letztlich profitieren vom Modell des kommunalen Finanzausgleichs  
36 vor allem in der Stadt wohnende Angehörige gehobener Einkommenschichten. Da-  
37 her muss das Gemeindefinanzierungsgesetz grundlegend überarbeitet und unter Be-  
38 achtung kurzfristiger Budgetzwänge in eine zukunftsfähige Struktur gebracht werden.  
39 Langfristiges Ziel der NRW-Piraten ist eine gleichmäßige Zuteilung der Finanzmittel

- 1 proportional zur Zahl der Bürger, unabhängig von der jeweiligen Größe der Stadt oder
- 2 Gemeinde.
- 3 **Konflikte: -**

# 1 **3 Medienpolitik**

## 2 **21.2 Keine GEZ-Gebühr auf Computer und Handys**

3 Die NRW-Piraten lehnen eine GEZ-Gebühr auf internetfähige Computer oder Mobilfunk-  
4 geräte ab. Mit den Angeboten im Internet drängen die öffentlich-rechtlichen Sender den  
5 Bürgern eine unverlangte Leistung auf, für die sie eine Gebühr verlangen.

6 Ein Voraussetzung für Gebühren für internetfähige Computer oder Mobilfunkgeräte ist  
7 also der Nachweis, dass der Computer für die Angebote der öffentlich-rechtlichen Rund-  
8 funkanstalten im Internet genutzt wird. Gebühren sind nur bei tatsächlicher Nachfrage  
9 denkbar. Der Nachweis muss dabei durch die GEZ erbracht werden, wie dies auch bei  
10 konventionellen Rundfunkgeräten, wie Fernsehern oder Radios, der Fall ist.

11 **Konflikte: -**

## 12 **21.3 Parteipolitische Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen** 13 **Rundfunkanstalten minimieren**

14 Die NRW-Piraten lehnen eine parteipolitische Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen  
15 Rundfunk ab, welcher laut Verfassung unabhängig und staatsfern sein soll.

16 **Konflikte: -**

## 17 **21.4 Vertreter politischer Parteien sind in Rundfunkräten entbehrlich**

18 Die NRW-Piraten fordern die Abschaffung von Parteienvertretern in den Rundfunkrä-  
19 ten, welche zur Gewährleistung der Programmvielfalt berufen sind. Insbesondere muss  
20 eine sachfremde Einflussnahme auf Personalpolitik öffentlich-rechtlicher Sender über  
21 einen durch Parteien instrumentalisierten Verwaltungsrat ausgeschlossen werden. Die  
22 öffentlich-rechtlichen Rundfunksender sind staatsferne Körperschaften, die durch einen  
23 Verwaltungsrat gesteuert werden, der überwiegend mit Vertretern verschiedener gesell-  
24 schaftlicher Gruppen, wie Kirchen, Gewerkschaften oder Verbänden besetzt ist. Der  
25 Fall des Chefredakteurs des ZDF, Nikolaus Breder, der vom Ministerpräsidenten Ro-  
26 land Koch aus seinem Amt entfernt wurde, ist beispielhaft für die verfassungswidrigen  
27 Tendenzen. Die NRW-Piraten lehnen Parteipolitik im öffentlich rechtlichen Rundfunk ge-  
28 nerell ab.

29 **Konflikte: -**

## 30 **21.5 Öffentliche Kontrolle der Rundfunkräte**

31 Die NRW-Piraten fordern Transparenz der Entscheidungen der Rundfunkräte. Diese  
32 sollen künftig in öffentlichen Sitzungen tagen, was derzeit per Gesetz nicht der Fall ist.  
33 Für uns gibt es keinen Grund, warum solche Sitzungen nicht beobachtet werden sollten.

1 Die Rundfunkräte bestimmen über die Verteilung öffentlicher Gelder und steuern die  
2 öffentlich-rechtlichen Medien. Daher müssen sie sich auch einer öffentlichen Kontrolle  
3 stellen.

4 **Konflikte: -**

## 5 **21.6 Institutionelle Interessenvertretung der Netzgemeinde im** 6 **Rundfunkrat**

7 Die NRW-Piraten fordern die Entsendung eines Interessenvertreters der Internetbenut-  
8 zer in die Rundfunkräte. Diese sind neben Parteivertretern überwiegend mit Vertretern  
9 gesellschaftlicher Gruppen, wie Kirche, Gewerkschaften oder Sportbund, besetzt. Die  
10 Nutzer der sogenannten 'Neuen Medien', die sich technisch mit dem Rundfunk über-  
11 schneiden, sind mittlerweile eine relevante gesellschaftliche Gruppe geworden und soll-  
12 ten deswegen auch in den Rundfunkräten berücksichtigt werden. Als Interessenvertre-  
13 tung ist der Chaos Computer Club e.V. prädestiniert, der sich eine langfristige Kompe-  
14 tenz im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und IT erworben hat und einen verlässli-  
15 chen Vertreter der Internetnutzer darstellt.

16 **Konflikte: -**

## 17 **21.7 Medienkonzentrationsrecht**

18 Die NRW-Piraten treten für Meinungsvielfalt und gegen Monopolbildung im Mediensek-  
19 tor ein. Die Neuregelung des Landesmediengesetzes, das Zeitungsverlagen die Kon-  
20 trolle privater TV-Anbieter ermöglicht und damit Informations- und Meinungskartelle be-  
21 günstigt, lehnen wir ab. Wer im Printbereich lokal eine Meinungsmacht inne hat, soll  
22 nicht gleichzeitig auch den lokal vorherrschenden Privatsender betreiben dürfen. So  
23 wird einer gleichgeschalteten Propaganda von marktbeherrschenden Unternehmen vor-  
24 gebeugt und eine Vielfalt der Perspektiven und Meinungen in den Medien gesichert.

25 **Konflikte: -**

## 26 **21.8 Internetsperren**

27 Die NRW-Piraten lehnen Internetsperren ab. Das vom Bundestag beschlossene Zu-  
28 gangerschwerungsgesetz ist bereits wegen fehlender Gesetzgebungszuständigkeit  
29 des Bundes formell verfassungswidrig. Daher muss damit gerechnet werden, dass nach  
30 einem entsprechenden Spruch des bereits angerufenen Bundesverfassungsgerichts  
31 ein Rundfunkstaatsvertrag auf Länderebene angestrebt werden wird. Wir werden uns  
32 dafür einsetzen, dass das Zugangerschwerungsgesetz nicht auf Länderebene einge-  
33 führt wird.

34 **Konflikte: -**

## 1 **21.9 Verfügbarkeit von TV-Produktionen**

2 Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten produzieren TV-Angebote, die von der Allge-  
3 meinheit bezahlt werden. Die Produktionen stehen der Allgemeinheit jedoch nur für  
4 eine begrenzte Zeit oder gar nicht zur Verfügung. Die NRW-Piraten fordern daher, dass  
5 Produktionen, die von der Allgemeinheit bezahlt wurden, auch permanent der Allge-  
6 meinheit zur Verfügung stehen.

7 **Konflikte: -**

## 8 **21.10 Digitale Lernmittelfreiheit**

9 Die NRW-Piraten wollen digitale Lernmittelfreiheit für Schüler und Studierende. Das  
10 Land NRW muss dazu insbesondere eine Gesetzesinitiative gegen die Einschränkun-  
11 gen zur Speicherung von Schulfunksendungen nach § 47 UrhG einbringen, der in die  
12 Kulturhoheit der Bundesländer eingreift.

13 **Konflikte: -**

## 1 **4 Innenpolitik**

### 2 **10.0 Für Menschenrechte kämpfen**

3 Die grundlegenden Rechte jedes einzelnen Menschen sind das höchste Gut und Aus-  
4 druck unserer Menschlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlos-  
5 sen und anerkannt von den Staaten der Vereinten Nationen, stellt dabei die umfassen-  
6 de und allgemein anerkannte Sammlung dieser Rechte dar. Die dort genannten Rechte  
7 sind unteilbar und gelten für jeden Menschen gleichermaßen, unabhängig von seiner  
8 Herkunft, seiner Religion, seinem Geschlecht, seiner Kultur oder anderer Merkmale. Je-  
9 der Mensch muss sich frei entfalten können, ohne Repressalien befürchten zu müssen.  
10 Jede Diskriminierung ist abzulehnen. Die NRW-Piraten kämpfen dafür, die Menschen-  
11 rechte national wie international durchzusetzen.

12 Das Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

13 Gemeinsam mit den Menschenrechten bilden die Bürgerrechte die Grundrechte der  
14 Bürger, die sich im deutschen Staat zusammengefunden haben. Die NRW-Piraten ste-  
15 hen hinter dem Grundgesetz in der ursprünglichen Form, wie es unsere Gründungsva-  
16 ter 1949 ausgearbeitet haben. Insbesondere lehnen wir Änderungen an dem die Grund-  
17 rechte umfassenden ersten Abschnitt (Art.1 bis 19) ab. Die Vergangenheit hat gezeigt,  
18 dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen. Die Piratenpartei  
19 setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein  
20 und will die Bürgerrechte verteidigen, insbesondere auch gegenüber dem Staat bzw.  
21 dessen Einrichtungen, der sie bedroht.

22 **Konflikte: -**

### 23 **10.1 Verfassungsschutz**

24 Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der  
25 ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen.  
26 Dementsprechend ist es wichtig, dass an für die Grundrechte des Bürgers potentiell  
27 fatalen Stellen so offen, transparent und sorgfältig geprüft wird, wie es möglich ist.

28 Wir erkennen an, dass ein Geheimdienst naturgemäß nicht dazu in der Lage ist, seine  
29 Tätigkeiten umgehend und in vollem Umfang kontrollierbar und transparent zu gestalten.  
30 Dennoch wollen wir die Kontrolle und Transparenz so weit erhöhen, wie es im Rahmen  
31 der Handlungsfähigkeit besagter Behörde möglich ist.

32 Die Fristen, innerhalb derer über die Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde berich-  
33 tet wird, müssen so angepasst werden, dass jede potentiell die Grundrechte des Einzel-  
34 nen verletzende Tätigkeit noch vor Durchführung dem Kontrollgremium gemeldet und  
35 spätestens 3 Monate nach ihrem Abschluss der demokratischen Kontrolle des Parla-  
36 ments unterzogen wird. Nach geltendem Recht könnte im ungünstigsten Fall dies erst  
37 nach 1 1/2 Jahren stattfinden.



1 Die Arbeit der G10-Kommission muss enger an die Arbeit des parlamentarischen Kon-  
2 trollgremiums gebunden werden. Wir halten eine Prüfung, ob diese beiden Einrichtun-  
3 gen zum Zwecke eines schnelleren Informationsflusses kombiniert werden können, für  
4 sinnvoll. Ebenso sollte in diesem Zuge die Einhaltung nicht nur des Fernmeldegeheim-  
5 nisses, sondern sämtlicher Grundrechte zeitnah überprüft werden.

6 **Konflikte: -**

## 7 **10.2 Hilfspolizisten**

8 Die Polizei ist eins der wichtigsten Exekutivorgane unseres Landes. Sie ist die direkte  
9 ausführende Kraft des staatlichen Gewaltmonopols, und soll die öffentliche Sicherheit  
10 und Ordnung gewährleisten. Dies ist eine hochgradig verantwortungsvolle, anspruchs-  
11 volle Aufgabe.

12 Bestrebungen, streifendienstliche Tätigkeiten der Polizei zukünftig verstärkt von schlech-  
13 ter ausgebildeten, schlechter bezahlten Hilfspolizisten durchführen zu lassen lehnen  
14 wir entschieden ab. Realen Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit auf diese Weise  
15 schwächer zu begegnen, und gleichzeitig unter der Vorgabe, die innere Sicherheit zu  
16 stärken die Grundrechte immer weiter zu beschränken ist für uns nicht akzeptabel.

17 **Konflikte: -**

## 18 **10.3 Virtuelle Streife**

19 Der Polizeidienst umfasst den Streifendienst im öffentlich zugänglichen Raum zur Ge-  
20 fahrenabwehr und zur Verhinderung von Straftaten. Da auch das Internet ein solcher  
21 öffentlich zugänglicher Raum ist, ist es begrüßenswert, wenn die Polizeibehörden dort  
22 "auf Streife" gehen. Ferner empfinden wir es als erfreulich, dass die Polizeibehörden ge-  
23 denken, sich mit dem Medium Internet vertrauter zu machen. Besorgnis erregt nur die  
24 Befürchtung, dass den Beamten an dieser Stelle Sonderrechte eingeräumt werden, die  
25 über jene eines normalen Internetnutzers hinaus gehen.

26 Denn so wie der Streifendienst nicht das Eindringen in private Wohnungen rechtfertigt,  
27 so lehnen wir auch verdachtsunabhängige Eingriffe in private Kommunikation, etwa das  
28 Mitlesen von Emails oder Zugriff auf gesicherte Bereiche durch Hacking, ab. Um die  
29 Strafverfolgung im Netz zu verbessern, sollten vielmehr bestehende Möglichkeiten, den  
30 Polizeibehörden Gesetzesverstöße im Internet mitzuteilen, vereinfacht und verbessert  
31 werden.

32 **Konflikte: -**

## 33 **10.4 Öffentliche Überwachung**

34 Die Überwachung des öffentlichen Raumes durch Videokameras kann unter bestimm-  
35 ten Umständen die Aufklärung von Straftaten erleichtern. In der Regel wäre die besagte

1 Aufklärung jedoch auch ohne das so gewonnene Bildmaterial erfolgreich gewesen. Die  
2 Erfahrungen der letzten Jahre haben ferner gezeigt, dass eine solche Überwachung  
3 nicht zur Prävention von Straftaten geeignet sind.

4 Daher lehnen wir den Ausbau der öffentlichen Überwachung strikt ab, da wir die Per-  
5 sönlichkeitsrechte hunderter unschuldig erfasster und gespeicherter Bürger als schüt-  
6 zenswert betrachten. Darüber hinaus sind aktuelle Maßnahmen der öffentlichen Über-  
7 wachung kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls rückgängig zu machen.

8 Stattdessen wollen wir eine höhere Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften an po-  
9 tentiellen Kriminalitätsschwerpunkten.

10 **Konflikte: -**

## 11 **10.5 Automatisierte Kennzeichenerfassung**

12 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März 2008 hat eindeutig klargestellt,  
13 dass eine verdachtsunabhängige, flächendeckende, automatisierte Kennzeichenerfas-  
14 sung zwecks Abgleich mit Fahndungsdaten in diversen Belangen - nicht zuletzt der Ver-  
15 hältnismäßigkeit - nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Daher ist es uns unbegreiflich,  
16 warum solche Maßnahmen erneut diskutiert werden.

17 Einen solchen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte lehnen wir entschieden ab. Auch  
18 ein stichprobenhafter Abgleich automatisiert erfasster Autokennzeichen, so wie es das  
19 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zulässt, ist für uns nicht akzeptabel.

20 **Konflikte: -**

## 21 **10.6 Jugendkriminalität**

22 Im Bereich der Jugendkriminalität ist von Symptombekämpfung und weiterem Aktionis-  
23 mus Abstand zu nehmen. Die Antwort auf das Problem der Jugendkriminalität ist mit-  
24 nichten, jeden jungen Menschen als potentiellen Straftäter von morgen zu behandeln,  
25 und so die Nachfrage nach sicherheitspolitischen Maßnahmen künstlich zu steigern.  
26 Aufgrund einer seit Jahrzehnten verfehlten Bildungspolitik und einer finanziellen und  
27 beruflichen Perspektivlosigkeit muss man dieses Problem als hausgemacht bezeich-  
28 nen. Seine Bekämpfung muss an besagten Ursachen ansetzen, indem die Bildungs-  
29 und Berufsperspektiven konsequent verbessert werden.

30 **Konflikte: -**

## 31 **10.7 Biometrische Daten**

32 Wir beobachten derzeit einen besorgniserregenden Trend, dass in immer größer ge-  
33 fassten Bereichen die Speicherung und der automatisierte Abgleich von biometrischen  
34 Daten erfolgt. Es ist weder zu verhindern, dass die Grundrechte unschuldiger Bürger

1 bei solchem Vorgehen verletzt werden, noch dass ein solches Vorgehen auf Basis exi-  
2 stierender Daten immer häufiger angewendet wird. Daher lehnen wir die Erfassung  
3 biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne erwiesene  
4 Straftat kategorisch ab.

5 **Konflikte: -**

## 6 **10.8 Entwurf zum Transparenzgesetz**

7 Wir begrüßen die Bestrebung zur Schaffung von mehr Transparenz. Dabei darf die  
8 Transparenz aber nicht nur finanzielle Aspekte aufgreifen, sondern muss auch bei Ent-  
9 scheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen  
10 angewandt werden.

11 Der Landesrechnungshof NRW soll dafür Sorge tragen, dass die geschaffenen Trans-  
12parenzhürden nicht durch Zersplitterungen von 100%ig öffentlichen Unternehmen in  
13 mehrerer nicht- oder teil-öffentliche Unternehmen umgangen werden.

14 **Konflikte: -**

## 15 **10.9 Leistungsgerechte Beurteilung von Beamten**

16 Das Beamtenrecht in NRW bedarf in vielerlei Hinsicht einer umfassenden Reform. Ins-  
17 besondere ist hier das System der Beamtenbeurteilungen aufzuführen. Im Bereich der  
18 Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes herrscht sicher nicht selten eine  
19 große Diskrepanz zwischen den tatsächlichen und den beurteilten Leistungen. Dies  
20 führt zu großen Frustrationen und einer verständlichen Demotivation, welche nicht zu-  
21 letzt auch die Bürger zu spüren bekommen.

22 Derzeit werden die Beamten überwiegend durch Vorgesetzte beurteilt, die den zu be-  
23urteilenden Beamten häufig gar nicht bei der Arbeit sehen, sondern nur aus der Äk-  
24tenlage"heraus entscheiden. Auch werden bereits formulierte, gute Beurteilungen vom  
25 nächst höheren Vorgesetzten, welcher den Beamten meist nicht mal persönlich kennt,  
26 aufgrund der Haushaltslage wieder zurückgenommen, da von einer guten Beurteilung  
27 auch die nächste Beförderung abhängig ist, was dann wiederum mehr Geld kosten  
28 würde. Nicht selten hängen gute Beurteilungen und damit die Beförderung nicht mit der  
29 tatsächlichen Leistung des Beamten zusammen, sondern damit, wie lange er schon  
30 auf die nächste Beförderung warten musste, selbst wenn jüngere Beamte eine wesent-  
31lich bessere Leistung vorweisen konnten. Dies führt zu noch mehr Frustration bei den  
32 verbleibenden, motivierten Beamten, da sie für ihre gute Leistung keine Anerkennung  
33 finden.

34 Daher setzen wir uns für eine umfassenden Reform des Beurteilungsprozesses ein.  
35 Wir streben eine Anlehnung an die aus der Privatwirtschaft bekannten 360 Grad Be-  
36urteilung an. Der Vorgesetzte allein soll nicht über die Beurteilung eines Beamten ent-  
37 scheiden dürfen. Vielmehr sind u.a. auch Einschätzungen der Kollegen und Bürger mit

1 in die Beurteilung einzubeziehen. Der Einfluss des nächst höheren Vorgesetzten auf  
2 die Beurteilung muss auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Vor allem muss  
3 endlich die Qualität und nicht, wie zur Zeit, die Quantität der Leistung als Beurteilungs-  
4 kriterium wieder in den Vordergrund rücken.

5 **Konflikte: -**

## 6 **10.10 Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingswesen**

7 Wir setzen uns für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten  
8 ein. Aus diesem Grunde wollen wir eine Erleichterung der Anforderungen für den Über-  
9 gang in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Hierbei ist aus humanitären Gründen die  
10 Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen und Flüchtlingen, welche ihren Lebens-  
11 unterhalt nicht eigenständig sichern können, besonders zu berücksichtigen. Langfristig  
12 ist auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge, die sich länger als fünf  
13 Jahre in Deutschland aufhalten, hinarbeiten. Generell halten wir das Asyl- und Aus-  
14 länderrecht Deutschlands für überarbeitungsbedürftig, da es einem effizienten Schutz  
15 der Menschenrechte nicht gerecht wird.

16 **Konflikte: -**

## 17 **10.11 Unabhängige Kontrolle für Polizeibehörden**

18 Auch in den Reihen der Polizeibeamten kann es dazu kommen, dass einzelne Beam-  
19 te sich falsch oder gar rechtswidrig verhalten. Polizeibeamte, welche ein Fehlverhalten  
20 ihrer Kollegen beobachten, sowie Zeugen und/oder Anzeige erstattende Bürger sind  
21 derzeit dazu gezwungen sich mit ihrem Anliegen an die gleiche Behörde zu wenden, in  
22 der die Beklagte Person ihren Dienst verrichtet. Dies führt nicht nur zu Hemmschwellen  
23 seitens des Beschwerdeführers, sondern kann auch zu Interessenskonflikten und da-  
24 durch zu Vertuschungsaktionen oder falsch verstandener Solidarität unter den Kollegen  
25 führen.

26 Es sollte eine unabhängige Kontroll- und Ermittlungsinstanz geschaffen werden, die  
27 sich solcher Beschwerden annimmt, ohne dass der Beschwerdeführer Tatenlosigkeit  
28 oder persönliche Konsequenzen fürchten muss. Zusätzlich kann diese Instanz auch  
29 ohne Anregung Dritter tätig werden.

30 **Konflikte: -**

## 31 **10.12 Identifikationsnummer für Polizisten**

32 Wir erkennen an, dass die tägliche Polizeiarbeit, also vor allem die Durchsetzung polizei-  
33 licher Maßnahmen, ohne die Möglichkeit der Anwendung von Zwangsmitteln in vielen  
34 Situationen unmöglich wäre. Auch angemessene körperliche Gewalt stellt ein grund-  
35 sätzlich legitimes und erforderliches Zwangsmittel dar. Jedoch hat gerade die Polizei

1 als Träger des staatlichen Gewaltmonopols eine besondere Verantwortung, welcher sie  
2 leider nicht immer gerecht wird. Immer wieder gibt es Presseberichte von rechtswidri-  
3 gen Übergriffen der Polizei auf Bürger. Häufig jedoch hat der Bürger dabei nicht einmal  
4 die Möglichkeit den Namen des Beamten zu erfahren, da dieser, trotz einer bestehen-  
5 den Pflicht, ihn nicht preisgibt. Auch hat der Bürger in diesem Moment keine Möglichkeit  
6 den Polizisten zur Preisgabe zu zwingen.

7 Aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer jederzeit deutlich erkennbaren, indi-  
8 viduellen und für die Ermittlungsbehörde nachvollziehbaren Identifikationsnummer für  
9 jeden Polizeibeamten.

10 Eine solche Nummer stellt auf der einen Seite den Informationsanspruch des Bürgers  
11 sicher, auf der anderen Seite wahrt sie aber auch das Persönlichkeitsrecht des Beam-  
12 ten, da auf direktem Wege keine Rückschlüsse auf seine Person möglich sind.

13 **Konflikte: -**

#### 14 **Pauschale Mindestentschädigung bei rechtswidrigen Maßnahmen von** 15 **Behörden**

16 Da auch in Behörden nur Menschen sitzen, werden auch dort Fehler gemacht. Nicht sel-  
17 ten werden rechtswidrige Verwaltungsakte erlassen bzw. rechtswidrige Maßnahmen ge-  
18 troffen, welche den Bürger in seinen Rechten und in seiner Persönlichkeit beeinträchti-  
19 gen. Diese Beeinträchtigungen lassen immer irgendeine Art von Schaden entstehen.

20 Es ist unser Anliegen eine pauschale Mindestentschädigung bzw. eine Wiedergutmachung  
21 für rechtswidrige Maßnahmen einzuführen. Hierdurch erwarten wir eine wesent-  
22 liche Erhöhung der Hemmschwelle seitens der Behörden bei Eingriffen in die Persön-  
23 lichkeitsrechte des Bürgers und hierdurch einen verbesserten Schutz vor Behördenwill-  
24 kür.

25 Bei der derzeitigen Rechtslage hat der Bürger, selbst nachdem durch Gerichte die  
26 Rechtswidrigkeit von Verwaltungsakten oder Maßnahmen festgestellt wurde, weitere,  
27 häufig nicht leichte Hürden zu nehmen, um den Schaden ersetzt zu bekommen. Die  
28 Beweisbarkeit eines entstandenen Schadens, gerade im immateriellen Bereich, gestal-  
29 tet sich oft schwierig. Obwohl es eine Behörde war, welche den Fehler gemacht hat,  
30 wird der Bürger durch eine schwierige Beweissituation eventuell noch mehr belastet.  
31 Damit dieser unhaltbare Zustand abgestellt wird, sollten Behörden für ihre Fehler unein-  
32 geschränkt haften.

33 **Konflikte: -**

# 1 5 **Umweltpolitik**

## 2 3.1 **Präambel**

3 Die NRW-Piraten lehnen ideologisch oder wirtschaftlich motivierte Umweltpolitik ab. Ei-  
4 ne tragfähige Umweltpolitik kann nur auf den langfristigen Erhalt und die Verbesserung  
5 der Lebensbedingungen aller Menschen ausgerichtet sein. In diesem Kontext ist kein  
6 Platz für ideologische Scheinlösungen oder den Schutz kurzfristiger finanzieller Inter-  
7 essen. Da rigide Verbote nicht dem Geist der Piraten entsprechen, sollen die Ziele  
8 vorzugsweise durch Aufklärung und wo dies nicht ausreicht durch gezielte Förderung  
9 erreicht werden. Nur notfalls sollen auch Strafbesteuerung oder andere Sanktionen an-  
10 gewendet werden.

11 **Konflikte:** -

## 12 3.3 **Energie und Ressourcen**

13 Text Die Erde ist im Wesentlichen ein geschlossenes System, das von außen nur Ener-  
14 gie von der Sonne erhält und dessen innere Ressourcen begrenzt sind. Das muss eine  
15 auf das langfristige Überleben der Menschheit ausgerichtete Umweltpolitik berücksich-  
16 tigen.

17 **Konflikte:** -

## 18 3.4 **Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip**

19 1. Die Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir ge-  
20 nerell die Schaffung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsform, die natürliche Ressour-  
21 cen so nutzt und erhält, so dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung  
22 stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist  
23 ein bewusster verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressour-  
24 cen erforderlich.

25 2. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleich-  
26 gewicht sein, bei nicht nachwachsenden wie Bodenschätzen muss eine Kreislaufwirt-  
27 schaft eingeführt werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltscho-  
28 nende Technologien zu nutzen und zu bevorzugen, sowie die Entwicklung neuer Tech-  
29 nologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare bzw. nicht zu verantwortende  
30 Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir ab. Beispiele hierfür wären  
31 z.B. die derzeitige Stromproduktion durch Kernspaltung.

32 3. Alle Ressourcen sind endlich und müssen daher mit minimalen Verlusten und in  
33 Kreislaufsystemen genutzt werden. Die Energiebilanz des Planeten muss neutral blei-  
34 ben, da sich die Biosphäre sonst entweder aufheizt oder abkühlt.

1 4. Natürliche Lebensräume und die Artenvielfalt müssen langfristig erhalten werden.  
2 Daraus ergeben sich folgende Grundforderungen:

3 1. Klimaverändernde Aktivitäten müssen eingeschränkt und langfristig völlig ausgesetzt  
4 werden.

5 2. Die Energieversorgung muss hauptsächlich auf regenerative Quellen umgestellt wer-  
6 den, die Energieeffizienz muss gesteigert werden.

7 3. Wiederverwendung vor Wiederverwertung: Echtes Recycling muss konsequent aus-  
8 gebaut und der Verbrauch bzw. Verlust von Ressourcen so weit wie möglich einge-  
9 schränkt werden.

10 **Konflikte: 3.5, 3.6, 3.24**

### 11 **3.24 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip**

12 1. Die Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir ge-  
13 nerell die Schaffung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsform, die natürliche Ressour-  
14 cen so nutzt und erhält, so dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung  
15 stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist  
16 ein bewusster verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung der Ressour-  
17 cen erforderlich.

18 2. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleich-  
19 gewicht sein, bei nicht nachwachsenden wie Bodenschätzen muss eine Kreislaufwirt-  
20 schaft eingeführt werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltscho-  
21 nende Technologien zu nutzen und zu bevorzugen, sowie die Entwicklung neuer Tech-  
22 nologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare bzw. nicht zu verantwortende  
23 Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir ab.

24 3. Alle Ressourcen sind endlich und müssen daher mit minimalen Verlusten und in  
25 Kreislaufsystemen genutzt werden. Die Energiebilanz des Planeten muss neutral blei-  
26 ben, da sich die Biosphäre sonst entweder aufheizt oder abkühlt.

27 4. Natürliche Lebensräume und die Artenvielfalt müssen langfristig erhalten werden.  
28 Daraus ergeben sich folgende Grundforderungen:

29 1. Klimaverändernde Aktivitäten müssen eingeschränkt und langfristig völlig ausgesetzt  
30 werden.

31 2. Die Energieversorgung muss hauptsächlich auf regenerative Quellen umgestellt wer-  
32 den, die Energieeffizienz muss gesteigert werden.

33 3. Wiederverwendung vor Wiederverwertung: Echtes Recycling muss konsequent aus-  
34 gebaut und der Verbrauch bzw. Verlust von Ressourcen so weit wie möglich einge-  
35 schränkt werden.

36 **Konflikte: 3.5, 3.6, 3.7**

### 1 **3.5 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip**

2 Die NRW-Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir  
3 generell die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen  
4 in einer Weise nutzt und erhält, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur  
5 Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht.  
6 Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung  
7 der Ressourcen erforderlich. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und  
8 Regeneration in einem Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden Ressourcen wie  
9 Bodenschätzen muss die Einführung einer Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel sein. Dazu  
10 ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien bevorzugt zu  
11 nutzen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die  
12 unabsehbare und nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen ha-  
13 ben, lehnen wir strikt ab. Ein Beispiel hierfür ist z.B. die derzeitige Stromproduktion  
14 durch Kernspaltung.

15 **Konflikte: 3.4, 3.6, 3.24**

### 16 **3.6 Nachhaltigkeit als piratiges Prinzip**

17 Die NRW-Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir  
18 generell die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen  
19 in einer Weise nutzt und erhält, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur  
20 Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht.  
21 Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit und eine faire Verteilung  
22 der Ressourcen erforderlich. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und  
23 Regeneration in einem Gleichgewicht sein, bei nicht nachwachsenden Ressourcen wie  
24 Bodenschätzen muss die Einführung einer Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel sein. Dazu  
25 ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien bevorzugt zu  
26 nutzen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die  
27 unabsehbare und nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen ha-  
28 ben, lehnen wir strikt ab.

29 **Konflikte: 3.4, 3.5, 3.24**

### 30 **3.7 Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung**

31 1. Wir wollen die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die Forschung im Be-  
32 reich der ökologischen Zusammenhänge und die Erforschung sauberer Technologien  
33 (cleantech") fördern [Forschung im Bereich des Umweltschutzes]. 2. Forschungsergeb-  
34 nisse, insbesondere solche aus öffentlich finanzierten Programmen, müssen der All-  
35 gemeinheit zugänglich gemacht werden (öpen access"). Die Ergebnisse sollen für die  
36 Aufklärung der Bevölkerung in Fragen des Umweltschutzes genutzt werden. Die se-  
37 lektive Sicht durch einzelne auf Zusammenhänge, die ganzheitlich zu betrachten sind,



1 erfordert die Entwicklung von Methoden, die dem Prinzip "Gemeinnutz geht vor Eigen-  
2 nutz" zur Geltung verhelfen. Dem dient die allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, der  
3 freie Zugang zu Wissen und Forschungsergebnissen und die Schaffung von Anreizen  
4 zum Umdenken um zu besserem Verhalten zu kommen.

5 **Konflikte: 3.8**

### 6 **3.8 Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung**

7 Die NRW-Piraten wollen die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die Forschung  
8 im Bereich der ökologischen Zusammenhänge und die Erforschung sauberer Techno-  
9 logien fördern. Forschungsergebnisse, insbesondere solche aus öffentlich finanzierten  
10 Programmen, müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die Ergebnisse  
11 sollen für die Aufklärung der Bevölkerung in Fragen des Umweltschutzes genutzt wer-  
12 den. Die selektive Sicht auf ganzheitliche Zusammenhänge durch einzelne erfordert die  
13 Entwicklung von Methoden, die dem Prinzip "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zur Gel-  
14 tung verhelfen. Dem dient die allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, der freie Zugang  
15 zu Wissen und Forschungsergebnissen und die Schaffung von Anreizen zum Umden-  
16 ken, um zu besseren Verhaltensweisen zu kommen.

17 **Konflikte: 3.7**

### 18 **3.9 Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung**

19 Viele der heutigen Probleme (in Deutschland z.B. Asse, weltweiter Klimawandel, Arten-  
20 sterben etc) sind zu einem großen Teil das Resultat der Ohnmacht der Gesellschaft und  
21 der Bürger sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft gegenüber. Daher sind auch beim  
22 Thema Umwelt mehr Transparenz im Handeln von Regierungen und Unternehmen und  
23 eine stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen erforderlich.

24 **Konflikte: -**

### 25 **3.10 Regionalisierung**

26 Das Versagen der internationalen Politik einen Konsens zum Klimaschutz zu finden  
27 bedeutet für jeden von uns, dass lokale und regionale Initiativen zum Umwelt- und  
28 Klimaschutz an Bedeutung gewinnen. Diese Initiativen werden wir fördern und stärken.

29 **Konflikte: -**

### 30 **3.12 Energiepolitik - Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den** 31 **Energiemärkten garantieren**

32 Die folgenden Punkte gehen zum Teil über das Landesrecht hinaus und betreffen Bundes-  
33 wie EU-Recht. Die NRW-Piraten regen an, dass das Land NRW auch dort durch geeig-

1 nete Maßnahmen wie Gesetzesinitiativen im Bundesrat seinen Einfluss geltend macht  
2 und wo möglich - z.B. über das Landesausschreibungsrecht - steuernd einwirkt. Die  
3 Netzinfrastruktur gehört überwiegend in öffentliche Hände. Dazu dient die eigentums-  
4 rechtliche Entflechtung der Netzinfrastrukturen; das gilt für Strom- wie Gasnetze glei-  
5 chermaßen und auf allen Netzebenen.

6 Die NRW-Piraten streben eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien  
7 sowohl im Strom- als auch im Wärmemarkt an. Die Forschungsanstrengungen sind zu  
8 verstärken mit dem Ziel, die Kosten sowohl für Fotovoltaik als auch für Anlagen der  
9 dezentralen Kraftwärmekopplung deutlich zu senken. Wir setzen uns dafür ein, dass  
10 die bisherigen Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien sich vergleichbar der  
11 Regulierung der Netzentgelte stärker als bisher an den jeweils effizientesten Anbietern  
12 orientieren. Monopol- beziehungsweise Oligopolrenten sind so lange abzuschöpfen, bis  
13 eine funktionierende und stabile Wettbewerbsordnung etabliert ist.

14 Die NRW-Piraten streben in der Energiepolitik an, nachhaltigen und klimafreundlichen  
15 Konsum deutlich zu erleichtern. Wir setzen uns ein für eine Festlegung von Effizienz-  
16 standards als Mindeststandards. Um dies zu erreichen, regen wir an, dass das Land  
17 NRW eine Vorreiterrolle einnimmt und sich in Deutschland sowie innerhalb der Europäi-  
18 schen Union durch entsprechende Initiativen einsetzt. Hierzu gehören CO2-Grenzen  
19 für PKWs ebenso wie Grenzen für den Energieverbrauch von Elektrogeräten. Produkte,  
20 die diese Standards nicht einhalten, sollten nicht mehr vertrieben werden dürfen.

21 Die NRW-Piraten regen die Einführung von finanziellen Anreizstrukturen an, die nach-  
22 haltigen Konsum belohnen. Prämienprogramme, Steuervorteile oder Zuschüsse müs-  
23 sen konsequent wirksam sein im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes sowie  
24 sozial verträglicher Arbeits- und Produktionsbedingungen.

25 Die NRW-Piraten machen sich stark für eine klare Energiekennzeichnung für alle Ver-  
26 brauchsgüter. Die Effizienzklassen von Haushaltsgeräten (A–G) bieten hier eine gu-  
27 te Grundlage. Wir setzen uns ein für den sukzessiven Ersatz fossiler Energiequellen  
28 durch erneuerbare Energie im Gebäudebestand und im Neubau. Der "ökologische  
29 Rucksack" eines Produktes sowie die soziale Verantwortung der Hersteller sind transpa-  
30 rent darzustellen. Die NRW-Piraten regen an, dass sich das Land NRW für die Schaf-  
31 fung hierzu geeigneter unabhängiger Plattformen einsetzt, z.B. den Ausbau der Corpo-  
32 rate Social Responsibility (CSR)-Tests der Stiftung Warentest.

33 Die NRW-Piraten unterstützen die verbraucherpolitische Agenda für die Legislaturperi-  
34 ode 2010 bis 2015 in NRW „Szenario 2015“ der Verbraucherzentrale NRW, die Wettbe-  
35 werb und Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren soll.

36 Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ihren Energie-Dienstleister unkompliziert und  
37 mit wenig Aufwand binnen weniger Tage wechseln können. Wesentliche Unterschei-  
38 dungskriterien der Angebote – wie Vertragslaufzeit, Preis, Kündigungs- und Verlänge-  
39 rungsfristen, Preisanpassungsklauseln, Zusammensetzung des Stroms, etc. sollen kун-  
40 denfreundlich auf einen Blick zu erkennen sein.

1 Die NRW-Piraten regen an, dass das Land NRW durch eine Gesetzesinitiative sicher-  
2 stellt, dass der zunehmende Wettbewerb im Energiemarkt durch transparente Angebots-  
3 und Vertragsgestaltungen befördert wird. Darüber hinaus soll das Land NRW die Vor-  
4 schläge der Monopolkommission aufgreifen und sich für mehr Wettbewerb bei der Stromer-  
5 zeugung und Gasversorgung einsetzen und die Gründung neutraler Netzgesellschaften  
6 unterstützen. Die Gemeindeordnung ist derart zu ändern, dass es zu mehr Wettbe-  
7 werb auf dem Energiemarkt und dem neuen Markt der Energieeffizienzdienstleistungen  
8 kommt.

9 Ratsuchenden soll NRW-weit in einer Energieberatung vor Ort beim Kunden durch die  
10 Verbraucherzentrale oder andere Kooperationspartner einer Landesinitiative der jeweili-  
11 ge Modernisierungsbedarf in den eigenen vier Wänden anbieterunabhängig aufgezeigt  
12 werden.

13 Sanierungswillige Hausbesitzer sollen auch für bestehende Gebäude eine finanzielle  
14 Förderung durch das Land erhalten, wenn sie dabei erneuerbare Wärmequellen mit  
15 zum Einsatz kommen lassen. Das Land NRW soll dazu das Bundesprogramm für den  
16 Einsatz erneuerbarer Wärme bei Neubauten durch ein entsprechendes Landesgesetz  
17 und eine langfristige und berechenbare Förderung für den Gebäudebestand ergän-  
18 zen.

19 Wer seine Heizungsanlage erneuern will, soll ähnlich wie in Baden-Württemberg in die  
20 Pflicht genommen werden, mindestens zehn Prozent des Wärmebedarfs durch erneu-  
21 erbare Energie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme zu decken. Käufer und Mieter  
22 von Wohnungen oder Häusern sollen darauf vertrauen können, dass Verstöße gegen  
23 die Vorlagepflicht des Energieausweises durch die zuständigen Bauaufsichtsbehörden  
24 verfolgt und geahndet werden. Der Energieausweis wird damit zu einem wirkungsvol-  
25 len Instrument, um den künftigen Energiebedarf von Immobilien beurteilen und bei der  
26 Entscheidung für ein Objekt einbeziehen zu können.

27 Die Energieverbrauchskennzeichnung auf Haushaltsgroßgeräten und Geräten der Un-  
28 terhaltungselektronik für Verbraucherinnen und Verbraucher soll zu einer transparente  
29 und verlässliche Richtschnur ausgebaut werden, um den künftigen Energieverbrauch  
30 der geplanten Anschaffung mit in die Kaufentscheidung einbeziehen zu können. Es ist  
31 Aufgabe der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass unabhängige Sachverständi-  
32 ge die Umsetzung der Kennzeichnungsvorgaben im Handel regelmäßig kontrollieren  
33 und Verstöße geahndet werden.

34 Die NRW-Piraten unterstützen die Einführung eines linearen Stromspar-Tarifs proportio-  
35 nal zum realen Verbrauch. Ergänzend soll eine sozialorientierte Energieberatung dazu  
36 beitragen, dass sich die bislang große Zahl an Stromsperrern in privaten Haushalten  
37 drastisch reduziert. Wir regen an, dass das Land NRW soll diese Entwicklung im Dia-  
38 log mit den Energieversorgungsunternehmen und der Verbraucherzentrale anstößt und  
39 begleitet.

40 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Besitzer von Elektropeicherheizungen,  
41 die zu einem anderen Heizungssystem wechseln wollen, durch ein Förderprogramm

1 des Landes unterstützt werden. Neue Nachtstromspeicherheizungen dürfen nicht mehr  
2 installiert werden.

3 2008 betragen die Energiekosten circa 120 Milliarden Euro, das sind über zehn Prozent  
4 der gesamten Konsumausgaben. Entscheidend für die Preisbildung der Energieträger  
5 ist neben den Rohstoffpreisen auf den Weltmärkten vor allem die inländische Wettbe-  
6 werbsituation. Hier gibt es im Stromsektor nur zögerliche Verbesserungen, die Ent-  
7 wicklung des Gasmarktes stagniert weitgehend. Die Europäische Union hat sich gegen  
8 die Widerstände insbesondere aus Deutschland und Frankreich mit ihren Plänen zur  
9 Entflechtung der Strom- und Gasnetze nicht vollständig durchsetzen können. Die un-  
10 zureichende Abtrennung der Monopolbereiche sowohl auf der Transportnetz- als auch  
11 auf der Verteilnetzebene bleibt ein starkes Wettbewerbshemmnis.

12 Vorrangiges Ziel im Strom- und Gasmarkt ist nach wie vor die Etablierung einer funktio-  
13 nierenden Wettbewerbsordnung. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit gewähr-  
14 leistet werden. Insgesamt müssen angemessene Energiepreise erreicht werden, dies  
15 bedeutet insbesondere, dass durch einen funktionierenden Wettbewerb auf den inlän-  
16 dischen Wertschöpfungsstufen größtmögliche Effizienz erreicht und in einem Wettbe-  
17 werbsmarkt angemessene Renditen erwirtschaftet werden. Monopol- beziehungsweise  
18 Oligopolrenten müssen verhindert werden.

19 Gleichzeitig sind Technologien zu fördern, die einerseits eine größere Unabhängigkeit  
20 von Energieimporten ermöglichen und die andererseits die Oligopolstrukturen auf der  
21 Anbieterseite aufbrechen. Die Verbraucher müssen dabei in die Lage versetzt werden,  
22 sich durch eigene Investitionen unabhängiger von der Zufuhr von Energien zu machen.  
23 Wir benötigen eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl bei  
24 der Strom- als auch bei der Erdgaserzeugung sowie beim Einsatz erneuerbarer Ener-  
25 gien im Wärmemarkt. Effizienzpotentiale sind zu nutzen: Unzählige Energieeffizienzpo-  
26 tentiale bleiben bislang weitgehend unausgeschöpft.

27 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum zu  
28 erleichtern. Jeder Deutsche verursacht derzeit durchschnittlich elf Tonnen klimawirksa-  
29 me Kohlendioxidemissionen pro Jahr. Nachhaltigkeit entspricht einem Wert von zwei  
30 Tonnen Emissionen pro Jahr. Diese Menge kann jeder Erdbewohner emittieren, ohne  
31 dass das Weltklima zu Schaden kommt. Die Politik hat sich anspruchsvolle Ziele im Kli-  
32 maschutz gesetzt, die ohne die Verbraucher nicht erreichbar sind. In den aus klimapoliti-  
33 scher Sicht vorrangigen Bereichen Gebäudeheizung, Verkehr und Elektrogeräte hat die  
34 Politik alle zugänglichen Effizienzpotentiale zu heben. Derzeit fühlen sich die Verbrau-  
35 cher mit dem Anspruch, nachhaltig konsumieren zu wollen, häufig im Stich gelassen.  
36 Woher sollen sie wissen, welches Produkt die beste Ökobilanz hat? Wer weiß schon,  
37 dass jeder Bundesbürger im Schnitt pro Tag lediglich rund 600 Meter außer Haus zu  
38 Fuß geht und lediglich einen Kilometer Fahrrad fährt. Würden diese Strecken verdop-  
39 pelt und dafür der Autoverkehr um die gleiche Strecke verringert, könnten insgesamt  
40 5,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden. Dabei haben kleine Schritte oft  
41 große Wirkung: So kann ein Haushalt 150 bis 220 Euro im Jahr bereits sparen, wenn er  
42 Glühbirnen durch Energiesparlampen austauscht, auf Stand-by-Betrieb verzichtet und

1 einen veralteten Kühlschrank durch ein sparsames Gerät ersetzt. Zudem: Wer weiß  
2 schon, welches Unternehmen auch tatsächlich gesellschaftliche Verantwortung über-  
3 nimmt?

4 **Konflikte: 3.13, 3.14, 3.15**

### 5 **3.13 Energiepolitik - Wettbewerb und Versorgungssicherheit in den** 6 **Energiemärkten garantieren**

7 1. Die folgenden Punkten gehen zum Teil über das Landesrecht hinaus und betreffen  
8 auch Bundes- wie EU-Recht. Das Land soll auch dort durch geeignete Maßnahmen  
9 wie Gesetzesinitiativen seinen Einfluss geltend machen oder wo möglich (z.B. über das  
10 Ausschreibungsrecht) steuernd einwirken.

11 2. Die Netzinfrastruktur, Strom- wie Gasnetze gleichermaßen auf allen Netzebenen,  
12 gehört überwiegend in öffentliche Hände. Dazu dient die eigentumsrechtliche Entflech-  
13 tung der Netzinfrastrukturen.

14 3. Eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als  
15 auch im Wärmemarkt sind notwendig. Bei der Stromerzeugung sind durch verstärk-  
16 te Forschungsanstrengungen die Kosten sowohl für Fotovoltaik als auch für Anlagen  
17 der dezentralen Kraftwärmekopplung deutlich zu senken. Die bisherigen Einspeise-  
18 vergütungen für erneuerbare Energien müssen sich vergleichbar der Regulierung der  
19 Netzentgelte stärker als bisher an den jeweils effizientesten Anbietern orientieren.

20 4. Monopol- beziehungsweise Oligopolrenten sind so lange abzuschöpfen, bis eine  
21 funktionierende Wettbewerbsordnung etabliert ist.

22 **Konflikte: 3.12**

### 23 **3.14 Energiepolitik - nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum** 24 **erleichtern**

25 1. Effizienzstandards müssen als Mindeststandards festgelegt werden. Dafür muss  
26 NRW sich in Deutschland und innerhalb der Europäischen Union durch entsprechen-  
27 de Initiativen einsetzen und wo möglich eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu gehören  
28 CO<sub>2</sub>-Grenzen für PKW ebenso wie Grenzen für den Energieverbrauch von Elektrogerä-  
29 ten. Produkte, die diese Standards nicht einhalten, dürfen nicht mehr vertrieben werden.  
30 Finanzielle Anreizstrukturen, die nachhaltigen Konsum belohnen.

31 2. Prämienprogramme, Steuervorteile oder Zuschüsse müssen konsequent wirksam  
32 sein für den Klima- und Ressourcenschutz und sozial verträgliche Arbeits- und Produk-  
33 tionsbedingungen.

34 3. Wir fordern eine klare Energiekennzeichnung für alle Gebrauchsgüter. Die Effizienz-  
35 klassen von Haushaltsgeräten (A–G) bieten die Grundlage.

1 4. Wir wollen den sukzessiven Ersatz fossiler Energiequellen durch erneuerbare Ener-  
2 gie im Gebäudebestand und im Neubau voranbringen.

3 5. Der "ökologische Rucksack" eines Produktes sowie die soziale Verantwortung der Her-  
4 steller müssen transparent gemacht werden. Die Landesregierung muss sich für die  
5 Schaffung hierzu geeigneter unabhängiger Plattformen einsetzen, z.B. sollten die Cor-  
6 porate Social Responsibility (CSR)-Tests der Stiftung Warentest ausgebaut werden.

7 **Konflikte: 3.12**

### 8 **3.15 Szenario 2015**

9 1. Wir unterstützen die verbraucherpolitische Agenda für die Legislaturperiode 2010  
10 bis 2015 in NRW „Szenario 2015“ der Verbraucherzentrale NRW, die Wettbewerb und  
11 Versorgungssicherheit in den Energiemärkten garantieren soll.

12 2. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ihren Energie-Dienstleister unkompliziert  
13 und mit wenig Aufwand binnen weniger Tage wechseln können.

14 3. Wesentliche Unterscheidungskriterien eines Angebotes – wie Laufzeit des Vertrags,  
15 Preis, Kündigungs- und Verlängerungsfristen, Preisanpassungs-klauseln, Zusammen-  
16 setzung des Stroms etc. sollen auf einen Blick zu erkennen sein.

17 4. Die Landesregierung soll durch eine Gesetzesinitiative sicherstellen, dass der zuneh-  
18 mende Wettbewerb im Energiemarkt durch transparente Angebots- und Vertragsgestal-  
19 tungen gefördert wird.

20 5. Die Landesregierung soll die Vorschläge der Monopolkommission aufgreifen und sich  
21 für mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung und Gasversorgung einsetzen und die  
22 Gründung neutraler Netzgesellschaften unterstützen.

23 6. Die Gemeindeordnung muss so geändert werden, dass es zu mehr Wettbewerb auf  
24 dem Energiemarkt und dem neuen Markt der Energieeffizienzdienstleistungen kommt.

25 7. Ratsuchenden soll NRW-weit in einer Energieberatung, die vor Ort bei ihnen zu Hau-  
26 se kostenlos und anbieterunabhängig stattfindet, durch die Verbraucherzentrale und  
27 anderen Kooperationspartnern einer Landesinitiative der jeweilige Modernisierungsbe-  
28 darf in den eigenen vier Wänden anbieterunabhängig aufgezeigt werden.

29 8. Sanierungswillige Hausbesitzer sollen auch für bestehende Gebäude eine finenzi-  
30 elle Förderung durch das Land erhalten, wenn sie dabei erneuerbare Wärmequellen  
31 mit zum Einsatz kommen lassen. Dazu soll die Landesregierung das Bundesprogramm  
32 für den Einsatz erneuerbarer Wärme bei Neubauten durch ein entsprechendes Lan-  
33 desgesetz und eine langfristige und berechenbare Förderung für den Gebäudebestand  
34 ergänzen.

1 9. Wer seine Heizungsanlage erneuern will, soll ähnlich wie in Baden-Württemberg  
2 in die Pflicht genommen werden, mindestens zehn Prozent des Wärmebedarfs durch  
3 erneuerbare Energie, Kraft- Wärme-Kopplung oder Fernwärme zu decken.

4 10. Käufer und Mieter von Wohnungen oder Häusern sollen darauf vertrauen können,  
5 dass Verstöße gegen die Vorlagepflicht des Energieausweises durch die zuständigen  
6 Bauaufsichtsbehörden verfolgt und geahndet werden. Der Energieausweis wird damit  
7 zu einem wirkungsvollen Instrument, um den künftigen Energiebedarf von Immobilien  
8 beurteilen und bei der Entscheidung für ein Objekt einbeziehen zu können.

9 11. Die Energieverbrauchskennzeichnung auf Haushaltsgroßgeräten und Geräten der  
10 Unterhaltungselektronik für Verbraucherinnen und Verbraucher soll eine transparente  
11 und verlässliche Richtschnur werden, um den künftigen Energieverbrauch der geplan-  
12 ten Anschaffung mit in die Kaufentscheidung einzubeziehen. Deshalb soll die Landes-  
13 regierung sicherstellen, dass unabhängige Sachverständige die Umsetzung der Kenn-  
14 zeichnungsvorgaben im Handel regelmäßig kontrollieren und Verstöße ahnden.

15 12. Stromkunden sollen einen linearen Stromspar-Tarif, d.h. wer wenig verbraucht, hat  
16 auch eine geringe Stromrechnung. Ergänzend soll eine sozialorientierte Energiebera-  
17 tung dazu beitragen, dass sich die bislang große Zahl an Stromsperren in privaten  
18 Haushalten drastisch reduziert. Die Landesregierung soll diese Entwicklung im Dialog  
19 mit den Energieversorgungsunternehmen und der Verbraucherzentrale anstoßen und  
20 begleiten.

21 13. Besitzer von Elektrospeicherheizungen, die zu einem anderen Heizungssystem  
22 wechseln wollen, werden durch ein Förderprogramm des Landes unterstützt. Neue  
23 Nachtstromspeicherheizungen dürfen nicht mehr angeschlossen werden.

24 **Konflikte: 3.12**

### 25 **3.16 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und** 26 **Korruption – Lex E.ON**

27 E.On und Evonik spendeten in den letzten Jahren über 700000 Euro an CDU und FDP.  
28 Sie taten es nicht umsonst: Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau  
29 des Steinkohlekraftwerk in Datteln, wurde der § 26 des Gesetzes zur Landesentwick-  
30 lung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion aus dem  
31 Gesetz gestrichen. Er verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausrei-  
32 chenden, sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversor-  
33 gung, zur Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energie-  
34 träger, zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und  
35 regionaler Energieversorgungskonzepte. Er muss umgehend wieder eingeführt werden.  
36 Der Kraftwerksbauplatz darf kein rechts- und vernunftfreier Raum sein. Der Rechtsfrie-  
37 den ist bedroht, wenn ein Schwarzbau nachträglich legalisiert wird und dabei Bundes-  
38 und EU-Recht gebrochen werden.

39 **Konflikte: 3.18, 3.24**

### 1 **3.17 Verbandsklagerecht**

2 Naturschutzverbände müssen bei Klagen die gerichtliche Überprüfung aller für die Zu-  
3 lassung des Vorhabens maßgeblichen Umweltvorschriften verlangen können. Das Ver-  
4 bandsklagerecht ist ein mühsam erkämpftes wesentliches kollektives Bürgerrecht, das  
5 nicht durch juristische Rabulistik ausgehöhlt werden darf. Es muss im Gegenteil im In-  
6 teresse der partizipatorischen Demokratie weiter ausgebaut werden.

7 **Konflikte: 3.18, 3.25**

### 8 **3.18 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und** 9 **Korruption – Lex E.ON**

10 E.On und Evonik spendeten in den letzten Jahren über 700.000 Euro an CDU und FDP.  
11 Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau des Steinkohlekraftwerks  
12 in Datteln wurde der §26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungs-  
13 programm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion ersatzlos aus dem Gesetz gestri-  
14 chen. Der Paragraph verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausreichen-  
15 den, sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversorgung,  
16 zur Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energieträger,  
17 zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und regio-  
18 naler Energieversorgungskonzepte.

19 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der §26 umgehend wieder eingefügt wird.  
20 Der Kraftwerksbauplatz darf kein rechts- und vernunftsfreier Raum sein. Der Rechts-  
21 frieden ist bedroht, wenn der Bau nachträglich legalisiert wird und dabei Bundes- und  
22 EU-Recht gebrochen werden. Wir regen an, dass Naturschutzverbände bei Klagen die  
23 gerichtliche Überprüfung aller für die Zulassung des Vorhabens maßgeblichen Umwelt-  
24 vorschriften verlangen können.

25 Das Verbandsklagerecht stellt ein mühsam erkämpftes wesentliches kollektives Bürger-  
26 recht dar, das nicht ausgehöhlt werden darf. Die NRW-Piraten streben an, dass das  
27 Verbandsklagerecht im Interesse der partizipatorischen Demokratie weiter ausgebaut  
28 wird.

29 **Konflikte: 3.16, 3.17, 3.25**

### 30 **3.25 Transparenz und Rechtsstaatlichkeit statt Lobbyismus und** 31 **Korruption – Lex E.ON**

32 Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil gegen den Bau des umstrittenen Stein-  
33 kohlekraftwerk in Datteln, wurde der § 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Lan-  
34 desentwicklungsprogramm – LEPro) im Dezember in einer Eilaktion aus dem Gesetz  
35 gestrichen. Er verpflichtet im Einklang mit Bundes- und EU-Recht zur ausreichenden,  
36 sicheren, umweltverträglichen und möglichst preisgünstigen Energieversorgung, zur



1 Energieeinsparung, zum Einsatz einheimischer und regenerierbarer Energieträger, zur  
2 Verbesserung des Energienutzungsgrades und zur Entwicklung lokaler und regionaler  
3 Energieversorgungskonzepte. Er muss umgehend wieder eingeführt werden.

4 **Konflikte: 3.16, 3.17, 3.18**

### 5 **3.19 Landesnaturschutzrecht – Anpassung an das neue** 6 **Bundesnaturschutzrecht**

7 Am 1.3.2010 tritt das neue Bundesnaturschutzrecht in Kraft. Zur Rechtsklarheit muss  
8 das Landesgesetz angepasst werden. Die Landesregierung plant, durch Inaktivität Rechts-  
9 unsicherheit zu schaffen, die Verwaltung wird sich mühsam durch einen Abgleich von  
10 Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz und Verfassung die anzuwendenden Vor-  
11 schriften zusammensuchen müssen. Wir fordern stattdessen in der Neufassung des  
12 Landesrechts Anforderungen an den Biotopverbund, die Gebietsschutzvorschriften und  
13 die Landschaftsplanung so zu formulieren, dass das Bundesrecht gemäß den regiona-  
14 len Voraussetzungen und Notwendigkeiten mit Leben erfüllt wird.

15 **Konflikte: 3.20**

### 16 **3.20 Landesnaturschutzrecht – Anpassung an das neue** 17 **Bundesnaturschutzrecht**

18 Am 01.03.2010 tritt das neue Bundesnaturschutzrecht in Kraft. Zur Rechtsklarheit muss  
19 das Landesgesetz angepasst werden. Die Inaktivität der Landesregierung verursacht  
20 Rechtsunsicherheit. Die Verwaltung wird die anzuwendenden Vorschriften mühsam  
21 durch einen Abgleich von Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz und Verfas-  
22 sung zusammensuchen müssen. Die NRW-Piraten regen an, stattdessen in der Neu-  
23 fassung des Landesrechts Anforderungen an den Biotopverbund, die Gebietsschutzvor-  
24 schriften und die Landschaftsplanung so zu formulieren, dass das Bundesrecht gemäß  
25 den regionalen Voraussetzungen und Notwendigkeiten mit Leben erfüllt wird.

26 **Konflikte: 3.19**

### 27 **3.21 Mobilität und Umweltbelastung**

28 Die Landesregierung muss sich beim Bund für die folgenden Punkte einsetzen und sie  
29 wenn möglich im Lande selbst durchführen:

30 1. Die Qualität im Eisenbahn-Fernverkehr ist zu verbessern. Oberzentren sind minde-  
31 stens halbstündlich, Mittelzentren stündlich zu verbinden. Hierfür ist eine Optimierung  
32 der Geschwindigkeiten und Anschlüsse im gesamten Fahrplannetz erforderlich. Die  
33 Netzknoten müssen ausgebaut werden, um den Umsteigeverkehr zu sichern.

34 2. Durchführung einer Effizienzanalyse der bereitgestellten Regionalisierungsmittel.

- 1 3. Entwicklung eines zukunftsfähigen integrierten Verkehrskonzeptes, das die Effizienz-  
2 potentiale aller Verkehrsträger optimal ausnutzt und vernetzt. Dazu zählt zuvorderst  
3 die quantitative und qualitative Optimierung des Schienenverkehrs. Dazu zählen aber  
4 auch die Förderung energiesparender PKW, Strategien zur Emissionsminderung im  
5 Flugverkehr sowie der Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr. Auf nutzerfreundli-  
6 che Schnittstellen und Informationssysteme ist besonders Wert zu legen.
- 7 4. Die Einrichtung und Ausweitung regionaler Schlichtungsstellen.
- 8 **Konflikte: -**

### 9 **3.22 Wasser- und Bodenschutz – Gülle**

- 10 1. Gülleexport aus den Niederlanden führt zu steigenden Belastungen des Grund- und  
11 Oberflächenwassers. Als Ware deklarierter giftiger und infektiöser Abfall wird in großen  
12 Mengen importiert und ausgebracht. Das holländische Gülleproblem darf nicht auf un-  
13 serem Rücken gelöst werden.
- 14 2. Die Gülleddüngung muss auf ein vertretbares Maß reduziert werden, also die Men-  
15 ge, die von den Böden und den darauf wachsenden Pflanzen aufgenommen werden  
16 kann ohne dass Überschüsse in die Oberflächengewässer oder die tieferen Schichten  
17 gelangen. Aufbringen nur noch in Mengen, die boden-, oberflächen- und grundwasser-  
18 verträglich sind.
- 19 3. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die weitere Belastung des Grundwas-  
20 sers. Gutes Grundwasser ist die ideale Voraussetzung für gutes Trinkwasser und muss  
21 daher vor den Auswüchsen der Massentierhaltung auf beiden Seiten der Grenze ge-  
22 schützt werden.
- 23 4. Es muss belegt werden, ob und wie die vorgeschriebenen Genehmigungen und Kon-  
24 trollen durch die Landwirtschaftskammern stattfinden.
- 25 5. Es muss geklärt werden, ob die Landwirtschaftskammern wirklich unbefangen genug  
26 sind, um diese Kontrollen durchzuführen.
- 27 6. Dazu striktere Kontrollen der aufgebrachten Düngermengen und erheblich verstärkte  
28 Kontrollmöglichkeiten, um illegale Transporte zu verhindern und eine bessere Übersicht  
29 über die importierten Güllemengen zu bekommen.
- 30 7. Die Weiterentwicklung von Technologien wie Trennung und Biogasproduktion muss  
31 vorangetrieben werden.
- 32 8. Die Biogasproduktion führt zu weniger aufwändigem Transport und die Streuung des  
33 Restdüngers braucht keine so große und schwere Ausrüstung. Biogas ist eine nachhal-  
34 tige Energiequelle, die zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft  
35 beiträgt, indem der Ausstoß von Methan und Lachgas durch die Gülleentgasung verrin-  
36 gert wird und fossile Brennstoffe ersetzt werden.

1 9. Moderne Trennungsvorfahren können sich aus energetischer Sicht als noch effektiver  
2 erweisen. Die Forschung muss gefördert werden.

3 10. Beide führen dazu, dass Mikroorganismen und schädliche Rückstände in der Gülle  
4 minimiert werden.

5 **Konflikte: 3.23**

### 6 **3.23 Wasser- und Bodenschutz – Gülle**

7 Die NRW-Piraten lehnen die Deklaration von giftigen und infektiösen Abfällen als Ware  
8 ab sowie deren Export und Ausbringung konsequent als rücksichtslos ab.

9 1. Insbesondere das niederländische Gülleproblem darf nicht auf den Rücken der Bür-  
10 gerInnen gelöst werden.

11 2. Die Gölledüngung ist ab sofort auf ein vertretbares Maß zu reduzieren. Als vertretbar  
12 wird die Menge verstanden, die von den Böden und den darauf wachsenden Pflanzen  
13 aufgenommen werden kann, ohne dass Überschüsse in die Oberflächengewässer oder  
14 die tieferen Schichten des Grundwassers gelangen.

15 3. Die NRW-Piraten setzen sich ein für wirksame Maßnahmen gegen die weitere Bela-  
16 stung des Grundwassers. Gutes Grundwasser ist Voraussetzung für gutes Trinkwasser  
17 und muss daher vor den Folgen der Massentierhaltung auf beiden Seiten der Grenze  
18 geschützt werden.

19 4. Wir regen an, die Praxis der gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen und Kon-  
20 trollen durch die Landwirtschaftskammern zu überprüfen und öffentlich zu machen.

21 5. Desweiteren plädieren die NRW-Piraten für striktere Kontrollen der aufgebracht  
22 Düngermengen und die erhebliche Verstärkung von Kontrollmöglichkeiten, mit dem Ziel,  
23 illegale Transporte zu verhindern und eine bessere Übersicht über die importierten Gül-  
24 lemengen zu erhalten.

25 6. Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung von Technologien wie Trennung und  
26 Biogasproduktion.

27 1. Die Biogasproduktion führt zu weniger aufwändigen Transporten, die Streuung des  
28 Restdüngers benötigt keine so große und schwere Ausrüstung. Biogas ist eine nachhal-  
29 tige Energiequelle, die zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft  
30 beiträgt. Der Ausstoß von Methan und Lachgas wird durch die Gölleentgasung verrin-  
31 gert, fossile Brennstoffe werden ersetzt.

32 2. Modernere Trennungsvorfahren können sich aus energetischer Sicht als noch effek-  
33 tiver erweisen

34 3. Beide führen dazu, dass Mikroorganismen und schädliche Rückstände in der Gülle  
35 minimiert werden.

36 **Konflikte: 3.22**

### 1 **3.26 Green IT**

2 Die NRW-PIRATEN setzen sich für eine ökologisch durchdachte Umsetzung von Green-  
3 IT Konzepten ein. Informations- und Kommunikationstechnologien finden sich an vielen  
4 Stellen im Alltag wieder und haben eine verwurzelte Infrastruktur in Deutschland. Mit  
5 dem Blick auf den Klimaschutz, sind die IT-Infrastrukturen energieeffizient zu betreiben.  
6 Das fängt beim Privathaushalt an und endet am PC-Arbeitsplatz im Großunternehmen.  
7 Neuanschaffungen müssen jeweils den aktuell höchsten Standards genügen. Wir wer-  
8 den eine eindeutige und einfach zu erkennende Kennzeichnung von IT-Geräten und  
9 -Dienstleistungen -vergleichbar den Energieeffizienzklassen bei Haushaltsgeräten- vor-  
10 antreiben

11 **Konflikte: -**

## 1 **6 Verbraucherpolitik**

### 2 **6.1 Verbraucherschutz als neues Kernthema**

3 Die NRW-Piraten wollen den Verbraucherschutz als neues Kernthema erschließen. Da-  
4 mit tragen sie zwei Sachverhalten Rechnung:

5 1. Ganzheitliche Umsetzungen mehrerer Kern- und Nebenthemen wie Datenschutz,  
6 Transparenz, der Freiheitsgedanke sowie stringente Lobbyismuskritik münden in logi-  
7 scher Konsequenz in Verbraucherschutz.

8 2. Die NRW-Piraten, die Politik für und nicht gegen die Gesellschaft fordern, haben die  
9 gesamtgesellschaftliche Relevanz des Verbraucherschutzes erkannt und wollen sich  
10 dieser Herausforderung, der sich kaum eine andere Partei annimmt, stellen. Dabei sind  
11 sich die NRW-Piraten bewusst, gegen starke Lobbyverbände und Einflussnahme der In-  
12 dustrie und Anbieter angehen zu müssen. Im Verhältnis zwischen Hersteller, Vertreiber  
13 und Verbraucher ist letzterer in der Regel strukturell unterlegen. Dieses Ungleichge-  
14 wicht sinnvoll auszugleichen ist Anliegen und Aufgabe des Verbraucherschutzes. Die  
15 NRW-Piraten streben an, den berechtigten Interessen der Verbraucher, zum Beispiel  
16 Datenschutz und Transparenz, insgesamt mehr Geltung zu verschaffen. Ein fundamen-  
17 tal wichtiges Ziel auf diesem Weg sehen wir in der Verankerung des Verbraucherschut-  
18 zes in der Landesverfassung. Das soll gewährleisten, Verbraucherschutz zum integra-  
19 len Bestandteil jeglicher Politik zu machen, in dem Auswirkungen und Folgen geplanter  
20 Gesetze für Verbraucher beachtet und berücksichtigt werden. Darüber hinaus streben  
21 die NRW-Piraten eine nachhaltige, konstruktive Zusammenarbeit mit entsprechenden  
22 Verbraucherschutz-NGOs wie Verbraucherzentralen und anderen Organisationen an.

23 In einem gesamtgesellschaftlichen Umfeld, das für Verbraucher aufgrund immer wei-  
24 ter fortschreitender Privatisierungen und Liberalisierungen zunehmend undurchsichti-  
25 ger wird, ist der Verbraucherschutz nicht adäquat mitgewachsen. Verbraucherinteres-  
26 sen sind bislang nur teilweise gesetzgeberisch berücksichtigt worden. Immer wieder ist  
27 eine Unterordnung der berechtigten Interessen der Verbraucher unter kommerzielle Ge-  
28 sichtspunkte festzustellen. Diesem Trend gilt es umzukehren, zum Beispiel durch Modifi-  
29 zierung bestehender und Verabschiedung neuer Gesetze. Das Parlament sowie die Re-  
30 gierung haben sich in erster Linie als Volksvertretung und nicht als Unternehmensinteressen-  
31 Vertreter zu verstehen und müssen dem entsprechend agieren. Dem Interesse des Ge-  
32 meinwohls ist in soweit den Unternehmensinteressen gegenüber der Vorzug zu geben,  
33 wie es zur Herstellung einer Balance in dem strukturell- und mittelbedingten Ungleich-  
34 gewicht erforderlich ist.

35 Von einem starken Verbraucherschutz profitiert auch die Wirtschaft: Eine Marktbernei-  
36 gung durch Verschwinden der schwarzen Schafe aus dem Marktgeschehen ist eben-  
37 so willkommen wie eine Stärkung derjenigen Unternehmen, die sich unter dem Aspekt

1 des Verbraucherschutzes bewähren. Diese werden sich auch im internationalen Wettbe-  
2 werb besser positionieren. Datenschutz und Transparenz sind fundamentale Bestand-  
3 teile des Verbraucherschutzes. Sie genießen seitens der NRW-Piraten besonderes Ge-  
4 wicht. Eine signifikante Stärkung eines allumfassenden Verbraucherschutzes ist Ziel  
5 der NRW-Piraten.

6 **Konflikte: -**

## 7 **6.2 Verbraucherschutz als neues Kernthema**

8 Konkret wird die Umsetzung folgender Maßnahmen angestrebt. Ist eine landespoliti-  
9 sche Umsetzung nicht möglich wird eine Initiative im Bundesrat auf bundespolitischer  
10 Ebene eingebracht.

11 **Konflikte: -**

## 12 **6.3 Stärkung der Verbraucherpolitik: Verbraucherschutz als** 13 **NRW-Landesverfassungsziel**

14 Aufnahme des Verbraucherschutzes in die NRW-Landesverfassung mit der Maßgabe,  
15 Auswirkungen und Folgen geplanter Gesetze für Verbraucher zu beachten und hinrei-  
16 chend zu berücksichtigen. Also ein „Verbraucher-Check“ von Gesetzen.

17 **Konflikte: -**

## 18 **6.4 Stärkung der Verbraucherpolitik: verbraucherpolitische** 19 **Programmatik**

20 Eine neue verbraucherpolitische Programmatik, die den Status quo mit den Rechten  
21 und Anforderungen der Verbraucher abgleicht und die moderne Verbraucherpolitik als  
22 Motor zukunftsfähiger Politikfelder im Bereich der Wirtschafts-, Gesundheits- und Rechts-  
23 politik definiert.

24 **Konflikte: -**

## 25 **6.5 Stärkung der Verbraucherpolitik: Lobbyistenverbot bei** 26 **Gesetzesentwürfen**

27 Ein rechtsverbindlicher Verhaltenskodex für den Einsatz externer Beschäftigter, sofern  
28 es sich um Unternehmensinteressenvertreter oder Lobbyisten handelt, welcher unter  
29 anderem die Mitarbeit an Gesetzesentwürfen und Vergabeverfahren gemäß der Forde-  
30 rung des Bundesrechnungshofes verbietet.

31 **Konflikte: -**

1 **6.6 Stärkung der Verbraucherpolitik: Kompetenzzentrum**  
2 **Verbraucherforschung**

3 Die Schaffung eines Kompetenzzentrums Verbraucherforschung, um einerseits durch  
4 die Vernetzung bestehender wissenschaftlicher Institutionen in NRW Synergieeffekte  
5 zu fördern und andererseits im Sinne von Transparenz die gewonnenen Erkenntnisse  
6 vergleichbar aufbereitet der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

7 **Konflikte: -**

8 **6.7 Stärkung der Verbraucherpolitik: standardisierte**  
9 **Beobachtungsinstrumente**

10 Einrichtung standardisierter Beobachtungsinstrumente, die regelmäßig und systema-  
11 tisch die Märkte auf ihr Funktionieren aus Verbrauchersicht durchleuchten. Von der EU  
12 wird das vergleichbare Verbraucherbarometer bereitgestellt.

13 **Konflikte: -**

14 **6.8 Verbesserung der Lebensmittelsicherheit**

15 Verbesserung der Lebensmittelsicherheit durch alle auf Landesebene möglichen Maß-  
16 nahmen, insbesondere die Ausweitung der Lebensmittelkontrollen in dem Umfang, wie  
17 es zur Gewährleistung einer hinreichend gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit  
18 gesunden Lebensmitteln erforderlich ist.

19 **Konflikte: -**

20 **6.9 Transparenz im Gesundheitswesen: Erweiterung des**  
21 **Informationsfreiheitsgesetzes**

22 Klarstellung im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes, dass Informationen über die  
23 Qualität von Leistungen und Einrichtungen, die bei der Behandlung von Patienten erho-  
24 ben werden ein öffentliches, für alle frei zugängliches Gut darstellen, sofern sie keinen  
25 Personenbezug aufweisen.

26 **Konflikte: -**

27 **6.10 Versorgungssicherheit und Transparenz auf den Energiemärkten:**  
28 **Transparenz der Angebots- und Vertragsgestaltungen**

29 Eine Gesetzesinitiative, welche gewährleistet, dass der steigende Wettbewerb im Ener-  
30 giemarkt mit transparenten Angebots- und Vertragsgestaltungen einher geht. Dabei  
31 wird eine übersichtliche Vergleichbarkeit wesentlicher Unterscheidungskriterien, wie

1 Vertragslaufzeit, Preis, Preisanpassungsklauseln, Strom-Zusammensetzung, Kündigungs-  
2 und Verlängerungsfristen ebenso angestrebt, wie die Möglichkeit für den Verbraucher,  
3 seinen Energie-Dienstleister unkompliziert und mit wenig Aufwand binnen weniger Ta-  
4 ge zu wechseln.

5 **Konflikte: -**

## 6 **6.11 Versorgungssicherheit und Transparenz auf den Energiemärkten:** 7 **Gründung neutraler Netzgesellschaften & mehr Wettbewerb**

8 Die NRW-Piraten möchten die Vorschläge der Monopolkommission aufgreifen und sich  
9 für mehr Wettbewerb bei der Strom- und Gasversorgung einsetzen sowie die Gründung  
10 neutraler Netzgesellschaften unterstützen.

11 **Konflikte: -**

## 12 **6.12 Transparenz beim Konsum: klare Energiekennzeichnung aller** 13 **Verbrauchsgüter**

14 Das Land NRW soll im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer klaren Energie-  
15 kennzeichnung für alle Verbrauchsgüter analog der Effizienzklassen von Haushaltsge-  
16 räten einbringen.

17 **Konflikte: -**

## 18 **6.13 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Ausweitung der** 19 **Befugnisse des NRW-Datenschutzbeauftragten**

20 Ausweitung der Befugnisse des NRW-Datenschutzbeauftragten zum Beispiel durch Ve-  
21 torecht für Gesetze, die Datenschutz hinreichend missachten.

22 **Konflikte: -**

## 23 **6.14 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Erforschung** 24 **von sicheren Technologien**

25 Die Erforschung von sicheren Technologien, Software und unternehmensinternen Ab-  
26 läufen. Datensparsamkeit und Datenvermeidung soll Ziel der Gestaltung und Auswahl  
27 von Datenverarbeitungssystemen sein.

28 **Konflikte: -**



1 **6.15 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Reform des**  
2 **Urheberrechts**

3 Das Land NRW soll im Bundesrat eine Reform des Urheberrechts initiieren,

4 \* die die verbraucherfreundliche Neugestaltung des Urheberrechts und die Verankerung  
5 der Rechte der Nutzer an legal erworbenen Inhalten festschreibt. Dabei ist vor allem die  
6 Verhältnismäßigkeit bei der Verfolgung von Urheberrechtsverstößen zu wahren.

7 \* die ein Recht auf Privat- und Sicherheitskopien gesetzlich verankert.

8 \* die zur Streichung des generellen Verbots der Umgehung von Kopierschutzmechanis-  
9 men führt, soweit es Privat- und Sicherheitskopien betrifft.

10 **Konflikte: -**

11 **6.16 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt: Erweiterung des**  
12 **Datenschutzes**

13 Das Land NRW soll im Bundesrat eine Initiative zur Erweiterung des Datenschutzes  
14 ergreifen, die zur angemessenen Anpassung an die Erfordernisse der digitalen Welt  
15 führt. Dabei sollen internationale Mindeststandards die effektive Durchsetzung gewähr-  
16 leisten.

17 **Konflikte: -**

18 **6.17 Ausbau der Verbraucherrechte in der digitalen Welt:**  
19 **Gesetzesnovellierung zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung**

20 Eine Initiative des Landes NRW im Bundesrat zur Novellierung des Gesetzes zur Be-  
21 kämpfung unerlaubter Telefonwerbung mit der Maßgabe, dass Verträge, die im Rah-  
22 men eines unlauteren Werbeanrufs abgeschlossen werden, der schriftlich Bestätigung  
23 bedürfen um Rechtswirksamkeit zu erlangen.

24 **Konflikte: -**

25 **6.18 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz**  
26 **(Information) und Bildung: Verbraucherbildung kinder&Jugendlicher**

27 Die Einrichtung von Verbraucherbildungsangeboten in der Nachmittagsbetreuung von  
28 Ganztagschulen und in der offenen Jugendarbeit, zum Beispiel in Umwelt-AGs oder  
29 Schülerfirmen.

30 **Konflikte: -**

1 **6.19 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz: Verbot**  
2 **von kostenpflichtigen Telefon-Warteschleifen**

3 Verbot von kostenpflichtigen Telefon-Warteschleifen, weil trotz der über 2 Jahre alten  
4 Selbstverpflichtung der Industrie die früheren Missstände weiterhin bestehen.

5 **Konflikte: -**

6 **6.20 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz**  
7 **(Information) und Bildung: Verbraucherbildung allgemein**

8 Eine koordinierte Bund-Länder-Initiative zur Stärkung der Alltagskompetenz speziell  
9 von Kindern, Jugendlichen und Senioren. Zu den Kernaufgaben der Bund-Länder-Initiative  
10 gehören:

11 \* die bundesländerübergreifende Koordination der Verbraucherbildung,

12 \* die Formulierung bundesländerübergreifender Mindeststandards für die Verbraucher-  
13 bildung,

14 \* die Sicherstellung der Einbindung von Verbraucherthemen in die Curricula der forma-  
15 len Bildung aller Schulstufen und Schularten sowie in die vorschulische Bildung. Dazu  
16 gehört auch die verbindliche fachliche und didaktische Weiterbildung für Lehrkräfte.

17 **Konflikte: -**

18 **6.21 Förderung selbstbestimmter Verbraucher durch Transparenz**  
19 **(Information) und Bildung: Reform und Ausbau des**  
20 **Verbraucherinformationsgesetzes**

21 Eine Initiative des Landes NRW im Bundesrat für eine umfassende Reform und Ausbau  
22 des Verbraucherinformationsgesetzes:

23 \* Schaffung von Transparenz der Ergebnisse der mit Steuergeldern finanzierten Le-  
24 bensmittelkontrollen

25 \* Ausweitung des Anwendungsbereichs auf alle Produkte und Dienstleistungen

26 \* Verpflichtung der Behörden, die Öffentlichkeit aktiv und obligatorisch unter Namens-  
27 nennung über Verstöße zu unterrichten.

28 **Konflikte: -**

# 1 **7 Drogenpolitik**

## 2 **7.1 Grundlegende Absicht piratiger NRW-Drogenpolitik**

3 Die bisherige internationale, nationale und landesweite Drogenpolitik ist in all ihren Zie-  
4 len und Absichten gescheitert. Keines der erklärten Ziele konnte erreicht werden, son-  
5 dern eine fortlaufende Verschlechterung auf allen Ebenen waren die Folge. Dies bele-  
6 gen sogar sämtliche Zahlen und Fakten aus Regierungskreisen und unseren Behörden  
7 selbst.

8 Wir, die Piraten des Landesverbands NRW, wollen endlich den nötigen Denkwechsel,  
9 eine Enttabuisierung, das Durchbrechen alter Lobbystrukturen und das Ablegen verstei-  
10 nerter Dogmen. So soll ein sinnvolles, sachliches Herangehen an diese Thematiken  
11 ermöglicht werden. Unsere Themen berühren an manchen Stellen auch Bundesrecht,  
12 jedoch wollen wir mittels Pilotprojekten und Versuchen auf Landesebene NRW zum  
13 Vorreiter machen für diese neue, sachorientierte Herangehensweise.

14 **Konflikte: -**

## 15 **7.2 Gewährleistung des Datenschutzes in der Drogenpolitik**

16 Die informationelle Selbstbestimmung ist auch im Bereich der Drogenpolitik zu gewähr-  
17 leisten.

18 Besonders große Firmen und Konzerne führen immer häufiger Einstellungstests mit  
19 einer medizinischen Kontrolle auf Drogenkonsum ein. Diese Tests werden den Bewer-  
20 bern - die sich hierzu schriftlich einverstanden erklären müssen - indirekt aufgezwun-  
21 gen, weil sie bei Verweigerung keine Chance auf die Arbeitsstelle bekommen. Interes-  
22 santerweise wird in diesen Tests Alkoholmissbrauch nichtmal abgefragt, obwohl dieser  
23 nachweislich die weitaus größeren Probleme im Arbeitsleben produziert.

24 Wir, die Piraten in NRW, wenden uns strikt gegen die Praxis vieler Firmen, Drogentests  
25 zum Standard bei Einstellungsverfahren zu machen. Diese Grauzone gilt es gesetzlich  
26 zu regeln, und den Firmen diese immer weiter verbreitete Vorgehensweise zu verbie-  
27 ten. Hierbei soll NRW ein Vorreiter sein und damit auch bundesweit ermöglichen das  
28 Bestreben der großen Firmen zu stoppen, ihre Mitarbeiter völlig zu durchleuchten.

29 Amtsmitarbeitern mit Bürgerkontakt ist es - auch ohne jede fachliche Qualifikation -  
30 erlaubt reine Vermutungen über einen möglichen Drogenkonsum in persönliche Akten  
31 einzutragen. Derartige Einträge werden in der Folge nicht mehr hinterfragt und können  
32 so zu enormen, ungerechtfertigten Hürden für die Betroffenen werden.

33 Die Praxis ungeschulter Mitarbeiter in Behörden, reine Vermutungen bezüglich eines  
34 'Drogenkonsums' in persönliche Akten einzutragen und diese weiterzugeben, ist zu  
35 unterbinden.

1 Im Rahmen von Ermittlungen des LKA kommt es immer wieder dazu, dass Leute un-  
2 schuldig des Konsums/Besitzes/Verkaufs von illegalen Drogen verdächtigt werden. Ei-  
3 ne erkennungsdienstliche Behandlung findet hierbei oft in rechtlich fragwürdigem Rah-  
4 men statt. Die so festgestellten sehr persönlichen Daten müssen nach ergebnislos ge-  
5 bliebenen Ermittlungen umgehend wieder gelöscht werden. Dies wird heute leider nicht  
6 so praktiziert. Betroffene sind gezwungen mittels selbst bezahltem rechtlichen Beistand  
7 eine solche Löschung durchzusetzen.

8 Die NRW-Piraten pochen auf Löschung personenbezogener Daten wenn sich ein Ver-  
9 dacht nicht bestätigt. Eine weitere Verwendung der Daten, sowie die Weitergabe hat  
10 auf jeden Fall zu unterbleiben.

11 In staatlichen Hilfsprogrammen, z.B. bei der Methadon-Substitution, müssen teilneh-  
12 mende Personen zur Erlangung der Krankenkassenleistung ihren behandelnden Arzt  
13 von jeder Schweigepflicht entbinden.

14 Diese beispiellose und entwürdigende Vorgehensweise ist aufzuheben.

15 **Konflikte: -**

### 16 **7.3 Präventionspflicht an Schulen**

17 Die Maßnahmen im Bereich der Drogenprävention an Schulen sind unzulänglich, und  
18 auch der Wissensstand des lehrenden Personals erweist sich oft als sehr gering.

19 Einzelne Pilotprojekte haben jedoch gezeigt, wie wichtig und nachhaltig eine gute Prä-  
20 vention bereits im Grundschulalter ist. Jedweder Erstgebrauch nahm in den teilnehmen-  
21 den Gruppen gegenüber den Vergleichsgruppen sehr deutlich ab. Die hier erzielten  
22 Erkenntnisse und Erfolge tragen die Kinder wie selbstverständlich auch in die weiter-  
23 führenden Schulen und ihren Freundeskreis. So wird für eine Multiplikation gesorgt, die  
24 Unterricht allein so kaum leisten kann.

25 Die NRW-Piraten regen an, auf der Basis solcher Beispiele mit Vorbildcharakter ein lan-  
26 desweit flächendeckendes Informations- und Aufklärungskonzept zu entwickeln. Hier-  
27 bei soll besonderes Augenmerk auf einheitliches und sachliches Lehrmaterial sowie  
28 eine vorbereitende Schulung des Lehrpersonals gelegt werden, um Bildungseinrichtun-  
29 gen einen kompetenten Unterricht zu ermöglichen. Auch externe Fachreferenten sollen  
30 Teil dieses Konzepts werden, um besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Leh-  
31 rern und Schülern zu vertiefen. Grundgedanke und Ziel ist es Vorurteile gegen Wissen  
32 auszutauschen

33 **Konflikte: -**

### 34 **7.4 Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken**

35 Die Cannabispflanze enthält eine Reihe von Wirkstoffen, die ein hohes Potential zur  
36 medizinischen Nutzung haben. Von diesen Stoffen - sogenannten Cannabinoiden - gibt

1 es circa 60 verschiedene, die alle ein unterschiedliches Wirkungsprofil aufweisen. Die-  
2 se Substanzen bieten Linderung und Heilung bei vielen schwerwiegenden Leiden und  
3 gerade auch bei Krankheiten wie z.B. Krebs, HIV, Tourette, Epilepsie, Schmerzthera-  
4 pie, Rheuma, Arthritis oder Multiple Sklerose, für die die klassische Schulmedizin keine  
5 abschließenden Behandlungsmöglichkeiten kennt.

6 Somit muß Cannabis enttabuisiert und von BtMG-Anlage I in Anlage III verschoben wer-  
7 den. Patienten, die auf die medizinische Nutzung von Cannabis angewiesen sind, soll  
8 der Zugang wie zu jeder anderen Arznei aus diesem Bereich ermöglicht werden. Außer-  
9 dem werden so die Hürden, die eine zukunftsweisende Forschung in diesem Bereich  
10 verhindern, aus dem Weg geräumt.

11 **Konflikte: -**

## 12 **7.5 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu** 13 **Medikamentenmissbrauch und -sucht**

14 Der bisherige Fokus der Aufmerksamkeit der Drogen- und Suchtpolitik liegt in erster Li-  
15 nie im Bereich der illegalen Drogen. Zahlreiche verschreibungspflichtige Medikamente  
16 verfügen jedoch über ein ernstzunehmendes Missbrauchs- und Suchtpotential.

17 Nach aktuellen Studien sind in Deutschland 2 Mio. Menschen dauerhaft von einer Me-  
18 dikamentensucht betroffen. Ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Suchtproblematik  
19 ist daher die vermehrte Aufklärung der Patienten und im Besonderen auch der ver-  
20 schreibenden Ärzte. Wichtig hierbei ist die frühe Erkennung von gefährdeten und be-  
21 reits abhängigen Patienten. Es ist heute gängige Praxis, Sedativa und ähnlichen Me-  
22 dikamenten mit hohem Suchtpotential auch für Kassenpatienten auf Privatrezepten zu  
23 verschreiben. Das macht eine Erfassung der Zahlen und Umsätze in diesem Bereich  
24 unmöglich. Sehr stark gefördert und dahingehend gesteuert wird diese Praxis beson-  
25 ders aus den Reihen der Pharmaindustrie, die hierbei im Zusammenspiel mit Ärzten  
26 ihre kommerzielle Interessen vertritt.

27 Die Krankenkassen spielen eine zentrale Rolle im Bereich des Monitorings unseres Ge-  
28 sundheitssystems. Die NRW-Piraten regen daher an, eine generelle Abrechnung aller  
29 Rezeptarten durch die Krankenkassen einzuführen, um das Monitoring der gefährdeten  
30 Gruppen im Gesundheitssystem nachhaltig zu verbessern. Ebenfalls können so aussa-  
31 gekräftigte Studien über die Umsätze bei solchen Medikamenten erst ermöglicht werden.  
32 Zur Gewährleistung des Datenschutzes soll hierzu die Position einer Vertrauensperson  
33 innerhalb der Krankenkassen geschaffen werden, die nur bei deutlichen Auffälligkeiten  
34 detaillierte Daten heranziehen kann. Dieses Konzept soll auf Landesebene vorbereitet  
35 und getestet werden, und so Vorbildfunktion für die Bundespolitik zu haben.

36 **Konflikte: 7.7**

## 1 **7.7 Stärkung der Aufklärung von Patienten und Ärzten zu** 2 **Medikamentenmissbrauch und -sucht**

3 Der bisherige Fokus der Aufmerksamkeit der Drogen- und Suchtpolitik liegt in erster Li-  
4 nie im Bereich der illegalen Drogen. Zahlreiche verschreibungspflichtige Medikamente  
5 verfügen jedoch über ein ernstzunehmendes Missbrauchs- und Suchtpotential.

6 Nach aktuellen Studien sind in Deutschland 2 Mio. Menschen dauerhaft von einer Me-  
7 dikamentensucht betroffen. Ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Suchtproblematik  
8 ist daher die vermehrte Aufklärung der Patienten und im Besonderen auch der ver-  
9 schreibenden Ärzte. Wichtig hierbei ist die frühe Erkennung von gefährdeten und be-  
10 reits abhängigen Patienten. Es ist heute gängige Praxis, Sedativa und ähnlichen Me-  
11 dikamenten mit hohem Suchtpotential auch für Kassenpatienten auf Privatrezepten zu  
12 verschreiben. Das macht eine Erfassung der Zahlen und Umsätze in diesem Bereich  
13 unmöglich. Sehr stark gefördert und dahingehend gesteuert wird diese Praxis beson-  
14 ders aus den Reihen der Pharmaindustrie, die hierbei im Zusammenspiel mit Ärzten  
15 ihre kommerzielle Interessen vertritt.

16 Die NRW-Piraten setzen sich für die Erfassung der Verschreibung suchtgefährlicher Me-  
17 dikamente ein um, mit dieser Information behandelnde Ärzte bei ihrer Arbeit zu unter-  
18 stützen. Die Krankenkassen spielen eine zentrale Rolle in der Aufsicht des Gesundheits-  
19 systems und sollten befähigt werden problematische Verschreibungen zu erkennen und  
20 in Zusammenarbeit mit Ärzten anzugehen. Die NRW-Piraten regen weiterhin an, dass  
21 das Land NRW eine breit angelegte Aufklärungskampagne startet. Diese Aufklärung  
22 soll sich allgemein an verschreibende Ärzte und die Patienten richten, und ein Problem-  
23 bewußtsein schaffen. Darüber hinaus soll bei der Verschreibung von suchtgefährlichen  
24 Medikamenten verpflichtend ein aufklärendes Informations-Beiblatt zur Suchtproblema-  
25 tik ausgehändigt werden.

26 **Konflikte: 7.5**

## 27 **7.6 Missbrauch von Jugendpsychopharmaka**

28 Im Produktbereich 'Jugendpsychopharmaka' - beispielsweise dem bekannten Ritalin  
29 - gibt es einen rapide steigenden Missbrauch. Dies betrifft besonders Schulen, Uni-  
30 versitäten, aber auch viele weitere Bereiche mit hohem Konzentrationsanspruch. Die  
31 eigentlich zur Behandlung von AD(H)S gedachten Mittel werden als Leistungssteige-  
32 rungsdroge missbraucht und es entwickeln sich hier bereits Schwarzmärkte.

33 Diese Entwicklung gilt es zu stoppen, denn neben der gesundheitlichen Gefährdung der  
34 Nutzer ergibt sich hier auch eine starke Wettbewerbsverzerrung. Wird hier kein Einhalt  
35 geboten läuft die Gesellschaft Gefahr, Lernerfolge auch auf diesem Wege manipulierbar  
36 und abhängig vom finanziellen Hintergrund werden zu lassen.

37 **Konflikte: -**

## 1 8 Bürgerbeteiligung

### 2 11.1 Einleitung

3 Jeder Bürger, jede Bürgerin hat ein Recht, sich in die Politik einzubringen. Die NRW-  
4 Piraten stehen für eine Politik, bei der jeder mitmachen kann.

5 **Konflikte:** -

### 6 1.2 Einleitung

7 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, das Landes- und Kommunalwahlrecht zu mo-  
8 dernisieren, damit die einzelne Bürgermeinung und -stimme wieder mehr Gewicht be-  
9 kommt.

10 **Konflikte:** -

### 11 11.3 Einleitung

12 Die NRW-Piraten streben an, dass im repräsentativen demokratischen System NRW  
13 direktdemokratische Elemente wie Bürger- oder Volksentscheide vereinfacht und opti-  
14 miert werden. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über den Legislaturperioden-  
15 rhythmus hinaus jederzeit über politische Fragen abstimmen zu können. Wir stehen  
16 dafür ein, dass der Artikel 20 des Grundgesetzes konsequent umgesetzt wird, in dem  
17 die Staatsgewalt "vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeht.

18 **Konflikte:** -

### 19 11.4 Einleitung

20 Das Ausmaß der Beteiligungsrechte darf zu keiner Zeit von der jeweils aktuellen finenzi-  
21 ellen Haushaltslage abhängig sein. Gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung sind  
22 zu jeder Zeit ein Grundrecht aller Bürger. Deswegen muss eine stabile Finanzierung  
23 der Kommunen garantiert werden.

24 **Konflikte:** -

### 25 11.5 Einleitung

26 Das kommunale Ehrenamt stellt hohe Ansprüche, inhaltlich wie zeitlich. Um Kommunal-  
27 politikern ein Engagement neben Beruf und Privatleben zu ermöglichen, setzen sich  
28 die NRW-Piraten ein für die Erweiterung von Fortbildungsmöglichkeiten und flexiblen  
29 Arbeitszeitregelungen.

30 **Konflikte:** -

## 1 **11.6 Wahlrecht - Kommunalwahl: Gegen Sperrklausel**

2 Die NRW-Piraten stehen gegen die (Wieder-) Einführung einer expliziten Sperrklausel  
3 im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Demokratie-  
4 Gedanken, wir befürworten aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Ein-  
5 zelpersonen in den gewählten Gremien. Auch für kleine Parteien und Gruppen dürfen  
6 keine erheblichen Zugangshürden für den Einzug in die kommunalen Vertretungen ge-  
7 schaffen werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine einzige Wählerstimme abwer-  
8 ten.

9 **Konflikte: -**

## 10 **11.7 Wahlrecht - Bürgermeister per Zustimmungswahl**

11 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass der Bürgermeister per Zustimmungswahl  
12 ermittelt wird. Bei dieser einfachen und leicht verständlichen Methode haben die Wähler  
13 die Möglichkeit, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen, wählbar sind alle Kandidaten,  
14 die die dafür notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Gewählt ist der Kandidat  
15 mit den meisten Stimmen. Vorteile der Zustimmungswahl sind: der beliebteste Kandidat  
16 gewinnt die Wahl, die strukturelle Benachteiligung von kleinen Parteien wird verringert,  
17 Konsensfindung und die Diskussionen an Sachthemen wird gefördert, mögliche Verzer-  
18 rungen des Wählerwillens durch das Stichwahl-System werden ausgeschlossen. Eine  
19 aufwändige Stichwahl entfällt.

20 **Konflikte: -**

## 21 **11.8 Wahlrecht - Bürgermeisterabwahl per Bürgerbegehren**

22 Die Bürger in NRW können ihre Bürgermeister und Landräte wählen und abwählen.  
23 Allerdings kann ein Abwahl-Bürgerentscheid bisher nur auf Antrag einer Zwei-Drittel-  
24 Mehrheit des Rates oder des Kreistages herbei geführt werden. Zukünftig sollen die  
25 WählerInnen auch selbst die Abwahl eines Stadt- oder Kreisoberhauptes einleiten kön-  
26 nen. Die Unterschriftenhürde für ein Bürgerbegehren zur Abwahl eines Bürgermeisters  
27 oder Landrats in NRW soll der bei Bürgerbegehren zu Sachfragen entsprechen. Auf  
28 die bei Bürgerentscheiden über die Abwahl von Bürgermeistern und Landräten gelten-  
29 de Zustimmungshürde für einen Abwahantrag soll in Zukunft verzichtet werden.

30 **Konflikte: -**

## 31 **11.9 Wahlrecht - Kumulieren und Panaschieren**

32 Die NRW-Piraten streben an, dass bei Landtags- und Kommunalwahlen das Wahlsy-  
33 stem Kumulieren & Panaschieren eingesetzt wird. Bei Kommunalwahlen erhalten die  
34 Wähler so viele Stimmen wie der Gemeinderat Sitze hat. Bei Landtagswahlen haben



1 die Bürger drei Stimmen, die sie innerhalb der Parteilisten an Kandidaten vergeben kön-  
2 nen. Es können Mandatsbewerber aller antretenden Parteien und Wählervereinigungen  
3 angekreuzt werden. Jedem Kandidaten können dabei bis zu drei Stimmen gegeben wer-  
4 den. Weiterhin soll es möglich sein, nur einer Partei seine Stimme zu geben. Wird die  
5 von der Partei aufgestellte Liste durch das so genannte Listenkreuz bestätigt, werden  
6 die Stimmen der Listenreihenfolge entsprechend auf die Kandidaten verteilt, bis alle  
7 Stimmen vergeben sind. Dabei kann der Wähler auch Kandidaten auf der angekreuz-  
8 ten Liste durchstreichen, diese erhalten dann keine Stimme. In den meisten anderen  
9 Bundesländern ist das Kumulieren & Panaschieren bei Kommunalwahlen bereits Rea-  
10 lität und ermöglicht es den BürgerInnen, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Die  
11 NRW-Piraten setzen sich dafür ein, das NRW sich dieser Praxis anschließt.

12 **Konflikte: -**

### 13 **11.10 Wahlrecht - Wahlalter**

14 Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten steigt. Dies führt dazu, dass diejenigen,  
15 die am längsten die Auswirkungen der politischen Entscheidungen zu tragen haben,  
16 in ihren politischen Verantwortungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Die NRW-Piraten  
17 wollen die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern. Das Wahlalter  
18 bei Landtagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Politisch interessierte Jugendli-  
19 che sind sich der Verantwortung, die mit einer Wahl verbunden ist, bewusst.

20 **Konflikte: -**

### 21 **11.11 Wahlrecht - Ausländerwahlrecht**

22 Die NRW-Piraten engagieren sich für ein kommunales Wahlrecht für alle ausländischen  
23 Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit minde-  
24 stens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer  
25 Staatsangehörigkeit. Wir streben an, dass das Bundesland NRW sich im Bundesrat um  
26 eine Änderung des Grundgesetzes bemüht.

27 **Konflikte: -**

### 28 **11.12 Bürgerentscheid - Einleitung**

29 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wirken sich positiv aus auf eine aktive Teilnah-  
30 me der Bürger am politischen Geschehen in ihrer Stadt. Die NRW-Piraten streben eine  
31 Änderung der Gemeindeordnung an, die die Erfolgchancen für Bürgerbegehren ent-  
32 scheidend verbessert und überflüssige Hürden abbaut:

33 **Konflikte: -**

### 1 **11.13 Bürgerentscheid - Themenausschlüsse streichen**

2 Die NRW-Piraten sprechen sich für eine Streichung der Themenausschlüsse aus. Die  
3 Bürger müssen die wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Fragen mitentscheiden dürfen.  
4 Hierzu gehören sowohl Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens  
5 oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung  
6 oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren  
7 Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind; die Aufstellung, Änderung, Ergänzung & Aufhebung  
8 von Bauleitplänen als auch Bürger- & Ratsbegehren über Abgaben & Gebühren.

9 **Konflikte:** -  
10

### 11 **11.14 Bürgerentscheid - Kostendeckungsvorschlag streichen**

12 Bisher werden an Bürgerbegehren strengere Maßstäbe angelegt als an das Handeln  
13 der gewählten Vertreter im Rat. Die NRW-Piraten vertrauen den Bürgern auch in Finanzfragen  
14 und wollen den Zwang zum Kostendeckungsvorschlag streichen. Die Beteiligung der Wähler  
15 an der Ausgabenpolitik führt dazu, dass diese näher an den Präferenzen der Wähler  
16 ausgestaltet wird und dass eine geringere Verschuldung, eine effizientere Verwaltung  
17 und ein höherer Wohlstand erreicht werden können.

18 **Konflikte:** -

### 19 **11.15 Bürgerentscheid - Sammlungsfristen streichen**

20 Die Sammlung von Unterschriften sollte so lange gültig sein, wie in der Sache noch keine  
21 unveränderlichen Fakten geschaffen worden sind. Räte können auch noch nicht umgesetzte  
22 Beschlüsse jederzeit wieder aufheben, daher ergeben Sammelfristen für die Bürger keinen  
23 Sinn. Direkte Demokratie profitiert von Verfahren, die auf lange Zeiträume hin angelegt  
24 sind. Diese bieten größere Chancen auf eine ausreichende Diskussion um die besten Ideen  
25 und fördern die Meinungsbildungsprozesse.

26 **Konflikte:** -

### 27 **11.16 Bürgerentscheid - Beteiligungsquorum**

28 Die NRW-Piraten sprechen sich gegen ein Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden  
29 und für ein gestaffeltes Beteiligungsquorum aus. Eine niedrige Beteiligung liegt daran,  
30 dass es um eine einzige Sachfrage geht. Zur Abstimmungsteilnahme ist deshalb meist  
31 nur ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Dies verringert aber nicht  
32 die Legitimation des Abstimmungsergebnisses. Bei einem Bürgerentscheid sei die gestellte  
33 Frage in dem Sinn entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen  
34 Stimmen beantwortet wurde, sofern sich in Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohnern  
35 mindestens 15 v.H. oder mit mehr als 100.000 Einwohnern mindestens 10 v.H.

1 der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Stimmgleichheit gilt  
2 die Frage als mit Nein beantwortet. Bei Ratsbürgerentscheiden entscheidet allein die  
3 Mehrheit der abgebenden Stimmen.

4 **Konflikte:** -

### 5 **11.17 Bürgerentscheid - Faire Abstimmungsregeln**

6 Nur praktikable und bürgerfreundliche Verfahren liefern repräsentative Ergebnisse und  
7 sorgen für eine breite Akzeptanz der Abstimmungsergebnisse. Hierzu gehören aus-  
8 reichende Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Eine schriftliche Benachrichti-  
9 gung der Bürger, eine ausreichende Anzahl von Abstimmungslokalen sowie die Mög-  
10 lichkeit zur Briefabstimmung sollen wieder Standards für lokale Abstimmungen in den  
11 Kommunen werden. Wahlen und Abstimmungen sind wichtige Bestandteile des politi-  
12 schen Grundrechts der Bürger auf politische Selbstbestimmung, denen eine entspre-  
13 chende Achtung und Wertschätzung gebührt. Der Urnengang ist für viele Bürger ein  
14 wichtiges demokratisches Ritual, dass niemandem vorenthalten werden sollte, andern-  
15 falls droht Bürgerentscheiden eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit und damit ei-  
16 ne niedrigere Abstimmungsbeteiligung. In der Praxis zeigt sich oft die Situation, dass  
17 jemand ein Bürgerbegehren grundsätzlich unterstützen will, aber nur eine Unterschrift  
18 leisten und aus Datenschutzgründen keine weiteren persönlichen Angaben machen  
19 möchte. Die NRW-Piraten schlagen vor, die Regelung bei der Sammlung von Unterstüt-  
20 zungsunterschriften zur Wahlzulassung auch bei Bürgerbegehren anzuwenden. Durch  
21 offizielle Formblätter werden die potentiellen Unterstützer nicht weiter verunsichert.

22 **Konflikte:** -

### 23 **11.18 Bürgerentscheid - Obligatorische Referenden**

24 Die NRW-Piraten wollen obligatorische Referenden über die Gründung oder Schließung  
25 von gemeindlichen Eigenbetrieben, die Mitgliedschaft in Zweckverbänden oder den An-  
26 oder Verkauf von Unternehmensbeteiligungen in der Gemeindeordnung verankern. Ob-  
27 ligatorische Bürgerentscheide schaffen Transparenz, Vertrauen und Mitentscheidungs-  
28 möglichkeiten in wichtigen kommunalpolitischen Fragen.

29 **Konflikte:** -

### 30 **11.19 Bürgerentscheid - Ombudsperson**

31 Unabhängig voneinander sollen Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren einerseits, so-  
32 wie Politik und Verwaltung andererseits über Verfahren von Bürgerbegehren und Bür-  
33 gerentscheid beraten werden. Eine Ombudsperson kann den vereinzelt konfrontativen  
34 Umgang von Bürgerbegehren und Gemeinden dahin gehend entschärfen, eine gemein-  
35 same politische Streit- & Sachentscheidungskultur zu fördern. Des Weiteren können

1 dann landesweit die Erfahrungen vorangegangener Bürgerbegehren an andere Initiati-  
2 ven weitergegeben und erfolgreiche Begehren im Sinne einer "best practiceKultur do-  
3 kumentiert werden.

4 **Konflikte: -**

## 5 **11.20 Volksentscheid - Einleitung**

6 Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid wirken sich positiv aus auf die Betei-  
7 ligung der Bürger am politischen Geschehen in ihrem Bundesland. Seit 1950 haben die  
8 Bürger in NRW die Möglichkeit, sich mit Hilfe von Volksbegehren und Volksentscheid in  
9 die Landespolitik einzubringen. Im Jahr 2002 ist die Möglichkeit zur Durchführung einer  
10 Volksinitiative hinzu gekommen. Die Volksinitiative kann in der aktuellen Version jedoch  
11 kaum politische Wirkung erzeugen, viele qualitative Volksentscheide scheitern an For-  
12 malitäten. Die NRW-Piraten streben eine Änderung der Landesgesetze an, um die Er-  
13 folgschancen für basisdemokratische Abstimmungen entscheidend zu verbessern und  
14 überflüssige Hürden abzubauen:

15 **Konflikte: -**

## 16 **11.21 Volksentscheid - Faire Abstimmungsregeln**

17 Die NRW-Piraten setzen sich für eine Verbesserung der Volksinitiativen ein. Es soll  
18 ausdrücklich erlaubt sein, Unterschriftenlisten von den Initiatoren einer Volksinitiative  
19 an Interessenten zu verschicken, weiterzureichen oder im Internet zum Herunterladen  
20 bereitzustellen. Nicht nur von den Initiatoren benannte Berechtigte sollen Unterschrif-  
21 ten sammeln dürfen. Die Volksinitiative soll zum Antrag auf die Durchführung eines  
22 Volksbegehrens gemacht werden können. Aktuell sind hierzu in NRW erneut 3.000  
23 Unterschriften zu sammeln und diese als Zulassungsantrag zum Volksbegehren ein-  
24 zureichen. Des Weiteren befürworten die NRW-Piraten die Förderung der politischen  
25 Bildung junger Menschen und die Integration hier lebender Ausländer. Volksinitiativen  
26 sollen daher auch für Jugendliche ab 16 Jahren und Nichtdeutsche geöffnet werden.  
27 Zudem plädieren wir dafür, die Unterschriftenhürde auf 30.000 Unterschriften zu sen-  
28 ken.

29 **Konflikte: -**

## 30 **11.22 Volksentscheid - Finanzwirksame Volksbegehren**

31 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, finanzwirksame Volksbegehren zuzulassen. Die  
32 Bürger sollen sich im Rahmen eines Volksbegehrens an der Ausgabenpolitik beteiligen  
33 dürfen. Sie haben somit die Möglichkeit, ihr Lebensumfeld bedürfnisorientiert mitzuge-  
34 stalten. Bisläng sind Volksentscheide, die ausdrücklich Steuern, Kreditaufnahme oder  
35 den Haushalt zum Thema haben, von vornherein unzulässig. Die meisten politischen

1 Entscheidungen haben finanzielle Auswirkungen, die indirekt den Haushalt beeinflus-  
2 sen. Die NRW-Piraten streben an, dass Ausgaben ab einer bestimmten Höhe per Volks-  
3 abstimmung verpflichtend bestätigt werden müssen.

4 **Konflikte:** -

#### 5 **11.23 Volksentscheid - Faire Unterschriftenhürde**

6 Das Unterschriftenquorum beim Volksbegehren stellt sicher, dass das Interesse an  
7 der Abstimmungsfrage genügend breit ist und der Aufwand eines Volksentscheids sich  
8 lohnt. Mit zunehmender Größe eines Bundeslandes verringert sich aber der Anteil der  
9 Betroffenen und Interessierten in der Regel erheblich. Daher wollen wir die Unterschrif-  
10 tenhürde für Volksbegehren auf zwei Prozent senken.

11 **Konflikte:** -

#### 12 **11.24 Volksentscheid - freie Unterschriftensammlung**

13 Die NRW-Piraten wollen eine freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren ermögli-  
14 chen. In NRW kann man nur in amtlichen Eintragungsstellen mit seiner Unterschrift ein  
15 Volksbegehren unterstützen. Die deutsche Kommunalebene in allen anderen Bundes-  
16 ländern sowie auch die Schweiz und Italien kennen ausschließlich die freie Unterschrif-  
17 tensammlung bei kommunalen Bürgerbegehren.

18 **Konflikte:** -

#### 19 **11.25 Volksentscheid - faire Sammelfristen**

20 Die Sammelfrist für Volksbegehren ist in NRW mit nur acht Wochen sehr knapp bemes-  
21 sen. Die NRW-Piraten regen an, die Sammelfrist für Volksbegehren auf mindestens  
22 sechs Monate zu verlängern, um einer umfassenden öffentlichen Debatte über das be-  
23 troffene politische Thema genügend Raum zu geben.

24 **Konflikte:** -

#### 25 **11.26 Volksentscheid - Gegen Abstimmungshürde**

26 Damit ein Volksentscheid in NRW gültig ist, muss die Mehrheit der Abstimmenden min-  
27 destens 15 Prozent aller Stimmberechtigten betragen, dies sind fast zwei Millionen der  
28 gut 13 Millionen Stimmberechtigten. Die Beteiligung an Volksentscheiden ist meist nied-  
29 riger als bei Wahlen. Daher sprechen sich die NRW-Piraten gegen eine Abstimmungs-  
30 hürde aus. Bei Wahlen geht es um eine Entscheidung über die Richtung der Gesamtpo-  
31 litik in der nächsten Legislaturperiode, bei einem Volksentscheid lediglich um das "Ja-  
32 oder Nein" zu einer einzigen Sachfrage. Zur Abstimmungsteilnahme ist daher meist nur  
33 ein Bruchteil der an einer Wahl Teilnehmenden motiviert. Bei Volksabstimmungen über

1 verfassungsändernde Volksbegehren bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Abstim-  
2 menden und einer Abstimmungsbeteiligung von mindestens 50 Prozent aller Stimm-  
3 berechtigten. Mindestens 6,6 Millionen NRW-Bürger müssten also an einem Volksent-  
4 scheid über eine Verfassungsänderung teilnehmen. Zum Vergleich: Die Beteiligung an  
5 der letzten Landtagswahl im Mai 2005 betrug 63 Prozent.

6 **Konflikte: -**

## 7 **11.27 Volksentscheid - Verfassungsänderungen**

8 Eine Verfassung regelt die Grundlage des Zusammenlebens aller Bürger. Sie schreibt  
9 die demokratischen Rechte der Bürger fest. Deshalb sollen die Bürger bei Änderun-  
10 gen ihrer Bürgerrechte die letzte Entscheidung treffen dürfen. Daher treten die NRW-  
11 Piraten für die Einführung obligatorischer Volksabstimmungen zu Verfassungsänderun-  
12 gen ein. Obligatorische Volksabstimmungen eröffnen die Möglichkeit eines besonders  
13 sachlichen und fruchtbaren öffentlichen Diskurses, da sie nicht unbedingt einer ideolo-  
14 gischen Ecke oder Partei zugeordnet werden.

15 **Konflikte: -**

## 16 **11.28 E-Government -Sinnvolle Systeme**

17 E-Government bedeutet den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikations-  
18 techniken in behördlichen Zusammenhängen. Es bietet die Möglichkeit der Vereinfachung  
19 und Durchführung von Prozessen der Information, Kommunikation und Transaktion a)  
20 innerhalb von Institutionen, b) zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen  
21 behördlichen Institutionen sowie c) zwischen Institutionen und einzelnen BürgerInnen  
22 und d) zwischen Institutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Erst durch eine  
23 prozessorientierte Organisation gestaltet sich E-Government effizient. Der Datenschutz  
24 genießt dabei die höchste Priorität. Die NRW-Piraten regen an, Anwendungen zu ent-  
25 wickeln und den kommunalen Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Motto  
26 effizient - sicher - vernetzt Bollen Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzelner Systeme voran-  
27 getrieben werden.

28 **Konflikte: -**

## 29 **11.29 E-Government - OpenSource**

30 In ausnahmslos allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in NRW, in den kommunalen  
31 Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Landkreise und der beiden Landschaftsver-  
32 bände wie auch in Landesbehörden werden jedes Jahr Kosten für Software-Lizenzen  
33 kommerzieller Hersteller anfällig. Dies gilt sowohl für Serversysteme als auch für Client-  
34 software. Der weitaus größte Teil betrifft Standard-Office-Softwarepakete, Kommunika-  
35 tionssoftware und Betriebssysteme in über die Jahre gewachsenen Strukturen. Aufset-  
36 zend auf diese Software wurden in den Rechenzentren der öffentlichen Hand tausende

1 Spezialapplikationen und Formulare Systeme entwickelt. Open-Source-Anwendungssoftware  
2 und Betriebssysteme haben jedoch mittlerweile einen Stand erreicht, der in Reliability,  
3 Update-Frequenzen, Serviceoptionen sowie Betriebs- und Datensicherheit den kom-  
4 merziellen Produkten in nichts nachsteht. Eine Migration der Verwaltungssoftware hin  
5 zu Open-Source-Anwendungen scheint auf den ersten Blick erstrebenswert, ist jedoch  
6 ihrerseits mit erheblichen Kosten verbunden. Andererseits kann durch eine solche Mi-  
7 gration eine Stimulation des Arbeitsmarktes für IT-Fachkräfte erwartet werden. Die NRW-  
8 Piraten regen daher an, in einem Evaluationsprojekt Migrationsmöglichkeiten hin zu  
9 Open-Source-Lösungen im Hinblick auf ihre Durchführbarkeiten eingehend zu unter-  
10 suchen, um gegebenenfalls Einsparpotentiale zu ermitteln und die Abhängigkeit der  
11 öffentlichen Hand von Anbietern kommerzieller Software zu reduzieren.

12 **Konflikte: -**

### 13 **11.30 E-Government - Digitaler Behördengang**

14 Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, die Dienstleistungen des Staates auch über  
15 digitale Behördengänge in Anspruch nehmen zu können. Entbürokratisierung und trans-  
16 parent dargestellte Verwaltungsprozesse müssen hierbei im Vordergrund stehen.

17 **Konflikte: -**

### 18 **11.31 E-Government - E-Democracy-Systeme**

19 Die Willens- und Meinungsbildung der Bürger soll durch E-Democracy gefördert wer-  
20 den. Online-Beteiligungsmöglichkeiten bieten neuen Formen der direkten Demokratie.  
21 Transparenz, Sicherheit und offene Schnittstellen sollen die Eckpfeiler dieser Systeme  
22 sein.

23 **Konflikte: -**

### 24 **11.32 E-Government - Informationsfreiheit**

25 Die NRW-Piraten streben an, dass allgemeine Informationen, Entscheidungen aller Gre-  
26 mien und Politiker, Protokolle und Videoaufzeichnungen möglichst aller Gremiensitzun-  
27 gen kurzfristig, dauerhaft und barrierefrei für jeden zur Einsicht bereit stehen. Des Wei-  
28 teren soll die vollständige Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit gewährleistet  
29 sein.

30 **Konflikte: -**

### 1 **11.33 E-Government - Aufklärung**

2 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass sich die Landesregierung verpflichtet, die  
3 Bürger aktiv über ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufzuklären. Des Weiteren ist Medien-  
4 kompetenz fokussiert zu fördern.

5 **Konflikte: -**

### 6 **11.34 E-Government - Online-Petitionen**

7 Die NRW-Piraten streben an, dass Online-Petitionen auf Landesebene möglich und  
8 in der Verfassung verankert werden. Das Parlament darf die Fragen der Bürger und  
9 die aufgezeigten Missstände nicht unbeachtet lassen, erfolgreiche Petitionen sollen in  
10 einer Sitzung im Landtag behandelt werden. Zudem soll ein Vetorecht für legislative  
11 Beschlüsse des Landtags gelten.

12 **Konflikte: -**

### 13 **11.35 E-Government - Einflussnahme auf politische Entscheidungen**

14 Die NRW-Piraten stehen für die Schaffung von Möglichkeiten der effektiven Einflussnah-  
15 me auf politische Entscheidungen über das Internet. Alle Bürger sollen in den Diskurs  
16 und die parlamentarische Arbeit einbezogen werden können.

17 **Konflikte: -**

### 18 **11.36 E-Government - Liquid Democracy**

19 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, dass Konzepte und Systeme zur Stimmabgabe  
20 bei Wahlen und Referenden über das Internet evaluiert werden. Notwendiges Merkmal  
21 einer solchen Anwendung muss der uneingeschränkte und transparente Diskurs sein.

22 **Konflikte: -**

### 23 **11.37 E-Government - Gegen Wahlmaschinen bei geheimer Wahl**

24 Die NRW-Piraten lehnen den Einsatz von Wahlmaschinen bei einer allgemeinen gehei-  
25 men Wahl entschieden ab.

26 **Konflikte: -**



## 1 **9 Arbeit und Soziales**

### 2 **5.1 Lehrmittelfreiheit für ALG II-Empfänger**

3 Das Schulgesetz NRW sagt aus, dass Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII  
4 (Sozialhilfe) von Zuzahlungen zu Lehrmitteln und Kosten für den Schulweg befreit sind.  
5 Es gibt jedoch kaum noch Sozialhilfeempfänger, Hilfeempfängern wird nun ALG II ge-  
6 zahlt. Dies ist im Gesetz bislang nicht berücksichtigt. Die NRW-Piraten setzen sich ein  
7 für die sofortige Befreiung auch für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Hartz  
8 IV).

9 **Konflikte: -**

### 10 **5.2 Abschaffung von Zeitverträgen im Öffentlichen Dienst**

11 In den Arbeitsagenturen und ARGEen und in weiteren Bereichen der öffentlichen Hand  
12 werden ehemalige Arbeitslose als Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingesetzt. Die Argu-  
13 mentation der freien Wirtschaft, dass Zeitverträge eine Voraussetzung sind, um flexibel  
14 auf die Wirtschaftslage reagieren zu können, greift für den öffentlichen Dienst nicht. Die  
15 NRW-Piraten wollen die Zeitverträge im öffentlichen Dienst abschaffen, bzw. sofort aus-  
16 setzen. Existierende Zeitverträge sollen in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt  
17 werden.

18 **Konflikte: -**

### 19 **5.3 Aussetzung von 1-Euro Jobs auf Landesebene**

20 Die NRW-Piraten setzen sich dafür ein, die Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten mit  
21 Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) auf Landesebene auszusetzen und statt-  
22 dessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern, die zur  
23 Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt führen.

24 **Konflikte: -**

### 25 **5.4 Qualifizierung von Arbeitslosen für Bildung und Ausbildung**

26 Arbeitslose mit abgeschlossener Ausbildung und entsprechender Berufserfahrung müs-  
27 sen sollen nach Auffassung der NRW-Piraten durch geeignete Maßnahmen für den  
28 Einsatz in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden, sofern sie es wünschen und per-  
29 sönlich dazu geeignet sind.

30 **Konflikte: -**

## 1 **5.5 Patienten-Selbstbestimmung bei Krankenkassen-Rabattverträgen**

2 Statt der Rabattverträge zwischen einzelnen Firmen und Krankenkassen stehen die  
3 NRW-Piraten beim Verkauf von Medikamenten für die Einführung eines an die jeweili-  
4 gen Bereitstellungskosten angepassten Maximalpreises, um dem Patienten eine Wahl-  
5 möglichkeit seiner Medikamentierung zu ermöglichen.

6 **Konflikte:** -

## 7 **5.6 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln**

8 Die NRW-Piraten setzen sich ein für die schnellstmögliche Bereitstellung von Finanzmit-  
9 teln zur Stärkung der lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche.  
10 Dies kann nach dem Beispiel der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen  
11 erfolgen. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit  
12 gegeben sein, Arbeitsverträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen.

13 **Konflikte:** -

## 14 **5.8 Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen mit Landesmitteln**

15 Nach Auffassung der Piratenpartei ist schnellstmöglich ein Finanztopf einzurichten (ähn-  
16 lich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen) um die lokalen Arbeitslosen-  
17 Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche zu stärken. Als Voraussetzung für die För-  
18 derung muss Hilfeempfängern die Möglichkeit gegeben sein, etwaige Verträge vor Un-  
19 terschrift dort prüfen zu lassen.

20 **Konflikte:** -

## 21 **5.7 Einrichtung von Sozialschiedsstellen**

22 Die NRW-Piraten regen an, dass das Land für die zügige Bearbeitung von Einsprü-  
23 chen und zur Entlastung der Sozialgerichte unabhängige Schiedsstellen einrichtet, die  
24 verbindliche Schiedssprüche für beide Vertragspartner erwirken können, ohne den nor-  
25 malen Gerichtsweg zu beeinflussen.

26 **Konflikte:** -

# 1 10 Gesundheitspolitik

## 2 4.1 Freier Zugang zu medizinischen und pharmazeutischen 3 Fachdatenbanken

4 Die aktuelle Gesetzgebung im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums behindert für  
5 Laien den freien Zugang zu vielen Fachdatenbanken. Besonders im Gesundheitssek-  
6 tor gibt es eine stetig wachsende Anzahl an Personen, die sich tiefergehend mit ihrer  
7 Krankheit beschäftigen möchten, es jedoch wegen fehlendem Zugang zu Informationen  
8 nicht können. Wir setzen uns deshalb für einen ungehinderten Zugang zu den gängi-  
9 gen Fachdatenbanken ein.

10 **Konflikte:** -

## 11 4.2 Veröffentlichungspflicht für medizinische und pharmazeutische 12 Studien

13 Die forschenden pharmazeutischen Firmen sind zur Zeit nicht zur vollständigen Veröf-  
14 fentlichung von Studien gezwungen. Bisher existieren nur Selbstverpflichtungen und  
15 Absichtserklärungen seitens der Industrie. Zur Zeit ist es gängige Praxis von einer klini-  
16 schen Studie ungünstige Teilaspekte zu verschweigen oder durch nachträgliche Ände-  
17 rung des Studiendesigns die Studie positiver erscheinen zu lassen.

18 Im Sinne eines auf das Wohl des Patienten ausgerichteten Gesundheitssystems muss  
19 es eine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung aller Studiendaten auf frei zu-  
20 gänglichen Portalen geben.

21 Forschungen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen unter den offenen  
22 Lizenzen CC-BY-SA oder CC-BY-NC veröffentlicht werden. Die Ergebnisse müssen der  
23 deutschen Bevölkerung auf Anfrage zugänglich sein.

24 **Konflikte:** -

## 25 4.3 Privatisierung der Krankenhäuser

26 Generell ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser nicht mehr  
27 die Gesundheit des Patienten das Hauptinteresse ist, sondern der zu erzielende Ge-  
28 winn. Finanziell uninteressante Patienten werden nicht oder nur ungerne versorgt.

29 Eine weitere Konsequenz dieser marktwirtschaftlichen Denkweise sind eine Abnahme  
30 von Personal und eine Zunahme schlechterer Arbeitsbedingungen. Mit einer Privatisie-  
31 rung der Krankenhäuser können und werden Tarifverträge und -löhne einzelner Berufs-  
32 gruppen umgangen. Zu der Abnahme im Personalbereich kommt, dass die Krankenhäu-  
33 ser in wenig attraktiven Lagen, wie ländlichen Gegenden, keinen privaten Träger mehr

1 finden und daher geschlossen werden. Die ohnehin schon durch Ärztemangel gekenn-  
2 zeichneten Gebiete würden noch stärker unterversorgt. Auch im Bereich der Uniklini-  
3 ken ist zu befürchten, dass bei einer Privatisierung der Krankenhäuser der Forschungs-  
4 und Lehrbereich im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit beschnitten wird. Die Privatisierung  
5 der Krankenhäuser führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des medi-  
6 zinischen Personals, einer Verschlechterung der flächendeckenden medizinischen Ver-  
7 sorgung der Bevölkerung, einer Abnahme der medizinischen Forschung und zu einer  
8 Förderung der Zwei-Klassen-Medizin. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten dafür ein,  
9 das die öffentlich geführten Krankenhäuser soweit gestärkt werden, das der Weg in die  
10 Privatisierung nicht notwendig ist.

11 **Konflikte: -**

#### 12 **4.4 Pflegekräftemangel vs. demografischer Wandel**

13 Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Nach Berechnungen des statisti-  
14 schen Bundesamtes wurden Männer im Jahr 1998/2000 im Schnitt 79 Jahre und Frau-  
15 en 83 Jahre alt. Im Jahr 2050 werden sich diese Zahlen verschoben haben. Erwartet  
16 wird eine durchschnittliche Lebenserwartung für den Mann von 83,7 Jahren und Frauen  
17 von 88,2 Jahren. Dieser Entwicklung, die mit einem erhöhten Bedarf an Pflegekräften  
18 einhergeht, steht der allgemeine Abbau der Pflegestellen gegenüber. Diese Entwick-  
19 lung muss umgekehrt werden.

20 **Konflikte: -**

#### 21 **4.5 Pflegeausbildung**

22 Die Auszubildenden in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden aufgrund des  
23 Arbeitskräftemangels oft als volle Arbeitskraft eingesetzt, anstatt angelernt zu werden,  
24 wie es im Ausbildungsvertrag vorgesehen ist. Um die Finanzierung der Krankenpfle-  
25 geausbildung weiterhin zu gewährleisten, muss diese zusammengelegt werden mit der  
26 Ausbildung zur Kinderkrankenpflege und zur Altenpflege. Die zunächst gemeinsame  
27 Ausbildung mit späterer Spezialisierung erfolgt an Berufsschulen in NRW. Während der  
28 praktischen Ausbildung sollen die Auszubildenden die Möglichkeit haben, die Arbeit in  
29 Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, ambulanten Pflegeeinrichtungen, Hospizen und  
30 Psychiatrien kennenzulernen und hier die Basis zu schaffen, als qualifizierte Pflege-  
31 kraft nach der Ausbildung einen Pflegeberuf zu ergreifen.

32 **Konflikte: -**

#### 33 **4.6 Imageverbesserung in der Krankenpflege**

34 Der Beruf der Pflegenden ist in der Bevölkerung unattraktiv. Das ist begründet durch  
35 die Arbeitszeiten, die hohen psychischen und physischen Belastungen und die nur un-  
36 zureichend vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen sich die NRW-Piraten

1 dafür ein, dass das Weiterbildungsangebot für Pflegende erweitert und vom Land NRW  
2 finanziell gefördert wird. Das erhöht die Professionalität der Pflegenden und verbessert  
3 das Image des Pflegeberufes in Kombination mit der verbesserten Ausbildungssituati-  
4 on und der Umwandlung des Pflegestellenabbaus.

5 **Konflikte: -**

#### 6 **4.7 U-Untersuchungen für Kinder**

7 Kinder werden ab der Geburt regelmäßig einem Kinderarzt vorgestellt, um mögliche  
8 Fehlentwicklungen des Kindes frühzeitig zu erkennen. Die regelmäßigen Untersuchun-  
9 gen enden mit dem Übergang zur Schule. Deshalb wollen die NRW-Piraten, dass zwi-  
10 schen dem 5. und dem 14. Lebensjahr im jährlichen Rhythmus U-Untersuchungen  
11 durchgeführt werden. Die U-Untersuchungen vor dem 5. Lebensjahr und die J-Untersuchungen  
12 nach dem 14. Lebensjahr sollen nach der bisherigen Regelung beibehalten werden.

13 **Konflikte: -**

#### 14 **4.8 U-Untersuchungen verpflichtend machen**

15 In einer nicht unerheblichen Zahl von Elternhäusern sind die Eltern nicht in der Lage,  
16 sich angemessen um ihre Kinder zu kümmern. Durch Überlastung und Überforderung  
17 entstehen Probleme wie Verwahrlosung und Gewalt gegen Kinder. Die Gesundheitsvor-  
18 sorgeuntersuchung muss bis zum 18. Lebensjahr fortgeführt werden. Die NRW-Piraten  
19 wollen sicherstellen, dass die Untersuchungen wahrgenommen werden.

20 **Konflikte: -**

#### 21 **4.9 Erste Hilfe**

22 Die NRW-Piraten planen ein Programm zur Förderung von Ersthelfermaßnahmen. Es  
23 reicht nicht, einmal im Leben an einer Schulungsmaßnahme in lebensrettenden Sofort-  
24 maßnahmen teilzunehmen.

25 Wir wollen daher, dass Erste Hilfe in die Schulprogramme für Schülerinnen und Schüler  
26 zwischen 10 und 16 Jahren zum Beispiel im Rahmen von Projekttagen aufgenommen  
27 wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung und Förderung von Schulsani-  
28 tätsdiensten ein, die auf freiwilliger Basis beruhen und das Verantwortungsbewusstsein  
29 der Schülerinnen und Schüler fördern. Die bereits bestehenden Angebote der Ersten  
30 Hilfe sollen für Interessierte kostenfrei angeboten werden.

31 **Konflikte: -**

#### 1 **4.10 Schule macht Krank?!**

2 Schüler und Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen im Land sind täglich Belastun-  
3 gen ausgesetzt, die durchaus mit denen eines Arbeitnehmers im Büroumfeld zu verglei-  
4 chen sind. Trotz der absehbaren Folge- und Spätschäden für die Gesundheit werden  
5 Probleme nicht gelöst und mit dem Hinweis auf die desolate Finanzlage abgewiesen.  
6 Einklagbare Vorgaben, wie sie bereits bei Arbeitnehmern existieren, gibt es nicht.

7 Das hat zur Folge, dass sowohl dem Gesundheits- als auch dem Sozialsystem in  
8 großem Umfang Lasten entstehen. Für die Schüler und Lehrer an den allgemeinbil-  
9 denden Schulen sind daher verbindliche Vorgaben über die Arbeitsbedingungen zu er-  
10 stellen. Diese sollen sich an den Arbeitsplatzrichtlinien für Arbeitnehmer im Büroumfeld  
11 orientieren, jedoch an die besonderen Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Das  
12 kann in Form einer Berufsgenossenschaft Lernen erfolgen, die dann sowohl Kontrollin-  
13 stanz als auch Ansprechpartner im Konfliktfall ist.

14 **Konflikte: -**

# 1 11 Open Access

## 2 13.1 Präambel

3 Nordrhein-Westfalen ist einer der zentralen Wissenschaftsstandorte in Europa. In die-  
4 ser Position hat das Land auch eine wichtige Vorbildfunktion.

5 Die NRW-Piraten sind der Überzeugung, dass aus öffentlichen Geldern geförderte wis-  
6 senschaftliche Arbeit auch der Öffentlichkeit zugute kommen muss. Noch immer sind  
7 aber viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung bei Verlagen erhältlich,  
8 obwohl dank moderner Technologien die Reproduktion der Werke praktisch kostenfrei  
9 erfolgen kann.

10 Diese Problematik ist auch vielen Wissenschaftlern bewusst. Daher gehen sie zuneh-  
11 mend dazu über, ihre Arbeiten als so genannte Open-Access-Veröffentlichungen dauer-  
12 haft kostenfrei zugänglich zu machen. Das wollen wir auch in Nordrhein-Westfalen un-  
13 terstützen, denn ein erleichterter Zugang zu Wissen führt zu einer erfolgreicherer For-  
14 schung, mehr Innovation und entfaltet somit eine Wohlstand fördernde Wirkung. Daher  
15 heißt Open Access für uns: Wissenschaftliche Arbeit, die im wesentlichen aus öffentli-  
16 cher Hand finanziert wird und die daraus resultierenden Veröffentlichungen müssen für  
17 alle Menschen kostenfrei und einfach zugänglich sein.

18 **Konflikte: -**

## 19 13.2 Infrastruktur für Open Access

20 Um das zu ermöglichen, muss eine Infrastruktur geschaffen werden. Diese Aufgabe  
21 wird heute vorrangig von etablierten Verlagen übernommen. Für Open-Access-Veröffentlichungen  
22 entwickeln sich entsprechende Mechanismen erst langsam, meist in loser Kooperation  
23 von Bibliotheken und Universitäten. Diese Entwicklung wollen wir auch finanziell fördern.  
24 Ziel soll es sein, dass jede Universität und Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen ei-  
25 ne eigene, digitale Bibliothek (ein sogenanntes "Repository") für frei zugängliche Ver-  
26 öffentlichungen einrichtet, in der ihre Publikationen Platz finden. Das verhindert eine  
27 Zersplitterung in zu unübersichtliche Untereinheiten und gewährleistet gleichzeitig eine  
28 gute Informationsabdeckung.

29 **Konflikte: -**

## 30 13.3 Universitätsnahe Umsetzung

31 Um die Anwenderfreundlichkeit, die Akzeptanz sowie die Verwendungsmöglichkeiten  
32 der digitalen Bibliotheken zu garantieren, ist es unerlässlich, einheitliche Software-Schnittstellen  
33 zu schaffen. Das gewährleistet eine Vernetzung der Bibliotheken zwischen den einzel-  
34 nen Universitäten und Fachhochschulen, um die Verfügbarkeit und Auffindbarkeit von

1 Wissen vor Ort zu erhöhen. Solche freien Software-Lösungen existieren bereits. Je-  
2 doch sehen die NRW-Piraten noch viel Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Standar-  
3 disierung und Vernetzung dieser Bibliotheken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass  
4 das Land NRW die Weiterentwicklung von Software für digitale Bibliotheken als For-  
5 schungsprojekt ausschreibt und dieses möglichst universitätsnah umsetzt.

6 **Konflikte: -**

#### 7 **13.4 Offene Dateiformate**

8 Um die nachhaltige Verfügbarkeit der in den digitalen Bibliotheken gespeicherten In-  
9 formationen und die Unabhängigkeit von Interessengruppen sicherzustellen, sprechen  
10 sich die NRW-Piraten für eine Nutzung offener Datenformate aus.

11 **Konflikte: -**

#### 12 **13.5 Abbau von Zugangsbeschränkungen**

13 Die NRW-Piraten wollen die Zugangsbeschränkungen für Bibliotheken abbauen. Zur-  
14 zeit finden sich in den digitalen Bibliotheken hauptsächlich Doktorarbeiten und ver-  
15 gleichbare Ergebnisse. Diplomarbeiten, Hausarbeiten und Ähnliches werden nicht ge-  
16 speichert und stehen damit auch nicht für die Recherche zur Verfügung. Da die Veröf-  
17 fentlichung in diesen Bibliotheken praktisch kostenfrei ist, braucht hier nicht gespart zu  
18 werden. Dieses Vorgehen führt zu einem unnötigen Verlust an Wissen. Viele junge Wis-  
19 senschaftler kommen zu spät mit den digitalen Bibliotheken in Kontakt. Daher setzen  
20 wir uns für die Öffnung dieser Bibliotheken ein.

21 **Konflikte: -**

#### 22 **13.6 Open Access und Mittelvergabe**

23 Ein weiterer Punkt, durch den die NRW-Piraten die Verbreitung von Open Access in  
24 Nordrhein-Westfalen fördern wollen, ist die Beurteilung von Anträgen auf Forschungs-  
25 gelder. Wir setzen uns dafür ein, dass zur Beurteilung von Mittelvergaben durch das  
26 Land solche Publikationen bevorzugt bewertet werden, die auch öffentlich verfügbar  
27 sind.

28 **Konflikte: -**



## 1 **12 Kultur**

### 2 **31.1 Förderung von Bürgerfunk und Rundfunkprojekten im Allgemeinen**

3 Der Bürgerfunk in NRW unterscheidet sich sehr stark vom Bürgerfunk der anderen  
4 Bundesländer. Es existieren in NRW keine offenen Radiokanäle auf regionaler Ebene.  
5 Es gibt darüber hinaus lediglich die Pflicht der Lokalradios, Bürgerfunk aus zu strahlen.  
6 Die technischen Rahmenbedingungen zur Verbreitung des Bürgerfunks sind dadurch  
7 im Allgemeinen hervorragend. Andererseits steht nur eine sehr geringe Sendezeit zur  
8 Verfügung.

9 Eine Förderung für die Radiowerkstätten, oder die gesendeten Beiträge durch die Lan-  
10 desanstalt für Medien, findet nicht statt. Lediglich Schulprojekte und Ausbildungs- bzw.  
11 Qualifizierungsangeboten werden unterstützt.

12 Deshalb regen wir an, dass die Landesanstalt für Medien eine Sockelförderung von  
13 Bürgerfunkstudios anstrebt, damit diese ihre laufenden Kosten besser bewältigen kön-  
14 nen.

15 Die NRW-Piraten setzen sich ebenfalls für eine Förderung einzelner, öffentlicher Stu-  
16 dios ein, die gemeinnützig betrieben werden. So hat jeder Bürger, jede Bürgerin die  
17 Möglichkeit und das Recht, eigene Sendungen produzieren zu können.

18 Bei der Novellierung des Landesmediengesetzes im Jahr 2007 wurden fremdsprachige  
19 Sendungen im Bürgerfunk untersagt. Dies stellt in unseren Augen einen Mangel dar.  
20 Gäste und Migranten sollten auch Sendungen in Ihrer Muttersprache hören können.  
21 Sendungen könnten zweisprachig, in deutscher und in einer anderen Sprache, produ-  
22 ziert werden. So können deutsche Zuhörer Sendungen in ihrer Sprache verfolgen und  
23 Migranten und Gäste in ihrer Sprache zuhören. Dies unterstützt darüber hinaus die  
24 Möglichkeit, eine andere Sprache kennen und verstehen zu lernen. Die NRW-Piraten  
25 regen an, die Begrenzung auf Maximal eine Stunde Sendezeit pro Tag aufzuheben.

26 **Konflikte: -**

### 27 **31.2 Förderung des Bürgerfunks über Neue Medien**

28 Der Bürgerfunk soll neben dem klassischen Modell der Sendezeit auf lokalen Rund-  
29 funksendern zusätzlich über neue Kommunikationswege gefördert werden. Das Inter-  
30 net bietet eine gute Möglichkeit, Sendungen zu verbreiten. Sendungen des Bürgerfunks  
31 sind länger abrufbar und für eine größere Zielgruppe zugänglich. Eine Beschränkung  
32 auf ein regionales Gebiet entfällt.

33 Die NRW-Piraten wollen daher die Möglichkeiten einer Realisierung zu überprüfen und  
34 bei Umsetzbarkeit eine zusätzliche Verbreitung von Bürgerfunk über das Internet anstre-  
35 ben. Das stellt eine Ergänzung zu den Bemühungen dar, Online-Streams anzubieten.  
36 Der Bürgerfunk erhält hierdurch eine komplett eigene Plattform, um auch Sendungen

1 anderer Regionen zu bewerben und zu präsentieren. Die Plattform ist ebenfalls nutzbar  
2 für die regional übergreifende Förderung von Nachwuchskünstlern, die Sendungen im  
3 Bürgerfunk präsentieren.

4 **Konflikte:** -

### 5 **31.3 Förderung von Sprachkultur im Radio**

6 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Auftrag, sich um die Minderheiten in der  
7 Gesellschaft zu kümmern. Hierzu zählen auch sprachliche Randgruppen, Immigranten  
8 und Gäste aus anderen Ländern.

9 Diesem Auftrag kamen die öffentlich-rechtlichen Radiosender lange Zeit nach. Im Jahr  
10 2010 hat der WDR, der mit dem Funkhaus Europa einen der wenigen aktiven, multi-  
11 lingualen Sender in Deutschland betreibt, beispielsweise die Sendezeiten in türkischer  
12 Sprache gekürzt. Im heutigen Angebot der Radiostationen finden sich bundesweit zu-  
13 nehmend weniger mehrsprachige Programminhalte. Die NRW-Piraten setzen sich dafür  
14 ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk den bisherigen Anteil an fremdsprachlichen  
15 Inhalten nicht nur beibehält, sondern ausbaut. So kann eine kulturelle und sprachliche  
16 Vielfalt gewährleistet werden, die in der EU Grundrechtcharta festgelegt ist: „Die Euro-  
17 päische Union respektiert die sprachliche Vielfalt.“

18 **Konflikte:** -

### 19 **31.4 Produktion von Radiohörspielen und Serien**

20 Radiohörspiele und Serien gehören zu den traditionellen Unterhaltungsformen der Me-  
21 dien. Es bieten sich außerdem die Übertragungen von Theaterstücken, Literaturlesun-  
22 gen, Gameshows, Talkformate oder Comedyshows an. Das Radio ist ebenfalls gut ge-  
23 eignet, um speziell konzipierte Fortsetzungsgeschichten zu präsentieren. Im WDR gibt  
24 es bereits auf verschiedenen Kanälen ein Angebot für solche Formate. Diese sollten  
25 beim WDR mindestens im derzeitigen Ausmaß beibehalten oder sogar ausgebaut wer-  
26 den. Diese Sendungen sollten außerdem als Podcasts zum Download angeboten wer-  
27 den.

28 **Konflikte:** -

### 29 **31.5 Förderung von Nachwuchskünstlern im Radio**

30 Das Radio ist noch immer das wichtigste Medium im Bereich Musik und Sprachbeiträge.  
31 Oft ist es schwer als Künstler im Radio gesendet zu werden. Die NRW-Piraten wollen,  
32 dass der WDR nach Vorbild des Hessischen Rundfunks eine Internetcommunity schafft.  
33 Über einen dafür eingerichteten Kanal können Nachwuchskünstler Beiträge einstellen.  
34 Die Nutzer der Plattform erhalten die Möglichkeit, Beiträge zu bewerten. Hierdurch kann  
35 ein Künstler bei den Nutzern bekannt werden. Eine Redaktion kann aus den Beiträgen

1 eine wöchentliche Auswahl zusammenstellen und in einer Sendung vorstellen. So wer-  
2 den unbekannte Künstler gefördert.

3 **Konflikte: -**

#### 4 **31.6 Mehr Mitgestaltung durch Hörer im Radio**

5 Die Mitgestaltung des Radioprogramms ist für Hörer sehr schwierig. Kontakt zu lau-  
6 fenden Sendungen ist meist nur über Telefon, E-Mail oder Kontaktformulare auf Web-  
7 seiten möglich. In anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt es moderne  
8 Kommunikationsmittel, die eine Reaktion auf das laufende Programm ermöglichen.  
9 So können zum Beispiel Musikwünsche über Webformulare eingesendet werden oder  
10 wöchentliche Hörercharts gewählt werden, die dann einmal pro Woche präsentiert wer-  
11 den.

12 Eine interaktive Plattform durch die Nutzung moderner Medien hilft dabei, die Hörer  
13 besser an der Programmgestaltung zu beteiligen. So könnte ein Internetforum oder ein  
14 Webchat ein nützliches Werkzeug sein, um dem Hörer mehr Möglichkeiten der Rück-  
15 meldung und Mitbestimmung zu geben. Dies würde den Moderatoren und dem Sen-  
16 der ermöglichen, eine zeitnahe Rückmeldung durch die Hörer zu erhalten. Die NRW-  
17 Piraten regen daher an, die Onlineportale des WDR um moderne Kommunikationsmög-  
18 lichkeiten zu erweitern.

19 **Konflikte: -**

#### 20 **31.7 Förderung von Museen und Kunstsammlungen**

21 Museen bieten eine Möglichkeit den Horizont zu erweitern, Neues kennenzulernen, zu  
22 lernen und Spaß zu haben. Es ist von großer Bedeutung, dass Museen gefördert wer-  
23 den, da sie sowohl Bildung als auch Freizeit gestalten können. Jeder Mensch muss  
24 barrierefreien und erschwinglichen Zugang zu Museen haben können. Schülerinnen  
25 und Schüler beziehungsweise deren Schulen sollen Museumsbesuche besser bezah-  
26 len können, damit eine bessere Förderung junger Bürger erfolgen und ihnen Wissen  
27 und Kultur näher gebracht werden. Das kann durch eine Förderung des Landes, ko-  
28 stenlose oder stark verbilligte Eintritte erreicht werden.

29 **Konflikte: -**

#### 30 **31.8 Digitalisierung von Büchern**

31 Die Landesbibliotheken enthalten einen großen Umfang an Wissen und kulturellen Wer-  
32 ken. Einige der Werke sind rar und an einigen Standorten gar nicht vorhanden.

33 Eine Lösung ist die Digitalisierung der entsprechenden Werke. Das stellt diese Kultur-  
34 güter einem größeren Teil der Gesellschaft zur Verfügung.

1 Die NRW-Piraten fordern die Digitalisierung der Werke, die in den Landesbibliotheken  
2 vorhanden sind, und die nicht mehr durch Verwertungsrechte geschützt oder vergriffen  
3 sind. Die Werke sollen unter einer freien Lizenz veröffentlicht und somit der Öffentlich-  
4 keit frei zugänglich gemacht werden.

5 **Konflikte: -**

### 6 **31.9 Bessere Ausstattung von Bibliotheken**

7 Die Piratenpartei strebt an, die Finanzmittel für Bibliotheken zu erhöhen und ein breite-  
8 res Spektrum an Werken bereitzustellen.

9 Die Literatur ist eine wichtige Form der Kultur. Das kulturelle Angebot muss ständig  
10 erweitert und für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

11 **Konflikte: -**

### 12 **31.10 Förderung, Austausch und Vernetzung von Nachwuchskünstlern**

13 Es gibt in den meisten Städten und Regionen Lientheater-Spielgruppen, Nachwuchs-  
14 musiker und sonstige kreativ engagierte Mitbürger. Für diese ist keine staatliche För-  
15 derung vorgesehen, lediglich einige Leuchtturmprojekte erhalten Förderung vom Land  
16 oder den Kommunen. Förderung muss nicht zwingend über ein finanzielles Budget ge-  
17 schehen. Stattdessen können für den kreativen Nachwuchs Präsentationsflächen und  
18 Proberäume in staatlichen und kommunalen Immobilien zur Verfügung gestellt werden.  
19 Es ist sinnvoll, eine Datenbank aufzubauen, die eine Übersicht über verfügbare Räum-  
20 lichkeiten bietet.

21 Eine überregionale Vernetzung von Künstlern und Künstlergruppen ermöglicht diesen,  
22 ihre Kunst einem breitem Publikum zu präsentieren und mit anderen Künstlern gemein-  
23 same Projekte zu gestalten. Das Publikum erhält so ebenfalls einen breites Spektrum  
24 an Kunstangeboten. Diese Vernetzung soll vom Land NRW gefördert werden. Die NRW-  
25 Piraten wollen eine "Kulturlandkartefür NRW umsetzen. Betreibern kultureller Einrich-  
26 tungen soll ermöglicht werden, sich zentral in eine Landkarte einzutragen. Regionale  
27 und überregionale Vernetzung wird so ermöglicht.

28 **Konflikte: -**

### 29 **31.11 Förderung von kreativen Fähigkeiten**

30 Die frühzeitige Förderung von Interessen bei Kindern und Jugendlichen ist derzeit noch  
31 nicht optimal ausgebaut. Gerade hier müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert  
32 werden.

33 Die NRW-Piraten wollen daher Konzepte nach Vorbild von "Jedem Kind ein Instru-  
34 mentfördern und auf andere künstlerische Themenfelder ausweiten. Wir setzen uns für

1 die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugendliche ein. Insbesondere wollen  
2 wir die Förderung junger Talente und deren Fähigkeiten in Vereinen, Organisationen,  
3 Verbänden und Schulen verbessern.

4 **Konflikte: -**

## 5 **31.12 Freie Lizenzen fördern**

6 Freie Lizenzen bieten Künstlern eine Möglichkeit, ihre Werke einfach und flexibel und  
7 ohne bürokratischen oder finanziellen Aufwand nach eigenen Wünschen zu schützen.  
8 Ein gutes Beispiel hierfür ist das Creative Commons Modell, das sich zunehmender  
9 Beliebtheit erfreut.

10 Frei lizenzierte, kulturelle Inhalte sind durch ihren meist kostenfreien Erwerb einem  
11 breiten Publikum zugänglich und nicht mit größeren Investitionen für den kulturell in-  
12 teressierten Bürger verbunden. Hohe Preise im Tonträger- oder Buchhandel sind eine  
13 Hemmschwelle für Bürger mit wenig Geld. Frei lizenzierte Kulturinhalte sind für Privat-  
14 personen nur dann mit Kosten verbunden, wenn diese physisch erworben werden. Die  
15 NRW-Piraten wollen daher freie Lizenzen thematisieren und fördern. Das kann im Rah-  
16 men gezielter Veranstaltungen oder Radio- und Fernsehproduktionen geschehen.

17 **Konflikte: -**

## 18 **31.13 Förderung von (digitalen) Spielen als Kulturgut**

19 Computerspiele, klassische Spiele wie Brett-, Karten- aber auch Rollenspiele oder das  
20 elektronisch unterstützte Geocaching und auch Sportspiele wie z.B. Paintball sind Kul-  
21 turgüter und sollten als solche gefördert werden. Spielen fördert unabhängig vom Medi-  
22 um stets Lernprozesse und Kommunikation, Vernetzung und soziale Interaktion. Spie-  
23 le werden nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen  
24 als Freizeitaktivität wahrgenommen. Sowohl Computerspiele als auch Actionsportarten  
25 sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

26 Die Nutzung moderner Medien baut soziale sowie nationale Grenzen ab und fördert mit  
27 Online-Spielen das gegenseitige Verständnis. Computerspiele ermöglichen es Künst-  
28 lern, neue Ausdrucksformen jenseits der klassischen Medien zu finden und bedürfen  
29 deswegen der Anerkennung als Kunstform. NRW ist Vorreiter der Kreativ- und eSports-  
30 Branche und somit ein kultureller Innovationsmotor.

31 Aus diesen Gründen setzen sich die NRW-Piraten für die Anerkennung und Förderung  
32 der analogen und digitalen Spielekultur ein. Zensur- und Verbotsforderungen lehnen wir  
33 entschieden ab. Der verantwortungsbewusste Umgang mit dem Medium Computerspiel  
34 soll nicht durch Verbote, sondern durch Aufklärung und Schaffung von Medienkompe-  
35 tenz erreicht werden. Dies gilt für Heranwachsende sowie für Eltern.

36 **Konflikte: -**

## 1 **31.14 Förderung von eSport**

2 eSport ist die Kurzbezeichnung für 'Elektronischer Sport', einer modernen Form des  
3 sportlichen Wettkampfs, die mit Computerspielen über das Internet oder auf LAN-Turnieren  
4 ausgetragen wird. Im Zuge des weltweiten Bandbreitenausbaus hat der eSport sich zu  
5 einer Breitensportart, insbesondere der Jugendkultur entwickelt. Das Land NRW nimmt  
6 mit einem der weltweit führenden Veranstalter eine tragende Rolle in dieser Sportart  
7 ein.

8 eSport schafft dabei ein soziales Netz für die zahlreichen, jugendlichen Konsumenten  
9 von Online-Spielen. eSport holt Jugendliche bei einer ihrer bevorzugten Freizeitaktivitä-  
10 ten ab und vermittelt die Werte von sportlicher Fairness und Teamgeist und lässt sie  
11 an sozialen Veranstaltungen teilnehmen, online sowie vor Ort. Außerdem ermöglicht  
12 eSport körperlich beeinträchtigten Menschen in einem Sportverein aktiv zu werden.  
13 Daher engagieren sich die NRW-Piraten für die Förderung von eSport, sowie dessen  
14 Vernetzung mit sozialen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz bei El-  
15 tern und Schülern. Hierzu werden Kooperationen mit Schulen und regionalen eSport  
16 Veranstaltern angestrebt.

17 **Konflikte: -**

## 18 **31.15 Modellversuch: Förder & Kulturzentren**

19 Im Bereich der Breitenförderung gibt es in der Kulturpolitik gravierende Defizite. Ange-  
20 bote an Subkulturen und Jugendliche, die den kreativen Nachwuchs stellen, werden nur  
21 als Beschäftigungsangebote in sozialen Brennpunkten betrachtet. Neue Ideen gehen  
22 so häufig verloren, unbekannte Künstler bleiben unbekannt. Gerade in diesen Berei-  
23 chen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert, Möglichkeiten ausgebaut und  
24 Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaffen werden.

25 Die NRW-Piraten haben daher das Konzept der Förder- und Kulturzentren erarbeitet,  
26 das wir als Modellversuch umsetzen wollen. Förderzentren des Landes NRW haben  
27 den Vorteil, dass sie unabhängig von der Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisa-  
28 tionen für Jedermann nutzbar sind. Die Leitung soll durch ehrenamtlichen Mitarbeiter  
29 erfolgen, die die Einrichtung im Konsensprinzip führen. Die Förderzentren sollte ein  
30 offenes Konzept nach dem Piratenvorbild sein: Es steht allen Besuchern offen. So ist  
31 auch eine Plattform zur Präsentation vorhanden. Außerdem können hier Treffpunkte  
32 zur Förderung von Interessenschwerpunkten wie etwa Hackerspaces, Vereine oder lo-  
33 se Interessengruppen, eingerichtet werden.

34 **Konflikte: -**

## 1 **31.16 Förderung von Offenen Arbeitsstrukturen**

2 Co-Workingspaces, sind Orte der gemeinsamen Arbeit und Vernetzung zum Vorteil der  
3 Einzelnen und der Gemeinschaft. Diese sind offene Arbeitsräume, oftmals mit Gastro-  
4 nomie verbunden oder auch offene Büro-WGs, welche zum Beispiel speziell für Ho-  
5 meworker oder Selbständige konzipiert wurden um durch gemeinsames Arbeiten und  
6 Netzwerken einen Mehrwert für jeden Einzelnen zu schaffen.

7 Die NRW-Piraten setzen sich für die Förderung von offenen Arbeitsstrukturen ein. Als  
8 Beispiel sind hier Konzepte wie Hackerspaces, Hallenprojekte aber auch Vereine aus  
9 dem Bereich der Freizeitgestaltung zu nennen. Eine Förderung, die primär durch die  
10 Überlassung von Räumlichkeiten aus öffentlicher oder privater Hand vonstatten geht,  
11 nutzt bereits vorhandene Mittel und verlangt daher nicht nach teuren Neuinvestitionen.  
12 Die so geschaffenen Möglichkeiten bieten ein enormes Innovationspotenzial, das sich  
13 aus der Vernetzung und der gemeinsamen Arbeit an Projekten ergibt. Das gibt dem  
14 Bürger die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu spezialisieren und in Zusammenarbeit mit  
15 Anderen auszubauen. So werden soziale und auch berufliche Fähigkeiten gestärkt und  
16 erweitert.

17 **Konflikte: -**

## 18 **31.17 Förderung von Nischenbereichen, neuen Kunstformen und jungen** 19 **Künstlern**

20 Die Kulturpolitik dreht sich nach unserem Empfinden sehr stark um den „Mainstream“  
21 Bereich. Gerade Künstler die nicht bekannt sind, oder abseits der anerkannten Kunstfor-  
22 men arbeiten, werden nicht ausreichend gefördert. Oft gibt es lediglich über Kunstver-  
23 eine oder Mitgliedschaften in einschlägigen Organisationen Unterstützung. Neue Ideen  
24 gehen dabei oft verloren, da es für die Künstler nicht nur an finanziellen Möglichkeiten  
25 fehlt, sondern auch an Möglichkeiten praktisch zu arbeiten oder sich zu präsentieren.  
26 Auch sind Angebote für Subkulturen nicht ausreichend vorhanden. Gerade in diesen Be-  
27 reichen müssen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden. Möglichkeiten sollen  
28 ausgebaut und somit Rahmenbedingungen für eine künstlerische Entfaltung geschaf-  
29 fen werden.

30 Die NRW-Piraten fordern deshalb einen Ausbau der Förderung neuer, größtenteils un-  
31 bekannter Kunstformen und die Schaffung eines breiteren kulturellen Spektrums. Die  
32 NRW-Piraten wollen neue Möglichkeiten ins Leben rufen und Angebote ausbauen, um  
33 es jungen, unbekanntem oder aufstrebenden Künstlern zu ermöglichen, sich zu verwirk-  
34 lichen. Hierzu sollen die Betreuungen auf kommunaler Ebene von Seiten des Lan-  
35 des finanziell bezuschusst werden. Außerdem soll eine Vernetzung von Künstlern auf  
36 Landes- und Bundesebene mit Hilfe moderner Kommunikationsmöglichkeiten geschaf-  
37 fen werden.

38 **Konflikte: -**

## 1 **31.18 Angebote für Subkulturen**

2 Nahezu alle Formen von Subkulturen werden zur Zeit vernachlässigt. Insbesondere  
3 im Jugendbereich neigt die bisherige Politik dazu alle in einen Topf zu stecken und An-  
4 gebote auf Soziale Brennpunkte oder den Mainstream auszurichten. Die NRW-Piraten  
5 fordern eine bessere Differenzierung und ein Angebot abseits des Mainstreams. Insbe-  
6 sondere die Förderung von Vereinen mit Bezug zu verschiedensten Formen von (Sub-)  
7 Kultur muss ausgebaut werden. Als Beispiel sind hier Hackerspaces, Jugendzentren-  
8 und Werkstätten sowie Kultureinrichtungen, die sich an junge Musiker richten zu nen-  
9 nen. Aber auch losen Gemeinschaften mit einem gemeinsamen, kulturellen Interesse  
10 sollten durch die Schaffung von speziellen Angeboten gefördert werden.

11 **Konflikte:** -

## 12 **31.19 Kulturelle Förderung für Konsumenten illegaler Drogen**

13 Langjährige Konsumenten illegaler Drogen sind häufig gefangen im Kreislauf der Dro-  
14 genbeschaffung, des Drogenkonsums und der Bewältigung ihres Tagesablaufs (wo be-  
15 komme ich was zu essen, wo kann ich schlafen etc.). Ein Ausbruch aus diesem Kreis-  
16 lauf ist ohne fremde Hilfe oft nicht möglich. Suchtberatungsstellen in den einzelnen  
17 Kommunen tragen bereits schon seit Jahren ihren Teil dazu bei, einen organisierten  
18 Tagesablauf zu ermöglichen. Sei es durch Streetworker, Szenetreffpunkte in Kranken-  
19 häusern und/oder JVs oder beispielsweise Kontaktläden, in denen es den Abhängi-  
20 gen ermöglicht wird warme Malzeiten zu sich zu nehmen, Hygieneeinrichtungen zu be-  
21 nutzen oder ihren Drogenkonsum bzw. ihre Methadontherapie unter ärztlicher Aufsicht  
22 durchzuführen.

23 Einige kommunale Beratungsstellen gehen noch einen Schritt weiter. Sie bieten ihrer  
24 Klientel die Möglichkeit sich am kulturellen Austausch zu beteiligen. Es werden Litera-  
25 tur Lesungen von und für Abhängige, mit anschließender Diskussion angeboten; eben-  
26 so können eigene Texte präsentiert werden. Des Weiteren werden Kunst Ausstellun-  
27 gen von Werken Abhängiger, sei es Malerei und Fotografie in den Räumen der Ber-  
28 atungsstellen durchgeführt. Theaterprojekte sind nur ein weiteres Spektrum. Unterstützt  
29 werden Einrichtungen zudem durch lokale Kulturvereinigungen. Der Effekt dieser Maß-  
30 nahme ist unbestritten, den Abhängigen werden neue Wege aufgezeigt, das Selbstbe-  
31 wusstsein wird gestärkt und eine Resozialisierung wird vorangetrieben. Natürlich wäre  
32 eine Erweiterung für Einrichtungen anderer sozial benachteiligter Bevölkerungsgrup-  
33 pen denkbar und wünschenswert.

34 **Konflikte:** -

## 35 **31.20 Kulturelle Förderung von Clubkultur und dem Nachtleben**

36 Die Clubkultur und das Nachtleben tragen sich zumeist selbst aus privaten Mitteln der  
37 Betreiber. Jedoch gibt es wenige Ausnahmen, die den Auftrag haben, lokaler Musikkul-



1 tur etwa durch Landes- oder Kommunalmitteln eine Bühne bereitzustellen, oder junge  
2 Künstler aus der Region finden in staatlich geförderten Clubs und anderen Lokalitäten  
3 einen geeigneten Rahmen sich dem Publikum zu präsentieren.

4 Die NRW-Piraten wollen diese Fördermaßnahmen beibehalten oder auch durch die  
5 kostengünstige Bereitstellung von öffentlichen Räumlichkeiten oder Gerätschaften, wel-  
6 che nicht mehr verwendet werden, erweitert fördern. Eine günstige Anbindung an den  
7 Nachtbusverkehr bietet ebenfalls eine einfache aber effektive Möglichkeit die regionale  
8 Infrastruktur im Nahverkehr effektiver auf das Club- und Nachtleben auszurichten.

9 Ein reichhaltiges, kulturelles Angebot steigert die Attraktivität einer Region und fördert  
10 daher auch den Tourismus dorthin. Besonders Projekte junger Leute, oder auch die  
11 aus Subkulturen sollten hier nebst der Mainstreamkultur Beachtung finden. Ebenfalls  
12 sollten Veranstaltungen, welche Musik mit freien Lizenzen wie zum Beispiel Creative  
13 Commons anbieten, hier einen Schwerpunkt bezüglich dieser Fördermaßnahmen dar-  
14 stellen.

15 **Konflikte: -**

### 16 **31.21 Abschaffung des Tanzverbotes**

17 Das Tanzverbot wird in NRW durch das "Gesetz über die Sonn- und Feiertage" geregelt.  
18 An den sogenannten Stillen Tagen sind in NRW fast alle Veranstaltungen die über  
19 Schank und Speisebetrieb hinaus gehen untersagt. Dies betrifft auch Sportveranstal-  
20 tungen, Volksfeste, Musikalische Darbietungen, Zirkus & Artistik, Freizeitanlagen, Thea-  
21 ter und Filmvorführungen, sowie weitere Gesellschaftliche Bereiche. Die NRW-Piraten  
22 wollen nicht, dass der Staat hier in die Freiheit des Einzelnen eingreift. Wir setzen uns  
23 dafür ein, das Tanzverbot in NRW aufzuheben.

24 **Konflikte: -**

## 1 **13 Bauen und Verkehr**

### 2 **14.1 Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

3 Die NRW-Piraten streben eine grundlegende Änderung des in unserem Bundesland  
4 verfolgten Verkehrskonzeptes an. Durch das steigende Verkehrsaufkommen, Baustel-  
5 len und Fehlplanungen kommt es zu immer längeren Staus. Diese belasten die Umwelt  
6 und kosten Zeit.

7 Das macht eine konsequente Fokussierung auf den öffentlichen Personennahverkehr  
8 (ÖPNV) unumgänglich. Um die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, wol-  
9 len die NRW-Piraten sie allen Bürgern kostenlos zugänglich zu machen.

10 Mit dieser Maßnahme werden mehrere Ziele zugleich erreicht. Es wird ein Anreiz ge-  
11 schaffen, dass Auto stehen zu lassen und auf Bus und Bahn umzusteigen. Vor allem in  
12 ländlichen Gebieten wird eine verstärkte Nutzung des ÖPNV dazu führen, dass auch  
13 vormals wenig genutzte Strecken wieder sinnvoll bedient werden können.

14 Ebenfalls steigert ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr die Attraktivität un-  
15 serer Städte für auswärtige Besucher. Davon profitieren Staat und Wirtschaft. Auch die  
16 einkommensschwachen Verkehrsteilnehmer werden finanziell deutlich entlastet.

17 Gleichzeitig entfallen hohe Kosten für Fahrkartenkontrolle sowie den Kauf und die War-  
18 tung von Fahrkartenautomaten. Die freiwerdenden Mitarbeiter werden zur Verbesse-  
19 rung von Beratung und Service eingesetzt. Wie das Vorbild der Stadt Hasselt (Belgi-  
20 en) zeigt, sind solche Projekte in der Praxis realisierbar. Die NRW-Piraten setzen sich  
21 dafür ein, in der anstehenden Legislaturperiode ein oder mehrere Pilotprojekte umzu-  
22 setzen. Gut geeignet sind hierzu Städte wie Aachen, Münster oder Bielefeld, deren  
23 ÖPNV-Systeme aufgrund ihrer Insellage nicht mit anderen Großstädten vernetzt sind.  
24 Ein Zwischenschritt kann dabei die Einführung eines kostengünstigen Bürgertickets für  
25 ca. 20 Euro/Monat zur Nutzung aller ÖPNV-Angebote sein. Im Erfolgsfall soll das Kon-  
26 zept mittelfristig landesweit etabliert werden.

27 **Konflikte: -**